bonjour tristesse

#13 (Frühling 2012)

Antworten aus der Provinz: Texte für Halle und Umgebung

Editorial zur letzten Ausgabe

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen gleicht das Leben einer Zeitschleife. Während die Kritik am Immergleichen im Weltmaßstab, auf der Ebene der Nationalstaaten und selbst in den Metropolen immer wieder auf den neuesten Stand gebracht werden muss, sind solche Aktualisierungen in der Provinz nur selten nötig. Hier kommen bestimmte Entwicklungen in der Regel erst mit einer enormen Verspätung an. Andere machen von vornherein einen großen Bogen um das flache Land und seine wenigen Zentren. Diese Situation hat weitreichende Folgen für eine Zeitschrift, die sich nicht nur die Beschreibung und Begleitung, sondern vor allem die Analyse und Denunziation des provinziellen Elends auf ihre Fahnen geschrieben hat. Ganz einfach: Nach einigen Ausgaben ist alles gesagt. Was von nun an passiert, folgt in der Regel einem Muster, das zuvor schon dutzendfach in Artikeln seziert wurde. Statt einen neuen Text zu schreiben, würde es genügen, einen älteren Aufsatz neu abzudrucken. Lediglich Zeit, Ort und Namen müssten verändert werden. An diesem Punkt ist die „Bonjour Tristesse" mit dieser Ausgabe angekommen. Zwar spricht grundsätzlich nichts gegen Wiederholungen. Solange sich die Verhältnisse nicht ändern, muss die Kritik an ihnen immer und immer wieder formuliert werden. Diese Wiederholungen sind der Kritik allerdings oft nicht besonders zuträglich. Was in Zeiten verstellter Praxis tendenziell für jede Kritik gilt, ist auf dem flachen Land in besonderem Maß zu beobachten: Sie wird routiniert und abgeklärt. Da das Leben in der Provinz mehr als irgendwo anders einem ewigen Kreislauf gleicht, wird mit zunehmender Wiederholung auch die Kritik daran provinziell: insbesondere dann, wenn sie nicht mehr – wie es bei Flugblättern, Vorträgen und anderen Interventionen der Fall ist – einem speziellen Anlass, sondern dem Redaktionsschluss und einem vorgegebenen Heftumfang verpflichtet ist.

Da sich die Autoren und Redaktionsmitglieder der „Bonjour Tristesse" nicht permanent selbst kopieren wollen, bleiben ihr nur zwei Möglichkeiten: Entweder sie erarbeiten ein neues Zeitschriftenkonzept. Oder sie stellen das Heft ein. Da die „Antworten aus der Provinz" nicht um ihrer selbst willen produziert wurden – kein Redakteur wird die Arbeit an der „Bonjour Tristesse" in einem Bewerbungsschreiben als Beleg dafür ausgeben, dass er schon mal „irgendwas" mit Medien gemacht hat –, fiel diese Möglichkeit aus. Was mit Zeitschriften passiert, die nicht um einer Sache sondern um des Erscheinens willen produziert werden, zeigt das Leipziger Jungakademikerblättchen „Phase 2": Dort wird, wie die AG „No Tears for Krauts" in diesem Heft aufdeckt, selbst die hanebüchenste Suffidee abgedruckt, wenn sie nur in einem bestimmten Jargon formuliert ist.

Die Redaktion stellt die „Bonjour Tristesse" darum mit dieser Ausgabe, nach ziemlich genau fünf Jahren, ein. Die Freunde des Blattes, die – glaubt man der Auflagenhöhe, den Klickzahlen der Internetausgabe und den Rückmeldungen in Gesprächen – immer mehr geworden sind, müssen ab jetzt wieder allein denken. (Viel Gutes scheint dabei leider nicht zu erwarten zu sein: Das legt zumindest ein jüngst in Halle vollgeschriebenes Weltschmerz-Fanzine eines geltungssüchtigen Alleinunterhalters nahe.) Für unsere Gegner besteht hingegen kein Grund zur Erleichterung. Zum einen werden sich die Redaktionsmitglieder und Autoren der „Bonjour Tristesse" auch in Zukunft weiter einmischen: sei es mit Vorträgen, Flugblättern oder kleineren Texten auf der Homepage der AG „No Tears for Krauts", die von nun an wieder regelmäßig aktualisiert werden wird. Zum anderen sei ihnen versichert: Wenn die Sauereien der regionalen linken oder alternativen Szene, denen ein nicht unerheblicher Teil des Heftes gewidmet war, wieder zunehmen oder sich die regionalen Verhältnisse in einem Maß verändern sollten, dass ihre Analyse und Denunziation nicht mehr auf einem Flugblatt Platz finden kann, dann gilt für die „Bonjour Tristesse" Arnold Schwarzeneggers Parole aus dem „Terminator": „I'll be back!"

Die Themen dieser Ausgabe:

» Die Rebellion der Angepassten.
» Der große Hedonismus-Schwindel.
» Das Imponiergestammel der sachsen-anhaltischen Zivilgesellschaft.
» Felix Graf von Luckner: Der „Retter Halles".
» Wie das rassistische ZDF die Jenaer Dorfgemeinschaft beleidigte.
» Die Braunhemden vom Millerntor.
» Sozialdemokratie & Staatsfetisch.
» Wasser marsch!
» Die Unmöglichkeit einer Insel.

Darüber hinaus gibt es unter The same procedure *... wie immer eine Anthologie des alltäglichen Wahnsinns in der Provinz. Viel Vergnügen.*

Die Rebellion der Angepassten

Schon seit einiger Zeit erfreuen sich unangemeldete Tanzveranstaltungen mit elektronischer Musik, an denen teilweise mehrere hundert Menschen teilnehmen, auch in Halle zunehmender Beliebtheit. Die meist unter freiem Himmel in öffentlichen Parkanlagen und stadtnahen Erholungsgebieten stattfindenden Events finden bei städtischen Behörden und Polizei dagegen wenig Anklang. Im Sommer eskalierte der Konflikt, mehrere Partys wurden von der Polizei aufgelöst. Aus diesem Anlass organisierte die „AG Antifa im Stura" und die AG „No Tears for Krauts" in den Räumen von „Radio Corax" eine Diskussionsveranstaltung unter dem Titel „Der große Hedonismus-Schwindel – Die Rebellion der Angepassten". Wir dokumentieren den ersten Vortrag der Veranstaltung.

Wer sich entschließt, das Gesetz zu brechen, auf frischer Tat ertappt und schließlich zur Verantwortung gezogen wird, kann sich zwar ärgern: über die eigene Dummheit, den eigenen Leichtsinn oder die eigene Unvorsichtigkeit. Wer sich allerdings über die Festnahme, das Bußgeld usw. beschwert, benimmt sich wie der Spieler einer „Mensch-ärgere-dich-nicht"-Runde, der sich über die Gemeinheit seiner Gegner empört, die seine Figuren aus dem Rennen gekickt haben. Nach einem ähnlichen Muster agieren derzeit die Repräsentanten der hallischen Partyszene. Denn so wie beim „Mensch-ärgere-dich-nicht"-Spiel wissen auch die Freunde einschlägiger Freiluftpartys vom Risiko ihres Handelns. So wie beim beliebten Gesellschaftsspiel wird an den Spielregeln, zumindest solange das Match zu den eigenen Gunsten verläuft, nichts kritisiert. Sobald sich jedoch das Blatt zu wenden droht, wird sich lauthals über die Hinterlist und die Bosheftigkeit des Gegners oder über die Spielregeln selbst beklagt.

Doch der Reihe nach: Als vor einigen Jahren, wie immer in respektvollem zeitlichen Abstand zu den Entwicklungen in Berlin, Hamburg usw., auch in Halle damit begonnen wurde, illegale Techno-Partys in Kellern und baufälligen Fabrikhallen zu veranstalten, scherte sich kaum jemand um die Feiernden. Man blieb im Verborgenen, Polizei und Ordnungsamt tauchten frühestens am nächsten Morgen auf und ließen sich mit den amphetamingeschwängerten Erklärungen der übernächtigten Veranstalter besänftigen. Da die Besucherzahlen stetig stiegen, Sanktionen sich auf Ordnungsgelder, die aus der Kaffeekasse beglichen werden konnten, beschränkten, stieg gleichzeitig auch die Zahl jener, die sich durch die Organisation solcher Events persönliches Prestige oder den einen oder anderen zusätzlichen Euro versprachen. Eine ganze Weile ging das mehr oder weniger gut, die häu-

figer werdenden Partys deckten den größer werdenden Bedarf. Dabei ergaben sich mindestens drei Probleme. Erstens: Beeinflusst vom Zeitgeist und ermutigt durch den zunächst erfreulicherweise weitgehend liberalen Umgang von Polizei und Behörden, zog man aus dunklen Kellern und Fabrikhallen aus und organisierte nun Partys unter freiem Himmel, häufig mitten in der Stadt, also für jeden offen sichtbar. Zweitens: Bestärkt durch die meist problemlose Umsetzung dieser Events, wurde von der früheren Politik der halbwegs klandestinen Mund-zu-Mund-Propaganda abgewichen und nun offen über „Facebook“ usw. zu den Veranstaltungen mobilisiert. Dadurch folgte drittens: Die Besucherzahlen als auch die Frequenz dieser Partys stiegen massiv an.

Menschrecht auf Illegalität

Ähnlich wie Ladendiebe, Handtaschenräuber oder Graffitisprayer, die aus Glück, oder Zufall nicht für ihre Gesetzesübertretungen zur Verantwortung gezogen werden, wurden auch die Partymacher durch das Ausbleiben juristischer Konsequenzen zu noch unachtsamerem Verhalten verleitet. Mehr noch: Je länger das illegale Feiern, das damit verbundene Urinieren in Parkanlagen, das Hinterziehen von Steuern, das Umgehen behördlicher Genehmigungen und die Missachtung des Jugendschutzgesetzes ungesühnt blieben, umso mehr schlussfolgerte die Szene daraus ein Menschenrecht auf illegale Partys. Als Behörden, Polizei und Aktivbürger zunehmend aufmerksamer wurden und ein konsequenteres Vorgehen sich bereits abzeichnete, reagierten die Betroffenen kaum auf diese Frühwarnzeichen. Vielmehr intensivierten sie ihre Partys, mobilisierten nun nicht mehr nur über soziale Netzwerke, sondern die Einladungen zu „Tanztagen“ und ähnlichen Veranstaltungen fanden sich am schwarzen Brett örtlicher Supermärkte (kein Scherz!). Die Psychoanalyse würde an dieser Stelle bereits die unbewusste Lust an der potenziellen Entdeckung des schmutzigen Geheimnisses feststellen. Denn der Kick, das Verbotene, dürfte für den Erfolg dieser Partys von entscheidender Bedeutung sein. Was nun folgte, war so vorhersehbar wie folgerichtig: Die Polizei unterband oder behinderte die Veranstaltungen, örtliche Clubbesitzer, die sich ihres Publikums beraubt sahen, intrigierten hinter den Kulissen, und die „Bild“-Zeitung berichtete in einem Halbseiten-Artikel über die Gesetzlosen. Der hallische Innendezernent Bernd Wiegand kündigte Ordnungsgelder bis zu 5.000 Euro an und gab unmissverständlich zu verstehen, solche Veranstaltungen nicht weiter zu tolerieren. Als Reaktion standen den Freunden des „Draußentanzens“ nun mindestens drei Möglichkeiten zur Auswahl. Erstens: die Partys eine Weile aussetzen, Gras über die Sache wachsen lassen und hoffen, dass nach einer gewissen Weile sich die Gemüter beruhigen. Zweitens: in den Saalekreis ausweichen, der bekanntermaßen direkt hinter den letzten Häuserzeilen Halles beginnt, für den andere, damit unerfahrene Behörden zuständig sind, und wo insofern für eine gewisse Zeit keine Probleme zu erwarten gewesen wären. Oder drittens: an die Öffentlichkeit gehen und sich über die schreckliche Ungerechtigkeit empören. Bekanntermaßen entschied sich die hallische Szene für die letzte, und damit denkbar schlechteste und dümmste Möglichkeit. Zunächst wurde über ein Interview in der hallischen Ausgabe der „Bild“-Zeitung versucht, das befleckte Image der Technokriminellen wieder herzustellen. Einer der Partyveranstalter gab dem Blatt Auskunft über das Denken und Handeln der Szene. Neben dem als zentral zu bezeichnenden Wunsch, im „Einvernehmen mit dem Rathaus“ weiter feiern zu können, wurde vor allem über die Friedfertigkeit, den Naturschutz, die Toleranz der Szene parliert. Darüber hinaus kamen auch einige schwarze Schafe, die den an sich unkommerziellen Klamauk für persönliche Bereicherung benutzen würden („Masse und Kasse“), zur Sprache. Doch die öffentliche Meinung samt Stadtverwaltung ließ sich von dem Kapuzenträger, der nachvollziehbarerweise weder seinen richtigen Namen noch sein Gesicht preisgeben wollte, trotz der offenkundigen Anbiederung an die ressentimentgeladene Leserschaft der „Bild“-Zeitung nicht korrumpieren. Schon kurz darauf gingen Polizei und Behörden, trotz des Versuches der Veranstalter, diese offiziell anzumelden, noch konsequenter gegen geplante Open-Airs vor.

Der nun folgende Aufstand bestand aus einer seltsamen Liaison aus Empörung und Anbiederung. In der Tatsache, dass bis auf weiteres auch für die Techno-Szene die üblichen, nervenaufreibenden, teuren und für Veranstaltungen dieser Art kaum zu realisierenden Auflagen zu gelten haben, sah man die hässliche Fratze des Staates aufblitzen. In der Entrüstung über die angebliche Willkür der Behörden steckt jedoch ein infantiles Moment. In der Empörung über das Vorgehen der Stadtverwaltung kommt die Sehnsucht nach einem frühkindlichen Zustand zum Ausdruck, in dem keine Verantwortung für das eigene Handeln übernommen werden musste. Diese Infantilität schlägt sich auch überregional in der von den Protagonisten verwendeten Sprache nieder. Das im Sommer stattgefundene „Meeresrausch-Festival“ wurde auf der Ostseeinsel Usedom mit folgenden scheinbar aus einem Kinderlied entnommenen Worten eingeläutet: „In den nächsten Tagen heißt es wieder tanzen, lachen und springen [...]. Her mit der schönen Welt!“ Dass die Welt nur für den überschaubaren Zeitraum eines wie auch immer herbeigeführten Rauschzustandes so richtig schön ist, und der Hangover am Montag danach die Sache nicht unbedingt rettet, stört die Veranstalter dabei wenig. Doch darum geht es auch gar nicht. Die Sprache ist untrügliches Symptom eines Bedürfnisses nach Regression. Und auch das Bündnis in Halle lässt sich in seinen zwar sehr seltenen, dafür umso aufschlussreicheren öffentlichen Einlassungen selbstverständlich nicht lumpen und ließ mitteilen: „Wir zelebrieren ein friedliches Miteinander im Grünen mit Tanz, Grill, Sport und Spiel.“ Nicht nur, dass dieser Satz so klingt wie eine Einladung der Klasse 4b zum jährlichen Schulsportfest oder die Ankündigung eines Barbecueabends im örtlichen Altenpflegeheim. Darüber hinaus ist sein Inhalt kompatibel mit dem Gesinnungssprech der Bundeszentrale für politische Bildung.

Staatsbürger in Partyuniform

Der Gang an die Öffentlichkeit verrät damit nicht nur etwas über die psychischen Bedürfnisse der Partymacher. In der Forderung des Rechts auf Illegalität wird vielmehr das Verhältnis der so genannten Feierszene zum Staat deutlich. Wer eine „Lockerung der bürokratischen Grundlagen, die eine gewisse Spontaneität zulässt“, fordert, wie das hallische Bündnis, das es noch nicht einmal geschafft hat, sich einen Namen zu geben, weiß, dass seinen Forderungen nur durch das Aussprechen von Sonderrechten nachgekommen werden kann. Diese Forderungen, begründet durch Staatsnähe, Naturliebe und das Bekenntnis zum Weltfrieden, sind der Versuch der Negation genau jener Errungenschaft der bürgerlichen Gesellschaft, auf die sich positiv zu beziehen ist: die „Gleichheit vor dem Gesetz“. Wenn Technofreunde die Abschaffung dieser fordern – nichts anderes bedeutet die Forderung nach juristischen Ausnahmen –, beziehen sie sich positiv auf die Verfallsformen der bürgerlichen Gesellschaft. Sie fordern Willkürherrschaft: Innendezernent Wiegand soll ein Auge zudrücken; und sie fordern eine Günstlingswirtschaft, in der jene bevorteilt werden, die ihre Loyalität glaubhaft versichert haben. Kurz: Sie fordern die Alimentierung ihres eigenen Ladens. Die Argumente dafür, weshalb gerade sie in den Genuss dieser Bevorzugung kommen sollen, und nicht etwa pöbelnde Punks, Neonazis oder die Motorradfreunde der „Hells Angels“, werden dann auch von diversen Protagonisten dieser Szene geradezu mantrahaft heruntergebetet; in Halle, aber auch in der Open-Air-Elektroszene bundesweit. Hier wie dort verdeutlicht das Gerede von „Toleranz“, von „friedlichem Miteinander“, vom „Genießen der Natur“, von „Orten des Wohlfühlens“ – alles Zitate aus dem Text des hallischen Partybündnisses – nicht nur den Komplettbankrott kritischen Denkens. Der Text weist darüber hinaus drei ideologische Säulen auf, die sich im folgenden Satz verdichten: „Unsere Bewegung ist wie auch in anderen Städten frei von Konventionen, Kommerz und intolerantem Gedankengut.“ Unkonventionelles Verhalten ist im Spätkapitalismus nicht nur Mainstream, sondern steht im Anforderungsprofil der meisten Arbeitgeber an erster Stelle. Man kann sich kaum vorstellen, dass sich im Deutschland des Jahres 2011 überhaupt noch irgendjemand ernsthaft als „konventioneller Typ“ anpreist, sei es nun im Bewerbungsgespräch oder beim Anbandeln mit der fremden Schönheit am Club-Tresen.

Und sich in einem Deutschland, in dem sich gefühlte 95 Prozent der Einwohner über gierige Banken und deren Manager empören, mehr noch, sich in einem Landstrich, in dem jegliches Profitinteresse von vornherein diskreditiert ist, gegen „Kommerz“ auszusprechen, ist in etwa so dissident, wie Eislecken am Sonntagnachmittag. Dazu ein

kleiner Exkurs: Jeder weiß, dass das Veranstalten illegaler und/oder vermeintlich unkommerzieller Partys für viele der Beteiligten nur die Vorbereitung auf die DJ-Karriere, den Job in der Werbeagentur, die Cluberöffnung oder den Sprung ins professionelle Veranstaltungsmanagement darstellt. Und weil nicht alle DJs, Clubbesitzer oder Veranstaltungsmanager werden können – gerade in Halle herrscht bei den Anwärtern dabei offenbar ein Überangebot –, ist das Aufziehen illegaler Partys selbst schon ein Schaulaufen der Willigen. Der Electrobeat spielt bei diesem Schauspiel lediglich die Begleitmusik zu den Verteilungskämpfen um die eher spärlich gefüllten Tröge.

Vorbilder vs. Feindbilder

Wie in Banden und ähnlichen Zusammenschlüssen üblich, ist der Kampf mit den äußeren Feinden der Bewegung nur ein Betätigungsfeld unter anderen. So wie kaum ein Mafiafilm ohne den aufstrebenden Newcomer auskommt, der sich schon bald an den Töpfen des Bosses labt und diesen herausfordert, meist mit tödlichem Ende für einen der beiden, so ist auch – wenn auch bisher weit weniger blutig – innerhalb der hallischen Elektromusikszene ein ähnliches Hauen und Stechen zu beobachten. Gegen die Streitereien, die Neider, die Vorwürfe und Zickereien, mit denen die verschiedenen Veranstalter und ihr Umfeld sich regelmäßig gegenseitig das Leben zur Hölle machen, nehmen sich selbst die Gehässigkeiten, die zum Standardprogramm unter den Teilnehmerinnen einschlägiger Miss-Wahlen gehören, wie harmlose Schulhofneckereien aus. Wer nachvollziehen möchte, dass ein solches Verhalten kein Zufall ist, muss nicht das Marx'sche „Kapital" bemühen. Es reicht, sich die Arbeitslosenstatistik Sachsen-Anhalts anzusehen. Denn auch die Freunde gepflegter Partykultur können und wollen nicht ewig auf die Leistungen der Arbeitsagentur, die Zahlungen des Amtes für Ausbildungsförderung oder die zähneknirschend überwiesenen elterlichen Zuwendungen angewiesen sein. Nicht verwunderlich sind daher auch Gerüchte über jene offiziellen, das heißt leidlich Steuern zahlenden hallischen Partyveranstalter, die sich möglicherweise auf kurzem Wege – in Halle kennt man sich schließlich – über die illegale Konkurrenz beschwert und ein schärferes Vorgehen gegen diese „unkonventionellen" Zusammenkünfte erwirkt haben. Unabhängig vom Wahrheitsgehalt solcher Mutmaßungen, dürfen sich beide Seiten jedoch nicht beklagen: die einen, ob sie nun „Palette", „Turm", „Charles Bronson" oder „Objekt 5" heißen, weil sie genau so angefangen haben, wie die nun am Pranger Stehenden. Auch sie haben sich zumeist mit sogenannten unkommerziellen Partys ein Renommee verschafft, das irgendwann das Potenzial hatte, etwas Geld abzuwerfen und ihnen nun ein vermutlich veritables Einkommen sichert. Und die anderen, weil sie angesichts der Notwendigkeit der eigenen physischen Reproduktion früher oder später selbst auf den legalen Markt drängen werden und der Protektionismus des Ordnungsamtes sich zu gegebener Zeit positiv auf den Inhalt der eigenen Brieftasche auswirken wird.

Die dritte ideologische Säule des unbedingt als intellektuelle Zumutung zu bezeichnenden Flyers, stellt die Agitation gegen „intolerantes Gedankengut" dar. Toleranz zu predigen, jene als Feinde des guten Deutschlands zu entlarven, die sich der Doktrin des kollektiven „Aufstands der Anständigen" entziehen, gehört parteiübergreifend zum guten Ton, selbst in Sachsen-Anhalt. So spricht der Stammtisch der Anständigen. Selbst das Programm der „Jusos", die zumindest immer mal wieder die Freigabe weicher Drogen fordern, liest sich im Vergleich zum Output hallischer Elektromusikfreunde wie aufrührerische Revolutionspropaganda. Mit anderen Worten: Das unerträgliche Geschwafel, dessen Phrasen und Worthülsen sind Ausdruck einer Affirmation bestehender Verhältnisse. Nichts davon steht im Widerspruch zum Zeitgeist, nichts davon ist irgendwie kritisch. Das Partybündnis beantragt damit nicht mehr und nicht weniger als die Aufnahme in das „Land der Ideen". Das bessere Deutschland ist damit zum Wallfahrtsort der randständigen Anständigen geworden.

Manfred Beier

Der grosse Hedonismus-Schwindel

Was verbirgt sich hinter dem geheimnisvollen Schlagwort vom „Hedonismus", mit dem insbesondere der „politisch bewusste" Teil der hallischen Partyszene hausieren geht? Wir dokumentieren den zweiten Vortrag, der im Sommer unter dem Titel „Der große Hedonismus-Schwindel – Über die Rebellion der Angepassten" im Veranstaltungsraum von „Radio Corax" gehalten wurde.

„You gotta fight
For your right (to party)"
Beastie Boys

Wer in der Partyszene, die inzwischen die Jugendzentren, die einschlägigen „In"-Kneipen und die Grünflächen der alternativen Stadtviertel bevölkert, etwas auf sich hält, Philosophie studiert, das „Hate"-Magazin liest oder eine linke Politvergangenheit hat, geht am Wochenende nicht einfach nur zu einer Feier. Er ist vielmehr in subversiver Mission unterwegs. Das exzessive Feiern, die durchtanzte Nacht, die Amphetamine oder – wenn aufgrund der schmalen Brieftasche auch weitaus seltener – das Koks werden als praktizierte Gesellschaftskritik ausgegeben: als Gegenentwurf zu Lohnarbeit, Plackerei, Disziplin, Lustfeindlichkeit. Das Dumme ist allerdings: Außer den letzten elf Freunden des Steinzeitsozialismus, außer MLPD, NPD und Co., holt das Lob von Entsagung, Enthaltsamkeit, harter und schwerer Arbeit kaum noch jemanden hinter dem Ofen hervor. Nicht einmal die Sachbearbeiter des Arbeitsamtes, die sonst bekanntlich keine großen Skrupel haben, ihren Klienten den hanebüchensten Unsinn zu erzählen („Diese Umschulung steigert ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt beträchtlich" usw.), trauen sich hierzulande noch zu verbreiten, dass Arbeit das Leben erst süß macht. Das wirklich wahre Leben, da sind sich Bauarbeiter, Jungunternehmer und staatliche Arbeitsvermittler längst einig, findet am Wochenende oder in den vermeintlich „schönsten Wochen des Jahres" statt, die aufgrund des allzu engen Beisammenseins, das sonst nur nach Dienstschluss, am Samstag oder Sonntag stattfindet, dann doch meistens in einer mittelschweren Katastrophe enden: im Urlaub. Die Deutschen gehören längst zu den Urlaubs- und Tourismusweltmeistern – in Sachen Jahresurlaub liegen die Bundesbürger weit vor den vielgeschmähten Griechen und Spaniern –; die Freizeitindustrie ist eines der zentralen Standbeine der hiesigen Wirtschaft; und auch beim Krankfeiern bewegen sich die Landsleute inzwischen im guten europäischen Mittelfeld.

Auch wenn der hippe Mittelstandsnachwuchs gegenüber dem Prekariat oder Malocher ein großes Abgrenzungsbedürfnis an den Tag legt, unterscheidet die Sandros und Wiebkes nur wenig von den Mandys, Kevins, Jaquelines und ihren Eltern: Was die Organisatoren der unangemeldeten Partys, Konzerte und Festivals als nonkonformistisch ausgeben, kann an jedem Wochenende auf jeder Dorfkirmes und in jedem Diskozelt beobachtet werden: Tanzen bis zum Morgengrauen, Alkohol- und Drogenexzesse, verbissene Fröhlichkeit, die große Balz und das böse Erwachen am nächsten Morgen, wenn der schöne Prinz von gestern Abend doch nur aussieht wie der Klempner oder der Klugscheißer aus dem Foucault-Seminar. Was dem Hipster sein Paul Kalkbrenner, das ist der Unterstufenlehrerin aus Nebra ihre Andrea Jürgens: „Wir tanzen Lambada eine ganze Nacht, weil der Lambada verrückt auf Liebe macht."

Kritisches Mitmachen

Wenn die Fabriken trotz dieser subversiven Wochenendattacken, die Freitag für Freitag, Samstag für Samstag zwischen Hamburg und Garmisch, Nordhorn und Niesky stattfinden, nicht stillstehen und das Land nicht untergeht, dann ist der Grund hierfür weniger darin zu suchen, dass sich die Besucher der illegalen Elektropartys in Cuxhafen, der „Chaiselongue" in der hallischen Reilstraße oder des Nordhorner Schützenfestes mit ihrem Hedonismus nicht genug anstrengen. Verantwortlich dafür ist vielmehr eine Kombination aus mindestens drei Gründen.

Erstens ist die Bundesrepublik nicht der Iran: Wenn Fatima in Teheran das Kopftuch ablegt und auf eine illegale Tanzveranstaltung geht, dann muss sie dafür nicht nur wesentlich mehr Mut aufbringen als Sandra, die sich am Wochenende die Haremshose überzieht, die inzwischen, mit drei Jahren Verspätung, auch in Halle obli-

gatorisch geworden ist, und auf eine illegale „Facebook"-Party geht. Sondern dann verbirgt sich dahinter auch eine – mal gewollte, mal ungewollte – Kampfansage an das Regime. Da die Mullahs jede Form von Ausschweifung mit Tugendterror verfolgen, erhalten Tanz und Drogengenuss im Gottesstaat tatsächlich einen gewissen subversiven Charakter.

Zweitens ist das Prinzip des Hedonismus, dem die Szene teils bewusst, teils unbewusst frönt, in letzter Konsequenz selbst affirmativ. Abgesehen davon, dass von Zeit zu Zeit der Eindruck entsteht, dass diejenigen, die die linksalternative Verzichtsethik früher besonders vehement vertreten haben, ihre langjährige Triebunterdrückung und Selbstdisziplinierung inzwischen unter der neuen Parole vom Hedonismus kompensieren, abgesehen auch davon, dass sie dabei die gleiche Rigorosität an den Tag zu legen scheinen wie früher beim Mülltrennen, beim Rehe retten oder bei der Fotoauswertung vom letzten Naziaufmarsch, abgesehen davon scheint es zwar gerade in Deutschland ein Fortschritt zu sein, wenn vom Einzelnen, seiner Erfüllung und seinem Glück gesprochen wird. Dieser Fortschritt ist jedoch wie jeder Fortschritt widersprüchlich. So erinnert die Rede von der Entfaltung des Einzelnen zunächst nicht zuletzt an die Selbsterfahrungsgruppen der 1970er Jahre, in denen Studienräte, Ökobauern und Hausfrauen kollektiv in sich hineinhorchten und das dumpfe Geräusch der Leere, das sie dabei vernahmen, mit Tiefgründigkeit verwechselten. Vor allem aber wird, unmittelbar damit verbunden, von dieser Entfaltung gesprochen, ohne die Verhältnisse in Frage zu stellen, die Glück und Erfüllung in letzter Konsequenz verhindern, weil sie das Unglück immer wieder aus sich selbst heraus produzieren. Der Hedonismus versöhnt, wie Herbert Marcuse vor vielen Jahren erklärte, mit anderen Worten, „das besondere Glück mit dem allgemeinen Unglück". Diese Versöhnung konnte bei der letzten Loveparade wie in einem Brennglas beobachtet werden: 19 Menschen wurden totgetrampelt, 342 weitere schwer verletzt. Den verbliebenen Gästen der „geilsten Party der Welt" („Bild"-Zeitung) konnte, wie Wiglaf Droste kurz darauf schrieb, zumindest eines nicht vorgeworfen werden: „politikerhafte Pietätsheuchelei". Sie tanzten einfach weiter: „‚Was sollten wir machen?' klagten ein ‚Lars' und eine ‚Alka' einem WDR-‚1Live'-Update-Radioreporter. ‚Wir kommen aus Heilbronn.'"

Drittens besteht ein innerer Zusammenhang von Arbeit und Freizeit. Amüsement, so erklären Adorno und Horkheimer in der „Dialektik der Aufklärung", ist die Verlängerung der Arbeit unterm Spätkapitalismus: „Sie wird von dem gesucht, der dem mechanisierten Arbeitsprozess ausweichen will, um ihm von neuem gewachsen zu sein." Dient die Arbeitskraft aus der Perspektive des Einzelnen der Sicherstellung seiner physischen Reproduktion, dient die Freizeit der Reproduktion der Arbeitskraft: In ihrer Freizeit regenerieren sich die Arbeitskraftbehälter, als die Marx die Menschen unter den gegenwärtigen Verhältnissen einmal bezeichnete, um sich erneut der Arbeit aussetzen zu können. Selbst das durchfeierte Wochenende, nach dem der montägliche Gang zur Arbeit nicht erholter, sondern erschöpfter angetreten wird, hat in letzter Konsequenz eine stabilisierende Funktion: Mit Ausnahme der Wenigen, die die Imperative der Szene durchgängig ernst nehmen, aus diesem Grund innerhalb kürzester Zeit vom Realitätsprinzip übermannt werden und sich schließlich in jene tragischen Gestalten – die szeneintern verächtlich als „Druffis" bezeichnet werden – verwandeln, ohne die keine Jugendsubkultur auskommt, wird der Dreitageexzess zum einen ohnehin nur von denen regelmäßig betrieben, die hauptamtlich noch Sohn und Tochter sind. Sobald die Eltern nicht mehr davon überzeugt werden können, dass ihre monatlichen Überweisungen eine Investition in die Zukunft sind, sobald das Kindergeld entfällt, die vollen Krankenkassenbeiträge gezahlt werden müssen und der Nebenjob nicht mehr auf Studentenbasis abgerechnet werden kann, entfällt das Dasein als Berufshedonist. Zum anderen sind der Wochenendexzess und die Dreitageparty die Fluchtpunkte für die Langeweile des Arbeitslebens – sie helfen dabei, auch die nächste Woche zu überstehen: Halte durch, arbeite weiter, denn du hast ja ein Ziel vor Augen.

Fun als Stahlbad

Vorzuwerfen ist der Partykultur oder der so genannten Freizeitindustrie dabei weniger, dass sie Ablenkung, Entspannung oder Flucht versprechen: Das wäre Menschen, die jeden Tag auf Arbeit gehen müssen (und natürlich sowohl auch denen, die sich noch erfolgreich davor drücken können, als auch denen, die sich nicht mehr davor drücken müssen, weil der Arbeitsmarkt ohnehin keine Verwendung mehr für sie hat), zu gönnen. Vorzuwerfen ist dem Amüsierbetrieb vielmehr, dass er sein Versprechen auf Abwechslung, Zerstreuung und Erholung nicht halten kann. Unter dem Diktat der Verhältnisse, das heißt: in einer Zeit, in der immer weniger Menschen immer mehr produzieren können, die Ware Arbeitskraft im Überangebot vorhanden ist und der Arbeitsmarkt insofern in einer bisher kaum gekannten Zahl Überflüssige ausspuckt, sind die Menschen kaum noch dazu in der Lage, ihre arbeitsfreie Zeit nicht dem Arbeitsvorgang nachzubilden.

Diese Entwicklung wird paradoxerweise kaum irgendwo deutlicher als in der vermeintlich widerständig-alternativen Partyszene. Das mag dem Zufall geschuldet sein. Vielleicht liegt es aber auch an der Kombination aus Prekarisierung und Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse, der die Angehörigen dieser Szene, die sich gerade in Großstädten wie Berlin und Hamburg nicht zuletzt aus der alternativen New-Economy-Klientel rekrutieren, die „irgendwas" mit Medien, Menschen, Musik und Kultur macht oder machen will, in besonderer Weise ausgesetzt sind: Genauso wie die Betreiber der einschlägigen Ein-Mann-Klitschen das Büro aus Kosten- und Prestigegründen mit dem Café vertauscht haben, dort am „I-Pad" unermüdlich Freundschaften, Liebes- und Geschäftsbeziehungen pflegen und die Grenzen zwischen Arbeitsmeeting, Vertragsanbahnungsgesprächen und freundschaftlichem Beisammensein insofern verwischen, ist Freizeit inzwischen nicht nur die Verlängerung der Arbeit. Freizeit und Arbeit fallen vielmehr in eins. Sebastian Tränkle stellte vor einiger Zeit in einer Leipziger Zeitschrift für politisierende Nachwuchsakademiker durchaus richtig fest, dass sich der gesellschaftliche Arbeitszwang im Feierzwang der hippen Partyszene spiegelt. Wenn sich die Partyszene immer neuen Herausforderungen stellt und zu immer weiteren Höchstleistungen treibt (noch spätere Anfangszeiten, noch ausgefallenere „Locations", noch mehr durchgemachte Nächte); wenn sich das Publikum Drogen einwirft, die oft nicht einmal eine euphorisierende Wirkung haben, sondern lediglich das Funktionieren und Durchhalten gewährleisten, fit machen und die Leistung beim Tanzen, Trinken und Wichtigtun steigern sollen, dann werden damit einerseits dieselben Ausschlussmechanismen reproduziert wie in der Werbeagentur, in der Gesundheitsbranche oder am Fließband: Wer nicht mithalten kann, nicht fit genug ist und funktioniert, ist raus. Andererseits wird das Leistungsprinzip in einer grotesken Form fortgesetzt. (Die drahtig-eingefallenen Oberkörper, die einige der hyperaktiven Dauertänzer ihren Mittänzern zu fortgeschrittener Stunde präsentieren, erinnern oft nicht zufällig an Adolf Hennecke, den Initiator der Aktivistenbewegung der DDR, der seine Tagesnorm im Steinkohlenbergwerk einst um 287 Prozent übererfüllte.) Um des Funktionieren Willens wird die gleiche Selbstzurichtung betrieben, wie im Grenzerfahrungsseminar von Managern, die in Sachen Drogen jedoch zumindest nicht auf Speed oder Ecstasy angewiesen sind. Fun, so schrieben Adorno und Horkheimer, „ist ein Stahlbad". Wer einigen der Wochenendhedonisten am Sonntagmorgen begegnet, hat dementsprechend nicht den Eindruck, sie würden von einer Party, sondern aus dem Kessel von Stalingrad kommen: abgehärmte, eingefallene Gesichter, tiefe Augenringe, weit aufgerissene Augen, nervöse Hyperaktivität. Vielleicht ist das der Grund dafür, dass insbesondere die exklusiveren Festivals auffallend oft auf ehemaligen Militärbasen stattfinden: das „Fusion"-Festival auf einem früheren sowjetischen Militärflugplatz, das „Sea U-Site" vor dem ehemaligen KdF-Heimes in Prora, wo die Fallschirmjäger der DDR-Streitkräfte Orts- und Häuserkampf geübt haben, und das „Meeresrausch-Festival" in Peenemünde, dem Fabrikationsort von Hitlers Wunderwaffen. Wenn sich der Spaß schon so anfühlt wie die Durchhalteübung der Krisenreaktionskräfte, dann kann man auch dort hingehen, wo deren Vorgänger einmal trainiert haben.

Der Luxus, den sie meinen

Wer nach dem Besuch des „Fusion"-Festivals im mecklenburgischen Lärz, der wohl größten Veranstaltung ihrer Art in der Bundesrepublik, danach gefragt wird, was sich denn hinter dem geheimnisvollen Hedonis-

mus der Partyszene verbirgt, wird vor diesem Hintergrund wohl antworten müssen: Alles wie gehabt, nur noch schlimmer. Eines der ersten Gebäude, das die Besucher nach dem Betreten des Festivalgeländes sehen, ist das so genannte Arbeitsamt, das denjenigen, die sich keine Eintrittskarte leisten können, einen Teil des Preises erlässt, wenn sie sich um den Dreck der anderen Gäste kümmern, deren Müll einsammeln, die Klosetts reinigen oder die Duschen saubermachen, die aufgrund der langen Warteschlangen vor den Toiletten von Zeit zu Zeit für die Notdurft benutzt werden. Die Privatsphäre ist auf ein Minimum beschränkt. Überall trifft man auf originelle Persönlichkeiten, die wilde Dinge mit ihrer Bekleidung, ihren Haaren oder ihrem Körper anstellen, damit man sie als originelle Persönlichkeiten erkennt. Und der Luxus, von dem gesprochen wird, besteht in einem weitaus größeren Maß als außerhalb des Festival-Geländes aus Betrug: Sind die Üppigkeit, der Überfluss und die Schwelgerei, auf die das Werbefernsehen verweist, Lüge, weil auch die Angehörigen der Upper Class trotz pervers großem Fernsehapparat, schnellem Auto und Swimmingpool in der Regel nicht wesentlich glücklicher als die Bewohner einer stinknormalen Reihenhaussiedlung sind, besteht der Betrug in Lärz darin, dass schon fließendes Wasser und halbwegs annehmbare hygienische Bedingungen als Luxus ausgegeben werden: Die Miettoiletten, die bezeichnenderweise mit dem Namen „De-Luxe-Klos“ versehen wurden, haben eine funktionierende Spülung und sind nicht ganz so stark mit Fäkalien beschmiert wie die kostenlosen Klosetts. Wenn das der „Ferienkommunismus“ ist, als den die Organisatoren ihre Veranstaltung mit dem inzwischen so beliebten Augenzwinkern bewerben, das nichts anderes signalisiert, als dass man weder Prinzipien noch Rückgrat hat, dann möchte man zum einen lieber nicht wissen, wie der Kommunismus aussieht, wenn gerade keine Ferien sind. Zum anderen wäre möglicherweise selbst der tägliche Gang ins Callcenter vorzuziehen: Dort sind zumindest die Toiletten sauber, und niemand tut so, als wären Stress und der Krach, den eine große Menschenmenge auf engstem Raum produziert, etwas Schönes – und als hätten sie etwas mit Nonkonformismus zu tun.

Jens Schmidt

„Passgenaue Intervention bei rechtsextremen Ereignislagen“. Das Imponiergestammel der sachsen-anhaltischen Zivilgesellschaft

In Anlehnung an Viktor Klemperers bekannte Studie über die „Lingua Tertii Imperii“ (LTI), die „Sprache des Dritten Reiches“, untersucht Jörg Folta anhand des sachsen-anhaltischen Zivilgesellschaftsgestammels die LQI: die „Lingua Quartii Imperii“.

„Die Aussagen eines Menschen mögen verlogen sein – im Stil seiner Sprache liegt sein Wesen hüllenlos offen.“
Viktor Klemperer in „LTI“

Anfang der 1990er Jahre war Björn Engholm die Nummer eins der deutschen Sozialdemokratie. Er hatte nicht das Format eines Gerhard Schröder, sondern war eher ein Rudolf Scharping in clever. Dennoch stand vor der Wahl 1994 fest, dass mit einem Kanzlerkandidaten Engholm Helmut Kohls Stündlein als Kanzler der Bundesrepublik geschlagen hätte. Dass daraus nichts wurde und dass die sogenannte Barschelaffäre bzw. ihr Nachspiel 1993 die Absichten des imagemäßig zwischen Frauenliebling und Aphorismenonkel changierenden Sozialdemokraten zunichte machten, ist allgemein bekannt. Nicht jedoch, dass Engholm seinerzeit als begnadeter Dampfplauderer bekannt und gefürchtet war. Das konservative Feuilleton wie auch die linke Kampfpresse machten sich gleichermaßen über seine angeber- und pfaffenhafte Sprache lustig. Die Engholmsche Formulierung „ein Stück weit“ inspirierte nicht nur das Satiremagazin „Titanic“ zur Miniserie „Ein Stück weit Björn“, sondern fand auf der anderen Seite Nachplapperer im alternativen Milieu, auf Kirchentagen, in Chefetagen, bei Sozialarbeiterfachtagungen und in der Werbebranche: bei einem Menschenschlag also, der sich durch besondere charakterliche Niedertracht auszeichnet. Das ist heute kaum anders. Dennoch wird diese Wohlfühlfloskel gelegentlich auch von Menschen verwendet, von denen man denkt, dass sie eigentlich noch alle beisammen haben. Dieser Umstand zeigt, dass Sprache mitunter sprunghaften Entwicklungen unterliegt, manche Formulierungen zu Verlegenheits- oder Bequemlichkeitsfloskeln mutieren oder so im allgemeinen Sprachgebrauch aufgehen, dass ihr Ursprung – so idiotisch er auch sein mag – völlig in Vergessenheit gerät.

Rückblick

Doch von Anfang an: Bevor sie ihren Weg durch alle Bereiche der Gesellschaft antrat, war diese Art Schaumschlägersprache von den „Grünen“ und Alternativen gepachtet, von Lea Rosh, Matthias Horx und Antje Vollmer, von Pfarrern und Friedensaktivisten, esoterischen Wirtschaftsvertretern, Sozialarbeitern, von Werbefachleuten – also von „Querköpfen“, „Erinnerungsarbeitern“ und „Vordenkern“, die wahlweise „unbequem“, „visionär“ oder „betroffen“ daherfaselten. Natürlich jeweils nur „ein Stück weit“. Der richtige Zeitpunkt also für das von Gerhard Henschel und Klaus Bittermann 1994 herausgegebene und wegweisende „Wörterbuch des Gutmenschen“, in dem alles zum Thema gesagt wurde. Das oben genannte Milieu, dessen Sprachgewohnheiten die Autoren des Wörterbuches untersuchten, bildete Ende der 1990er Jahre die Ursuppe der sogenannten Zivilgesellschaft, die im Zuge des Antifasommers 2000 von Joseph Fischer und Gerhard Schröder erfunden wurde. Die Stunde der Antifaaktivisten hatte geschlagen, einer Untergruppe dieses Milieus („Lauti“, „Transpi“, „Vokü“), die nun ihrer Beschäftigung: Recherchieren, Vernetzen, Strategiepapiere verfassen und der Überführung des Gemeinschaftsschädlings „Nazi“ unter der schützenden Hand des Staates nachgehen konnten. Bei dieser Transformation entwickelten die nun als „zivilgesellschaftliche AkteurInnen“ firmierenden Antifas wie von selbst einen ganz eigenen neuen Slang, der die Veränderung der persönlichen Situation dokumentierte, der Abgrenzung gegenüber der eigenen Vergangenheit und der Konkurrenz diente, Selbstwertgefühl verlieh und es den Mitgliedern erlaubte, ihresgleichen unter Nichteingeweihten zu erkennen.

Vielfalt statt Kompetenz

Heute haben wir es mit einer Vielzahl von Anti-Nazi-Vereinen, -Initiativen, -Förderprogrammen, -Projektgruppen, -Aktionsprogrammen und Runden Tischen zu tun, allesamt Institutionen und „AkteurInnen“ der „Zivilgesellschaft“, die mit schillernden Namen wie „Kompetente Vielfalt“, „Zusammenhalt durch Teilhabe“, „Gelebte Demokratie“ oder „Kompetenzentwicklungszentrum bürgerschaftliches Engagement (KEZ)“ (Motto: „Mitreden statt Schweigen, Hinschauen statt Weggucken, Einmischen statt Weitergehen“) versehen sind.

Eine Broschüre des Ministeriums für Arbeit und Soziales bietet einen kleinen Überblick über die „vielfältige Trägerstruktur“ von „Fachkräften“, die sich auf „rechtsextreme Ereignislagen“ spezialisiert haben. Die „Arbeitsstelle Rechtsextremismus“ aus Halle setzt stark auf „inhaltliche und methodische Weiterentwicklung von Handlungskonzepten“ und erarbeitet weitere „Handlungsoptionen und Interventionsmöglichkeiten“. Die „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus“ aus Dessau wendet sich mit Hilfe einer „prozesshaften“, „spezialisierten Gemeinwesenberatung“ gegen „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ und möchte „nachhaltig“ „zivilgesellschaftliche Strukturen“ aufbauen. Zudem wird betont, dass man „aufsuchend vor Ort“ und „gemäß anerkannter Qualitätsstandards“ tätig ist. Das „Regionale Beratungsteam Süd-West“ aus Halle sieht ebenfalls seine „Kompetenz“ in der „Beratung [...] von Zivilgesellschaft bei rechtsextremen Problemlagen“ und entwickelt „Strategien und Konzepte“, um „menschenverachtenden Ideologien den Nährboden zu entziehen“. Das „Mobile Beratungsteam für Opfer rechter Gewalt (MOB Nord, Mitte und Süd)“[1] will „intervenieren“ und „vor Ort [...] lokale Initiativen unterstützen“, und die „Beratungsstelle für Opfer rechter Straf- und Gewalttaten“ aus Dessau will „neue

Perspektiven“ aufzeigen. Auch das „Regionale Beratungsteam (RBT Nord, Mitte und RBT Süd)“ will „Handlungsstrategien“ entwickeln, „Aktionsnetzwerke“ bilden sowie „anlassorientiert“ eine „Problem-, Situations- und Ressourcenanalyse“ vornehmen. Das „Projekt GegenPart – Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus“ aus Dessau setzt auf „den Aufbau langfristig wirkender und lokal verankerter zivilgesellschaftlicher Strukturen, die zur stärkeren Partizipation im demokratischen Gemeinwesen anregen“, und (Achtung!) „orientiert sich stark an den tatsächlichen Wünschen und Ressourcen der Beratungsnehmer und Beratungsnehmerinnen“. Auch das „Regionale Beratungsteam Süd-West“ möchte natürlich „zivilgesellschaftliche Strukturen stärken“ und geht von der „Prämisse“ aus, dass „nur eine starke Zivilgesellschaft die Ausbreitung rechtsextremen und undemokratischen Gedankenguts verhindern kann“.

Ganz nebenbei verrät die Broschüre auch, dass durchaus kleine und große Machtkämpfe um Zuwendungen und Einflussgebiete unter den einzelnen Gruppen stattfinden. In kleinen Karten Sachsen-Anhalts, die die Broschüre illustrieren, ist penibel verzeichnet, welcher Verein für welche „rechtsextreme Ereignislage“ zuständig ist, und in den Selbstdarstellungen der Träger ist mehr als einmal zwischen den Zeilen zu lesen, wer sich jeweils als „zentrale Analyseinstanz“ oder besonders „kompetent“ bzw. „spezialisiert“ empfindet und wo „regionale Zuständigkeit“ trotz anvisierter „Vernetzung“[2] eifersüchtig verteidigt wird. Diese Machtkämpfe der verschiedenen Vereine um „Deutungshoheit“ sind zum einen ein Relikt aus den Antifazeiten der 1990er Jahre, zum anderen wird hier um die saisonal schwankenden Fördergeldmengen gekämpft.

Dummdeutsch als Selbstvergewisserung

Wie man sieht, haben die „zivilgesellschaftlichen Strukturen“ Sachsen-Anhalts einen ausgeprägten Hang zur Fertigteilsprache. Etliche andere Flyer, Broschüren, „Imagetexte“ oben nicht genannter Initiativen palavern in exakt der gleichen verqueren Floskelsprache und „verbalen Hohlraummantelung“ (Michael Rudolf) daher. Ihren Ursprung hat diese spezielle Form einer Gangsprache vor allem im Geisteswissenschaftler- und Sozialpädagogensprech, daneben aber auch in der Sprache der Antifa der 1990er Jahre (als Subgattung der von Bittermann und Henschel vorgeführten „Sprache des Gutmenschen“) sowie im bereits genannten Palaver der Jung-Dynamisch-Erfolgreich-Nervensägen. Nun ist zwar überhaupt nichts daran auszusetzen, wenn sich Sprache weiterentwickelt. Die Sprachbewahrer der verschiedenen Lager, denen die Dynamik der Sprachentwicklung, wie Gerhard Henschel schreibt, „gegen die eigene deformierte Natur“ geht, gehören ausgelacht. Auch Floskeln und Phrasen haben ihre Funktion: Sie erleichtern, so Michael Rudolf, „die Kommunikation, wo Unverbindlichkeit gewünscht ist, und sie helfen uns bei Abgrenzungen aus Gründen des ökonomischen Überlebens“. Anstrengend wird es nur, wenn sich einzig mit aufgeblasenen Schaumschlägervokabeln wie „Deutungsmächtigkeit“, „Handlungsbefähigung“ oder „Ressourcenanalyse“ verständigt wird. Denn mittlerweile wird im Milieu der kompetenten Vielfalt ausschließlich in einem Imponier- und Einschüchterungsgestammel geschrieben und gesprochen, das Nichteingeweihte fassungslos dastehen lässt. Dienten die neuen Vokabeln und Floskeln möglicherweise einmal dem Zweck, beim Kampf um Fördermittel den seriösesten Eindruck zu hinterlassen, den schönsten Projektantrag abzugeben, als klügster Kopf hervorzustechen und sicher auch, sich vom altbackenen Pfaffendeutsch der alternativen Vordenker abzuheben, hat sich diese Sprache inzwischen verselbstständigt. Sie fehlt in keiner öffentlichen Verlautbarung, wird in Seminaren und Gesprächsrunden gesprochen, im privaten Bereich und mittlerweile auch von besagten Pfaffen, sie wurde auf Tonnen von Papier gedruckt und ist in tausenden Spamordnern gelandet. Kurz: Sie ist zu einem Sektenslang, zum Betriebsausweis der Zivilgesellschaft geworden. Man tut es nicht aus persönlicher Überzeugung, sondern weil es alle tun. Dabei gerieren sich die Protagonisten dieses Jargons derart selbstbewusst, dass, wie Michael Rudolf einmal geschrieben hat, das eigentliche Sprechen zurücktreten muss hinter die stets unverlangte Versicherung, der Sprecher und das, was er tut, seien von immenser Bedeutung. Wie sonst kann man die Verwendung von Formulierungen wie „Handlungsoptionen“, „anlassorientierte Zielgruppenkompetenz“ oder „spezialisierte Kompetenzteams“, die den „AkteurInnen“ ohne Unterlass aus dem Gesicht fallen, erklären. Denn eines ist die Zivilgesellschaftsclique sicher nicht: eine Gruppe, die etwas zu sagen hat. Vielmehr deutet die Häufung der Plattitüden und Angebervokabeln auf das Gegenteil hin: die Ahnung der eigenen Bedeutungslosigkeit und der Bedeutungslosigkeit dessen, was im Milieu so vor sich geht. Mit anderen Worten: Hinter der Sprache der Zivilgesellschaft verbirgt sich das Bedürfnis nach ständiger Selbstvergewisserung. „Demokratie“ muss immer „lebendig“ sein, „Vielfalt“ selbstverständlich „kompetent“, „Beteiligung“ stets „ergebnisorientiert“, und „vor Ort“ werden natürlich „lokale Initiativen“ unterstützt. Hinter dieser Häufung von Tautologien, dem ständigen Doppelt-Gemoppelt, und hochtrabenden Phrasen scheint die Ahnung hervor, dass es mit dem ganzen Gestammel doch nicht so weit her ist oder jemand durchschauen könnte, was man selbst kaum versteht. Um die Bande bei Laune zu halten, haut man sich deswegen selbst die Hucke voll, schwadroniert von der eigenen „Kompetenz“, vom „Fachkräftepotential“, von einem „Expertenpool“, dem man selbst angehöre, von „Kontextanalysen“, die vorgenommen werden, von „anerkannten Qualitätsstandards“, von denen niemand weiß, was sich dahinter verbirgt, nach denen man trotzdem angeblich arbeite. Auch die unzähligen Dokumentationen der eigenen „Arbeit“, die einen Großteil der Fördergelder der letzten Jahre verschlangen, die Mediatheken, Archivseiten, Broschüren, der ganze Flugblattmüll, der in den letzten

Glossar

Sachsen-Anhalts Zivilgesellschaft spricht.

Eine kleine Auswahl

anlassorientiert: beliebtes Füllwort, kann drei bis vier Mal im Satz verwendet werden / passt hervorragend zu → *Interventionsstrategie*, → *Handlungskonzept*, → *Problemlagenanalyse*.

Zivilgesellschaftliches Engagement: aufgepeppte Form des → *bürgerschaftlichen Engagements* / meint leider nicht Tischtennisspielen, Bierdeckelsammeln oder seinen Hund streicheln, sondern beim Naziaufmarsch gratis Nutellabrote verteilen – mit einem Schild um den Hals, auf dem steht: „Lieber braun auf der Schnitte, als braun auf der Straße“. (Gesehen 2008 in Dessau.)

Wording: Werbesprech, eigentlich „Okkupation von Begriffen“ und bereits hier unerträglich angeberhaft im Gebrauch / in → *zivilgesellschaftlichen Zusammenhängen* aber einfach wörtlich übersetzt, also „wörtern“ („Ein Schloss am Wording Sea“, „Hey, kannst Du bitte das Wording meines Kurzinputs zur Netzwerkkonferenz ‚Gelebte Demokratie‘ nochmal überprüfen?“) / schönes Beispiel für die unabsichtliche Neudefinition der Bedeutung eines Wortes.

Rechtsextreme Problemlagen oder noch schöner **Rechtsextreme Ereignislagen:** man sieht sie regelrecht grübeln: „Problem oder Ereignis?“ (Gibt es eigentlich auch rechtsextreme Erlebnislagen?)

Texte qualifizieren: rätselhaft, die wahre Bedeutung liegt tief in der Kryptologie der Zivilgesellschaftsgang verborgen, sie kennen nur Eingeweihte / möglicherweise einem Text Fahrradfahren oder Kopfsprung beizubringen.

spezialisierte Gemeinwesenberatung: „Bürgermeister, an der Bushaltestelle ihres Dorfes ist ein NPD-Aufkleber aufgetaucht. Mit warmem Wasser und einer Bürste geht das ganz leicht ab.“

BeratungsnehmerInnen: siehe auch → *AkteurInnen aus Politik, Kultur und Gesellschaft*.

Zusammenhalt durch Teilhabe: basiert auf altem Kirchentagsmotto, mittlerweile Name eines Landesprogramms / sprachlich auf dem üblichen Soziologieseminaristenmist gewachsen wie auch → *Kurzinput*, → *Handlungsoptionen*, → *Ressourcenanalyse* usw.

Handlungsoptionen: Schoko, Vanille oder Erdbeere / siehe auch → *Handlungsstrategien*, → *Handlungskonzepte*, → *Handlungssicherheit*.

gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit: Achtung! Ein original Heitmeyer / heiliger Gral der Neologismen und ein schönes Beispiel dafür, dass so was völlig unbekümmert um Logik und Verstand stattfinden kann – borniert alleine reicht offenbar nicht aus.

Zivilgesellschaftliche Strukturen: eine Art Gerechtigkeitsliga, in der Regel bestehend aus einem Pfaffen, drei PDS-Rentnern, zwei in die Jahre gekommenen Punks, einer empörten Kindergärtnerin sowie fünf bis sechs Projektleichen.

Problem-, Situations- und Ressourcenanalyse: ebenfalls bekannt aus dem Einführungskurs im ersten Soziologiesemester, der wichtigsten Sprachquelle der Zivilgesellschaft (noch vor Antifadeutsch und esoterischem Trend- und Wirtschaftssprech).

Kompetente Vielfalt: gerne auch Vielfalt als Kompetenz oder Kompetenz als Vielfalt. Völlig unklar, was das sein soll. (Ernstgemeinte Hinweise bitte per E-Mail an die Bonjour Tristesse) / namensverwandte Förderprogramme: „Vielfalt tut gut", „kompetent für Demokratie".

ExpertInnenpool: kein Badespaß mit Geisteswissenschaftlern sondern eine Art Beirat → *zivilgesellschaftlicher Strukturen.*

ergebnisorientierte Beteiligung: Wortschöpfung (und Selbstvergewisserung) aus der Ahnung heraus, dass es wohl doch alles Quatsch sein könnte, was man da so tagein tagaus beim Verein „Dasube", der „Freiwilligenagentur" Halle oder dem „Kompetenzentwicklungszentrum bürgerschaftliches Engagement (KEZ)" macht / also dieses Mal lieber ergebnisorientiert beteiligen / deutlicher Hang zur Tautologie wie auch hier → *lokale Initiativen vor Ort.*

Deutungshoheit oder auch **Deutungsmächtigkeit:** der Penis unter den Zivilgesellschaftsvokabeln, eindeutige Herkunft aus dem Antifamilieu, Abteilung „Strategie statt Theorie".

-orientiert: kann an jedes beliebige Substantiv angefügt werden, probieren Sie es aus! Schon hört es sich an, als gehören Sie zum → *ExpertInnenpool* des Programms „Zusammenhalt durch Teilhabe" (→ *handlungsorientiert,* → *anlassorientiert,* → *ergebnisorientiert,* → *beteiligungsorientiert* usw.)

niedrigschwelliger Zugang: das versteht nicht nur das → *Kompetenzteam* vom „Regionalen Beratungsteam Süd-West", sondern auch die → *Zielgruppen* der → *zivilgesellschaftlichen AkteurInnen.*

V.i.S.d.P.: P. Finow, An der Magistrale 89, 06124 Halle (Saale)
Kontakt: redaktion.tristesse@gmail.com

WWW.BONJOUR-TRISTESSE.TK

zehn Jahren produziert und weggeworfen wurde, sind Ausdruck der Angst, sich in einem Verwertungszusammenhang außerhalb der warmen Zivilgesellschaftshöhle erniedrigen zu müssen. Dazu passt auch sehr gut der Militärjargon aus Antifazeiten, der um einige Vokabeln aus dem „Managermagazin" ergänzt wurde. Die mobilen Beratungsteams garantieren beim Kampf um „Deutungshoheit" eine „passgenaue Intervention bei rechtsextremen Ereignislagen", die von (natürlich jahrelang ausgebildeten) „mobilen Kriseninterventionsteams" vorgenommen wird. Auf der Basis von „Handlungsstrategien" versteht sich. Die so zusammengeschweißte Truppe und jeder, der dazu gehören und im besten Fall einen Job abfassen will, müssen mitmachen, sich den Unterwerfungsjargon aneignen. Dabei bietet die Gang durchaus Aufstiegsmöglichkeiten für anderswo zu kurz gekommene – auch wenn es sich nur um einen Posten in der Rechercheabteilung oder eine Halbtagsstelle am Kopierer handelt. Denn wenn von „Verantwortung" die Rede ist, kann man sich sicher sein, dass Jobsuche und -verteilung gemeint sind.

Im „so tun als ob" ist die Zivilgesellschaftsclique ganz groß, und dennoch ist die Kraft-, Farb- und Hilflosigkeit ihrer Sprache wie auch die rührende Unbeholfenheit ihrer von einer Postbotenaura umgebenen und mit ständiger Nabelschau befassten „AkteurInnen" kaum zu übersehen. Das „Wörterbuch des Gutmenschen" spricht, wenn von Engholm und Konsorten die Rede ist, von einer „dauererigierten Sprache", eine Metapher, die im Falle der Sprache der Zivilgesellschaft angesichts dieses Umstandes niemals greifen würde.

Projekt Papiervernichtung

Aufgrund der Ahnung, nichts zu sagen zu haben, sowie der Tatsache, dass die Anziehungskraft der rechten Szene trotz aller frisierten Statistiken eher gering ist, wendet sich die Zivilgesellschaft seit ein paar Jahren verstärkt einem Thema zu, das bis dahin nur die Begleitmusik der einschlägigen Anti-Nazi-Auftriebe, Schulungen, Meetings, Hospitationen usw. bildete: der „Demokratieentwicklung". Die meisten Slogans können hier problemlos übernommen werden. Ob von Nazis, Antisemitismus, Demokratieverteidigung oder dem Sack Reis, der in China umfällt, die Rede ist, spielt überhaupt keine Rolle. Die Anti-Nazi-Rhetorik ist so schaumig, dass damit auch Staubsauger verkauft werden könnten. Über Demokratie lässt sich darüber hinaus noch unverbindlicher reden, als über Rechtsextremismus. Und da die Maschine am Laufen gehalten werden muss, widmet eine ganze Reihe alter Projekte ihre „Handlungsstrategien" um, ohne dass es irgendjemand zur Kenntnis nimmt. Die ergänzenden Unterzeilen – die sogenannten „Imagelines" – der einzelnen Projekte kommen stets nur in einer Trinität vor und erinnern vor allem an Slogans von Werbe- und Eventagenturen, Krankenkassen, Erlebnisbädern und, wenn auch eher entfernt, an die Triple-Oppression-Theorie der späten 1980er Jahre. Beim Projekt „Kompetente Vielfalt" ist es „Erproben. Beraten. Verändern", beim „Projekt Gegenpart" heißt es „Beraten. Sensibilisieren. Verändern", das „AwoAktiv"-Projekt „Demokratie ist, was du draus machst" kontert mit „Aktivieren. Motivieren. Bestärken". Das Dessauer Projekt „Dasube" geht noch einen Schritt weiter, indem es das ganze Geschwurbel bereits im Projektnamen unterbringt: „DASUBE – Demokratische Alltagskultur Stärken Und Beteiligung Ermöglichen". Chakka!

Mit dem „breit angelegten" Themenfeld „Demokratie" hat man für die nächsten Jahre ausgesorgt. Weil man den Verständigungsschmus und das Vielfalt-Gerede in den letzten Jahren zu glauben gelernt hat, zeigt man auch keinerlei Berührungsängste mehr. Das Projekt „Engagiert für Heimat und Demokratie" markiert diese Art Grenzüberschreitung, die auf der anderen Seite nur notdürftig durch die Aufnahme von „Israelfeindschaft" in die Reihe der „Handlungsfelder" kaschiert wird. „Engagiert für Heimat und Demokratie" will diverse ländliche Brauchtumstruppen („Orts- und Heimatvereine") unterstützen, zum Teil des „lebendigen Miteinanders" machen und ehemaligen EK-I-Sammelvereinen und Pilzberatungsaktivisten bei der Vermittlung von „Handlungssicherheit" im „Umgang mit demokratiegefährdenden Einflüssen" helfen. Auch die sogenannten „Lokalen Aktionspläne (LAP)", die Geldverteilstellen für all diejenigen, die in der Lage und selbstlos genug sind, im Zivilgesellschaftsjargon vierzigseitige Fördergeldanträge auszufüllen (eine besonders perfide Form, Unterwerfung von Begünstigten einzufordern), schießen sich auf das neue Themenfeld ein und wollen, wie der „LAP Saalekreis", „lokale Handlungsstrategien zur nachhaltigen Entwicklung demokratischen Engagements vor Ort" anschieben. „Demokratie" sei jedoch „kein Selbstläufer", sondern müsse „tagtäglich mit Leben gefüllt werden", geht es hier weiter, als ob seit dem Jahr 2000 nicht genug unschuldiges Papier mit derlei geistfreiem Geschwätz vollgeschmiert wurde.

Das Dessauer „Netzwerk gelebte Demokratie" widmet dem Thema Papiervernichtung gleich einen ganzen Kongress, der – was sonst – „unterschiedliche Perspektiven zulassen" und „Debatten verstetigen" will, denn „einen Masterplan für ergebnisorientierte Beteiligung gibt es nicht". Auch hier verdeutlicht sich Wolfgang Pohrts Aussage, dass das „organisierte Palaver gerade einen Zustand verhindern" soll, „in welchem der Einzelne was zu sagen hätte". Wenn hier plötzlich wieder auf die Themen und die Sprache der Zivilgesellschafts-Altvorderen zurückgegriffen wird – „Bürgerbeteiligung", „Bürger bewegen die Stadt", „Mitmachläden für Kinder", oder „Kinderparlamente", „Transparenz", „Stadtgesellschaft", „Netzwerkbildung" und ergo die „Vision" eines „Bürgerhaushalts" – und ein gruseliges Déjà-vu entsteht, wird aufgezeigt, wohin die Reise gehen könnte. War es in den 1980er und 1990er Jahren der Jargon der Gutmenschen, der alle Lebensbereiche durchdrang, scheint es inzwischen der Slang der Zivilgesellschaft zu sein, der in die allge-

meinen Sprach- und Verkehrsformen einsickert. Es deutet sich an, dass die Sprache des „Regionalen Beratungsteams Süd-West“, des „Netzwerkes gelebte Demokratie“ oder des „Projekts GegenPart“ zu einer Art Common Speech werden wird. Es steht, mit anderen Worten, zu befürchten, dass die nette Verkäuferin vom Metzger nebenan ihre Kunden in ein paar Jahren bereits mit Vokabeln wie „Handlungsoptionen“ oder „Ereignislagen“ malträtieren wird, wenn sie unschlüssig vor der Fleischtheke stehen.

Weitaus schlimmer als die Verwüstungen, die der Zivilgesellschaftsjargon in der Sprache hinterlassen wird, ist jedoch die Entwicklung, die diese Zerstörungen vorantreibt und begleitet: die Herausbildung einer Beklopptendiktatur des von Abstiegsängsten geplagten Kleinbürgertums, das hier – wie Wolfgang Pohrt in einem ähnlichen Zusammenhang bemerkte –„von der Verantwortung spricht [...], die es tragen müsste, wenn es die Macht und Posten meint, die es haben will“. Oder anders gesagt: „Demokratische Alltagskultur Stärken Und Beteiligung Ermöglichen.“

Jörg Folta

Alle nicht weiter gekennzeichneten Zitate stammen aus Flyern, Broschüren, „Handreichungen“ (die hätten wir beinahe vergessen) der im Text genannten Vereine und Initiativen bzw. ihrer Auftraggeber. Nachlesen kann man einige dieser Texte u.a. in der www.vielfalt-mediathek.de, weitere Quellen finden sich ebenfalls hier. Ansonsten lohnt es sich, das nächstgelegene Büro eines „Regionalen Beratungsteams“ oder irgendeiner „Demokratie-ist-was-du-draus-machst“-Initiative aufzusuchen, die oft einfach nur als Flugblattsammelstellen fungieren. Dort wird man auf jeden Fall fündig.

Anmerkungen:

1 Interessant, wie auch hier der Manöverjargon der Neunziger-Jahre-Antifa durchdrückt. Wer erinnert sich nicht an diese komischen geostrategischen Gruppennamen wie „Antifa Süd-Ost-Niedersachsen“, „Autonome Antifa Nord-Ost“ Berlin usw.

2 Der Vernetzungsfimmel der „zivilgesellschaftlichen Akteure“ ist ein Thema für sich. Auch er fügt sich hervorragend in die Sprache dieses Milieus aus (Ex)Antifas, Bürgerbewegten, Politikerdarstellern ein und hat seine Wurzeln zum einen in der Antifarechercheszene, vor allem aber im sich als interdisziplinär stilisierenden und missverstehenden Milieu aus Wirtschaftsvertretern, Stadtplanern, Projektmanagern usw. (wichtigen Vorbildern der Zivilgesellschaftsaktivisten), die ernsthaft denken, Vernetzung läge ihnen berufsbedingt im Blut und spiele somit die wesentliche Rolle in ihrem „Kompetenzhaushalt“.

What shall we do with the drunken sailor?

Zu Lebzeiten eine internationale Berühmtheit, heute lediglich für hallische Lokalpatrioten und Regionalhistoriker von Interesse: Felix Graf von Luckner (1881–1966). Luckner, der sich selbst „der Seeteufel“ nannte, hatte sich während des Ersten Weltkriegs als Pirat der Kaiserlichen Marine einen Ruf gemacht, den er durch das Spinnen von Seemannsgarn in Büchern und Vorträgen in der Folgezeit ausbaute und international zum Teil erfolgreich vermarktete. Eine nicht kleinzukriegende, vom Wahlhallenser Luckner selbst ins Leben gerufene Legende besagt, dass er die Stadt am Ende des Zweiten Weltkrieges vor der Zerstörung durch amerikanische Truppen bewahrte. Knut Germar über den sogenannten „Retter Halles“.

Gäbe es in Halle nicht die FDP-Stadtratsfraktion und mit ihr ein paar hartnäckige, ins gleiche Schiffshorn blasende Lokalpatrioten, vermutlich würde kaum mehr ein Hahn nach ihm krähen: Felix Graf von Luckner. Der letzte Versuch der Liberalen, dem Grafen ein Denkmal zu setzen, liegt noch nicht allzu lange zurück. Nachdem die Fraktion, meist im Bündnis mit der hallischen CDU, in den Jahren 1995, 2001 und 2005 mit ihren Anträgen zur Ehrung Luckners im Stadtrat an den Mehrheitsverhältnissen gescheitert war, versuchte sie es Ende Mai letzten Jahres noch einmal. Für ihren vierten Versuch hatten sich die Liberalen etwas Neues überlegt: Nicht mehr Luckner allein sollte für seine vermeintlichen Verdienste um die Rettung der Stadt vor der Zerstörung durch amerikanische Streitkräfte am Ende des Zweiten Weltkrieges geehrt werden; vielmehr sollten nun auch andere an den Geschehnissen beteiligte Personen Erwähnung finden. Die Idee: Eine Gedenktafel mit den Namen der wichtigsten, an der Verhinderung der Bombardierung Beteiligten sollte am Uniring 13, dem ehemaligen Wohnhaus Luckners, angebracht werden. Wie in den Jahren zuvor scheiterte die Fraktion. Trotz des pathetischen Appells des FDP-Stadtrats Hans-Dieter Wöllenweber (O-Ton: „65 Jahre nach Kriegsende muss an die schrecklichen Ereignisse von damals erinnert werden.“) wurde der Antrag nicht abgestimmt, sondern an den Kulturausschuss verwiesen. Der sprach sich gute zwei Monate später gegen eine Namensnennung Luckners aus und gab stattdessen einem Änderungsantrag von Linken, Grünen und Sozialdemokraten statt, die Luckners Rolle im Nationalsozialismus beanstandeten und außerdem auf die gegen Luckner erhobenen Vorwürfe wegen sexuellen Missbrauchs Minderjähriger verwiesen. Ihr Änderungsantrag sah deshalb vor, durch eine anonymisierte Gedenktafel an die Retter der Stadt zu erinnern. Die FDP-Fraktion schmollte und zog ihren Antrag im Oktober 2010 „schweren Herzens“ mit der Begründung zurück, man wolle „Schaden an der Person Luckners [...] vermeiden“.

„Ein Käppten wie er sein soll“

Der Grund für das permanente Scheitern der hallischen Liberalen liegt auf der Hand: Spätestens seit den späten 1990er Jahren ist die Rolle, die Luckner im nationalsozialistischem Deutschland spielte, keine unbekannte mehr. Die 2005 beantragte Straßenbenennung scheiterte nicht zuletzt aufgrund eines vom Stadtrat in Auftrag gegebenen Gutachtens, das Luckners Zusammenarbeit mit den Nazis in dankenswerter Deutlichkeit herausarbeitete. Wöllenweber blieb deshalb bei der letztjährigen Debatte auch gar nichts anderes übrig, als der trotzige, aber von vornherein zum Scheitern verurteilte Versuch, Luckners Tätigkeiten für die Nationalsozialisten aus der Debatte herauszuhalten: „Wir ehren nicht die Biografie, sondern die Tat.“

Den Grundstein für seine anhaltende Verehrung hatte Luckner während des Ersten Weltkrieges gelegt. Im kaiserlichen Auftrag als Kaperfahrer unterwegs, durchbrach er die englische Seeblockade und zerstörte zahlreiche Schiffe. Die extrem niedrigen Verluste an Menschenleben auf der gegnerischen Seite sowie die Tatsache, dass Luckner vor der Versenkung der Schiffe Bordbesatzung und Passagiere gefangen nahm und vergleichsweise human behandelte, brachte ihm den Ruf eines Ritters und Helden ein. Seine große Popularität steht in einem engen Zusammenhang mit der deutschen Kriegsschuld. Luckner war der Richtige, um die deutsche Kriegsführung nach dem Ersten Weltkrieg reinzuwaschen. Ihn konnte man international als guten Deutschen, der angesichts des unmenschlichen Krieges menschlich geblieben war, präsentieren. Er fungierte als positives Gegenbild zum deutschen U-Bootkrieg und wurde in dieser Funktion auch von der öffentlichen Meinung der einstigen Kriegsgegner England und USA in den Zeiten politischer Entspannung akzeptiert.

Anfang der 1930er Jahren, nach einer zunächst durchaus einträchtigen Zeit, war Luckner mit seinen Geschäften in den USA jedoch weitgehend gescheitert. Kaum einer wollte mehr die ewig gleichen Vorträge über seine Zeit im Ersten Weltkrieg hören, die er mit dem Zerreißen von Telefonbüchern und dem Verbiegen von Geldstücken aufzupeppen pflegte. Auch seine Abenteuerkreuzfahrten für Jugendliche aus gut situierten Elternhäusern verliefen alles andere als gewinnbringend. Als sein von „Vaterland“ in „Mopelia“ umgetauftes Schiff kurz vor Antritt der geplanten Heimfahrt wegen zahlreicher unbezahlter Steuern, Rechnungen und Liegegebühren von der New Yorker Hafenbehörde im Frühjahr 1933 an der Weiterfahrt gehindert und gepfändet wurde, brach Luckner unverzüglich nach Berlin auf, um die nötigen Gelder aufzutreiben. Sein erster Weg führte ihn Ende Juni direkt zu Joseph Goebbels, der daraufhin voller Sympathie in seinem Tagebuch vermerkte: „Besuche: Graf Luckner. Ein großes Kind. Ein toller Seemann.“ Kurz darauf übergab Luckner der Reichskanzlei ein eigenhändig verfasstes Pamphlet mit dem vielsagenden Titel: „Denkschrift über die Verwendung des Gra-

fen Felix v. Luckner und seines [...] Schiffes ‚Vaterland' für die Aufklärung des gesamten Auslandes über den Neuaufbau des deutschen Reiches, über die Führer der deutschen Nation, über die gesamte Innen-, Außen-, Wirtschaftspolitik des deutschen Reiches, gegen Gräuel- und Lügenpropaganda, insbesondere auch gegen die Boykottbewegungen usw." Das Angebot einer internationalen Werbetour wurde gern aufgegriffen, das mittlerweile wieder in „Vaterland" zurückgetaufte, mit Geldern des Dritten Reichs ausgelöste Schiff befand sich bereits im Dezember 1933 wieder auf dem Weg in deutsche Gewässer. Der Graf schwamm wieder oben.

Angesichts der finanziellen Unterstützung durch die Nazis werden die Anhänger Luckners nicht müde, zu behaupten, er hätte zum Nationalsozialismus ein rein instrumentelles Verhältnis unterhalten, oder gar – wie von Mitgliedern der hallischen „Felix Graf von Luckner Gesellschaft" gern verbreitet –, er hätte die Nazis an der Nase herumgeführt und ausgenutzt. Es stimmt durchaus, dass Luckner, wie das von der Stadt in Auftrag gegebene Gutachten feststellt, in allererster Linie durch „Opportunismus, Eitelkeit, Profilierungssucht, den Hang zur Selbstdarstellung und Geltungsbedürfnis" getrieben und daher zuvorderst sich selbst verpflichtet war. Dass Luckner allerdings, wie häufig behauptet, das Geld der Nazis einstrich und dabei lediglich vorgab, für sie Propaganda zu machen, entbehrt jeder Realität. Nach seiner Rückkehr aus den Vereinigten Staaten betrieb der Graf eine rege Vortragstätigkeit. Er sprach dabei nicht nur, wie später von ihm selbst und heute von seinen Fans behauptet, „über seine Reiseerlebnisse und Abenteuer im Kriege", sondern er betrieb ausführlich die den Nazis zugesicherte Propaganda, von ihm selbst in seiner Denkschrift als „Aufklärung über das neue Deutschland" bezeichnet. Um nur ein paar Beispiele aus der Region zu nennen: Bereits im Juni 1933 vermeldete die hallische „Saale-Zeitung", dass er „wegen der Judenfrage mit der Reichsregierung konferieren" werde, „um nach seiner Rückkehr nach Amerika dort die Wahrheit zu verbreiten". In Halle hielt Luckner im Oktober 1933 auf einer NSDAP-Veranstaltung im Stadtschützenhaus eine Rede, bei der er forderte, Deutschland müsse nun, wo es endlich nur noch einen Kapitän habe, „jetzt auch für alle Zeiten ‚besenrein' bis in die letzten Ecken gehalten" werden. Einen Monat zuvor äußerte Luckner in einer Veranstaltung in Dresden, dass der „drohende Kommunismus in Amerika nur durch den Nationalsozialismus wirksam bekämpft werden" könne. Im gleichen Vortrag lobte er Hitler als „Dynamitnatur", dessen „heroischer Kampf" zum „Sieg seiner Bewegung" geführt hätte. Im Dezember gleichen Jahres erschien eine Neuauflage seines Buches „Seeteufel erobert Amerika", in dessen Nachwort er klarmachte, wem seine politische Sympathie galt: „Und ich sah das neue Deutschland, sah mit frohem Herzen in leuchtende Augen – überall und an allen Orten – und ich sah den Führer unseres Volkes und wusste: Hier steht ein Käppten wie er sein soll, ein Mann hält wieder das Ruder des Schiffes in fester starker Hand, ein Mann, der einen guten Kurs steuert!"

In den Folgejahren intensivierte Luckner die Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten. Neben deutschlandweiten Vortragsreisen bis 1935 flog Luckner im September gleichen Jahres nach London, eine Propagandareise nach Skandinavien folgte Anfang 1936. In diesen Jahren knüpfte der Graf eifrig Kontakte zur NS-Prominenz. Neben Reichsbauernführer Walther Darré, der in Halle studiert hatte, und dem gebürtigen Hallenser Reinhard Heydrich zählte auch Heinrich Himmler zu seinen näheren Bekannten. Nach mehreren Treffen mit Hitler bekam Luckner ein neues Schiff finanziert und brach 1937 auf eine Vortragsweltreise auf. In dieser Reise liegt auch der Grund für den hartnäckigen Mythos vom heimlichen Anti-Nazi begründet. Zum einen überwarf sich Luckner – er wurde zunehmend nachlässig beim Betreiben der Propaganda, da er die nach außen als private Urlaubsfahrt getarnte Reise auch als solche betrieb – mit einem mitreisenden NSDAP-Mitglied, das ihn daraufhin in Berlin anschwärzte. Zum anderen kamen nach seiner Rückkehr im Jahr 1939 weitere Probleme auf Luckner zu. Neben Vorwürfen wegen Pädophilie tauchten während seiner Abwesenheit Beweise für eine verschwiegene Mitgliedschaft in einer Freimaurerloge auf. Die Nazis legten Luckner daraufhin nahe, sich ins Privatleben zurückzuziehen, verboten ihm jegliche Pressekontakte und verhängten ein Publikationsverbot über ihn. Luckner zog sich daraufhin, zur Untätigkeit verdammt, nach Halle zurück und verbreitete dort das Gerücht, er sei bei Hitler in Ungnade gefallen, weil er sich nicht nur standhaft geweigert hätte, seine Ehrenbürgerschaft von San Francisco zurückzugeben, sondern auch, weil er seine, Hitler bei einem Treffen angeblich gezeigten Zaubertricks nicht preisgeben wollte.

„Die Seuche, welche alles Edles zerstört"

Dass Luckner alles andere als ein Antifaschist war, dürfte jedem klar sein, der nur einen einzigen Blick in seine Biografie geworfen hat. Er war nicht nur Mitglied des „Deutschen Reichskriegerbundes ‚Kyffhäuser'", der sich bereits Anfang Mai 1933 geschlossen hinter Hitler stellte. Auch im „Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten" – bewaffneter Arm der DNVP und mit über 500.000 Mitgliedern der zweitstärkste paramilitärische Verband in der Weimarer Republik – war der Graf als Mitglied aktiv. Der Verband kämpfte für die Errichtung eines „völkisch großdeutschen Reiches" und schrieb sich die Vernichtung der Sozialdemokratie und des „Händlergeistes des Judentums" auf die Fahnen. Bereits bei seiner Gründung im Jahr 1918 verwehrte er jüdischen Frontsoldaten die Mitgliedschaft. Mindestens in einer zentralen Sache wusste sich Luckner mit den Nazis einig – im Hass auf die Juden. In einem Brief vom 18. November 1933 an seine Mutter und Tante spann er wüste Verschwörungstheorien und glaubte, dass all seine Briefe „von der Judenbande abgefangen" worden seien, weil die Juden hofften, „daraus wichtiges Material für ihre Gegenpropaganda zu finden". Auch die Pfändung der „Mopelia" im Hafen New Yorks schrieb Luckner nicht seinem eigenen Unvermögen in finanziellen Angelegenheiten zu, sondern bezeichnete sie in einem Brief an die Mutter als „eine jüdische Rache".

Als sich Luckners Propagandatour 1937/38 Australien und Neuseeland näherte, schlug ihm zunehmend ein rauer Wind entgegen. Vor allem eine Anti-Luckner-Kampagne der „New Zealand Federation of Labour" und der ihr angeschlossenen Gewerkschaftsgruppe „Movement against War and Fascism", die mit zahlreichen Flugblättern, einer 32-seitigen Luckner-Broschüre und großangelegten Plakataktionen gegen seine Vorträge mobilisierte, machte ihm zu schaffen. Zwar scheiterte die Kampagne mit dem Ziel eines Einreiseverbotes für Luckner in Neuseeland, aber zunehmend mehrten sich kritische Stimmen im Vortragspublikum und der Presse, und in Wellington kam es im April 1938 zu einem kleinen Eklat, bei dem am deutschen Konsulat die deutsche Fahne heruntergerissen wurde. Nach aufkommenden Diskussionen in neuseeländischen Zeitungen, die die Frage nach einer möglichen Spionagetätigkeit Luckners stellten, brach er bereits nach sechs Wochen seine Neuseelandtour ab und setzte Kurs in Richtung Bali. Vor Wut schäumend schrieb er im September und November 1938 erneut der Mutter: „Wenn ich Juden habe gelernt zu hassen, so war das hier. Es ist die Seuche, welche alles Edles zerstört. Das Misstrauen gegen uns in der Welt ist um der Judentätigkeit. Wir sind viel zu milde, gegen diese Giftbande. [...] Mancher in Deutschland mag noch Mitleid haben für die Juden, aber diese sollten heraus kommen in die Welt, dann werden sie weinen und werden der Bewegung auf den Knien danken für die Bekämpfung dieser Pest."

Konfrontiert man die Freunde des Grafen mit dessen antisemitischen Äußerungen, dann zaubern sie gerne folgende Geschichte aus dem Ärmel: Luckner habe in Berlin am Ende des Zweiten Weltkrieges einer seit Jahren im Untergrund lebenden Jüdin das Leben gerettet, indem er ihr einen kurz zuvor gefundenen deutschen Pass eines Bombenopfers aushändigte und sie als Haushaltshilfe in der Pension einer Bekannten unterbrachte. Doch auch diese Geschichte, die Luckner 1955 unter die Leute brachte, ist mit Vorsicht zu genießen. Zwar erwähnt Rosalie Janson ihre Rettung durch Luckner in mehreren Briefen an ihn selbst, nachdem sie ihn laut eigener Aussage 1951 bei einem Vortrag in New York wiedererkannt hatte. Welchen Anteil Luckner an der Rettung der Frau tatsächlich hatte, blieb bisher jedoch ungeklärt. Der Nachlassverwalter Luckners jedenfalls scheiterte mit seinen seit 1998 vorangetriebenen Bestrebungen, dem Grafen posthum die Auszeichnung „Gerechter unter den Völkern" verleihen zu lassen, da die Prüfungskommission von Yad Vashem den Antrag wegen ungenügender Beweislage zurückwies.

Der Retter von Halle?

Zum reißfestesten Seemannsgarn, das Luckner je gesponnen hat, gehört die Geschichte seiner Heldentat zur Rettung der Stadt. Als die Bombardierung durch die US-Streitkräfte unmittelbar bevorstand, seien Tausende Frauen und Kinder Halles vor sein Wohnhaus getreten und hätten ihn angefleht, „den deutschen General zu beeinflussen, den Kampf einzustellen oder als Ehrenbürger der USA zu versuchen, den amerikanischen General [...] um Schonung der Stadt zu bitten". Nachdem er die Bombardierung Halles in harten Verhandlungen den Amerikanern ausreden konnte, kehrte er nach eigenen Angaben in die Stadt zurück, wo sich die Menschen zu ihm drängten und weinend ihren Dank aussprachen. Die Wahrheit gestaltete sich allerdings etwas anders: Als die vorrückenden amerikanischen Truppen am 15. April 1945 auf erbitterten Widerstand durch die Wehrmacht stießen und zahlreiche Verluste durch deutsche Heckenschützen erlitten hatten, stellten sie der Stadt am Vormittag des 16. April ein auf abgeworfenen Flugblättern unterbreitetes Ultimatum. Würde die Stadt nicht übergeben, drohe ihr die Zerstörung durch US-Luftverbände. In der Nacht zum 17. April 1945 folgte der Rückzug der Wehrmachtstruppen in die Südstadt. Halle war damit für die vorrückenden Amerikaner geöffnet, eine Bombardierung war nicht mehr notwendig.

Was hatte nun Luckner mit dem Rückzug der deutschen Truppen zu tun? Luckner war kurz vor Beginn des Ultimatums zum Chef eines neu entstandenen städtischen Sicherheitsdienstes ernannt worden, der sich aus Volkssturmverbändlern zusammensetzen sollte. In dieser Funktion arbeitete Luckner eng mit dem NSDAP-Oberbürgermeister Weidemann zusammen. Nachdem der verantwortliche Wehrmachtskommandeur nach Druck von außen eine teilweise Räumung der Stadt erwogen hatte – ranghohe Nazis hatten die Stadt bereits verlassen oder Selbstmord begangen –, wurde Luckner beauftragt, die Nachricht über den geplanten Rückzug den Amerikanern zu überbringen. Da er durch seine Vortragsreisen in den USA kein Unbekannter war, erhoffte man sich von seiner Person ein schnelleres Durchdringen zu den Entscheidungsträgern der 104. Infanteriedivision, General Allen und Oberst Kelleher. Da niemand so recht den Fähigkeiten und der Zuverlässigkeit des Grafen traute, begleitete ihn der Ex-Luftwaffenmajor Huhold, der dann auch die taktischen Gespräche mit Kelleher und Allen führte. Luckner hatte seine Funktion als Türöffner zu diesem Zeitpunkt bereits erledigt und betrank sich mit amerikanischem Whiskey, der ihm von den Soldaten aufgrund seiner Berühmtheit als „Seeteufel" reichlich angeboten wurde. Zudem gehörten Luckner und Huhold nicht zu den einzigen Personen, die Verhandlungen mit den US-Streitkräften führten. Bereits vor Luckners Fahrt fanden Gespräche statt, die Amerikaner hatten bereits mit zwei hallischen Unterhändlern vereinbart, dass sie bis zum Morgen des 17. April die Meldung erwarten, ob Halle weiter verteidigt wird. Laut Aussage eines an den damaligen Geschehnissen direkt Beteiligten wurde Luckners Fahrt von den Verantwortlichen als „nicht unbedingt nötig" betrachtet, sondern mehr als „eine doppelte Sicherung" angesehen. Auch die Luckner zugewiesene Aufgabe, am Morgen des 17. April die Nachricht vom vollzogenen Rückzug der Wehrmachtstruppen an Kelleher zu überbringen, erledigte letztendlich jemand anders, da Luckner aufgrund des Whiskey-Genusses weder zum Sprechen, geschweige denn zum Gehen fähig war.

Dies alles ist keineswegs neu, sondern bereits seit den 1990er Jahren bekannt. Der Luckner-Verehrung in Halle tut dies jedoch ebenso wenig Abbruch, wie den Versuchen der hiesigen FDP, dem Grafen ein Denkmal zu bauen. Statt einen weiteren Versuch im Stadtparlament zu wagen, starteten die Liberalen nach ihrer letzten parlamentarischen Niederlage einen Spendenaufruf an die Bürger, um die geplante Gedenkplatte im April 2012, zur 67. Jahresfeier des Kriegsendes, an einem Privatgrundstück auf dem Marktplatz anzubringen und einzuweihen. Wie es aussieht, könnten die Erfolgsaussichten der hallischen FDP außerhalb des Stadtrats deutlich höher sein: Von den benötigten 2.500 Euro waren im Frühjahr 2011 bereits über 1.000 Euro gesammelt worden.

Knut Germar

Verwendete Literatur:

Ernst Ludwig Bock: Übergabe oder Vernichtung. Eine Dokumentation zur Befreiung der Stadt Halle im April 1945, Halle 1993.

Norbert von Frankenstein: „Seeteufel" Felix Graf Luckner. Wahrheit und Legende, Hamburg 1997.

Alexander Sperk, Daniel Bohse: Gutachten zur Einschätzung der Person Felix Graf von Luckner (1881–1966) hinsichtlich Straßenbenennung in der Stadt Halle (Saale), erweiterte und überarbeitete Fassung, Halle 2007.

„Wessis schämt euch!"

Wie das rassistische ZDF die Jenaer Dorfgemeinschaft beleidigte.

Je weniger Nationalismus, die offene Artikulation von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus oder aber eine antisemitische Massenbewegung der Realität Deutschlands im 21. Jahrhundert entsprechen, desto vehementer behaupten die üblichen linken Verdächtigen das Gegenteil. Dabei wird übersehen, dass diese Essentials linker Kritik an Deutschland und deren Bekämpfung längst vom Schattendasein zum mehrheitsfähigen Mobilisierungspotenzial der so genannten Zivilgesellschaft – also der demokratisierten Volksgemeinschaft – avancierten. Denn spätestens seit dem Antifa-Sommer im Jahr 2000 ist die „Abwehr des offenen Faschismus durch dessen demokratische Entnazifizierung und Eingemeindung" (Clemens Nachtmann) zur Geschäftsgrundlage der deutschen postnazistischen Gesellschaft geworden, was ebenso bedeutet, dass sich autonome Antifa-Gruppen an eben jener exponierten Stelle innerhalb einer Volksfront wieder finden, die sie der Sache nach schon immer angestrebt haben – ob sie das nun wahrhaben wollen oder nicht.

Dass dies nicht als Problem, sondern als „gerechter Lohn" für die Mühen der Zusammenstellung prall gefüllter Aktenordner über unbedeutende Nazideppen wahrgenommen wird, ist Resultat einer Betriebsblindheit, die ihre Staatsunmittelbarkeit kaum mehr verbergen kann und die auf einem interessierten Missverständnis beruht, das wiederum seinen Ausgangspunkt in dem Bewegungsfetischismus jenes Interessenverbandes namens Antifa hat. Bereits im Sommer 2000 galt ihr der Aufstand der Anständigen gegen alte und neue Nazis als Aufbruch zu neuen Ufern: als Chance zur Erlangung gesellschaftlichen Einflusses und zur Vergrößerung der Bewegung. Dabei hätte Eines auffallen müssen: „Je antirassistischer und weltoffener sich die Deutschen aufführen, desto mehr ähneln sie wieder einer gegen ihre Todfeinde verschworenen Horde, die nicht mehr auf Exklusivität pocht, sondern die Anforderungen zum Mitmachen wieder flexibilisiert hat und sich ihr Jagdrevier mit anderen teilt, sofern sie sich bewähren" (ders.) – Extremismusklausel hin oder her.

Elf Jahre später, in denen die totale Mobilmachung gegen Nazis sich auf wenige Großevents beschränkte und fast zum Erliegen kam – was aufgrund der zunehmenden gesellschaftlichen Irrelevanz jener als Anachronismus verfemten Volksfeinde einen Funken Rationalität zu enthalten scheint, denn außerhalb der ostdeutschen Brachländer kann dieser Bedeutungsverlust nicht mehr ernsthaft bestritten werden – ist das Bekanntwerden einer terroristischen Nazigruppe, die für mehrere Morde in ganz Deutschland verantwortlich gemacht wird, die Initialzündung für eine erneute kollektive Empörung.

Fortsetzung auf Seite 11

BONJOUR TRISTESSE
Sonderausgabe
Schwerpunktthema: »Linke Medien«
Beilage zur Leipziger Buchmesse

»GEGEN DIE REALITÄT!«

Die Faselei der »Phase 2«

Wie ist es um linke Medien bestellt? Das fragte die Zeitschrift »Phase 2« in ihrer 40. Ausgabe. Die AG »No Tears for Krauts« machte die Probe aufs Exempel und bot dem Blatt unter Pseudonym einen im Vollrausch entstandenen Nonsens-Artikel an. Das Thema: das emanzipatorische und subversive Potential der Fernsehserie »Alf« und ihre Bezüge zur Genderperspektive. Wir dokumentieren den Artikel, der tatsächlich in der aktuellen Ausgabe der »Phase 2« erschienen ist, und eine Stellungnahme der AG »No Tears for Krauts«. Darin antwortet sie am Beispiel der »Phase 2« auf die Frage nach dem Zustand linker Medien.

»Darum bemühen wir uns nun schon ein Jahrzehnt: mehr Kritik und Diskussion statt Wahrheitsverkündung und Repetition.« (Editorial, Phase 2/40)

Was macht eine Redaktion, wenn ihr nichts mehr zu der Zeitschrift einfällt, die sie herausgibt? Richtig: Sie besinnt sich auf einen journalistischen Evergreen und bittet andere Redaktionen und Gruppen darum, für das nächste Heft einen – »gern auch kritischen« – Beitrag über das eigene Blatt zu verfassen. Vielleicht haben ja andere eine Ahnung davon, was man selbst nicht mehr so genau weiß: warum man sich regelmäßig trifft, um eine illiterate Zeitschrift für Opportunisten zu produzieren? So handhabte es die »Taz« in ihrer Jubiläumsausgabe. So ist der »Spiegel« aus Anlass eines seiner unzähligen runden Geburtstage verfahren. Und so hat es jüngst auch die »Phase 2« versucht.

Das in Leipzig und Berlin produzierte Heft war 2001 als Fortsetzung der »Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation« (AA/BO) mit anderen Mitteln gegründet worden. Mit dem Blatt sollte die erste Phase, die Geschichte der AA/BO, abgehakt werden. In der zweiten Phase sollte, angetrieben durch die Zeitschrift, eine neue linksradikale Sammlungsbewegung entstehen. Sollte sich daran einmal der große Aufstand anschließen, ist sich die Redaktion inzwischen nicht mehr so sicher, was in Phase 3 passieren soll: Immer noch die Revolution? Der Einstieg in den akademischen Betrieb? Oder der Wechsel in die Medienbranche?

Aus Anlass ihres zehnjährigen Bestehens kündigte die »Phase 2« darum nicht nur an, sich in Ausgabe 40 schwerpunktmäßig mit der Geschichte und dem Zustand linker Medien zu beschäftigen. Sie bat zugleich andere Zeitschriften und Gruppen um ein »paar kritische Zeilen«: »Was ihr schon immer der Phase 2 sagen wolltet, wie ihr unsere Entwicklung beurteilt, wie seht ihr die Notwendigkeit für unsere Zeitung …« Dummerweise wollte keiner der Angefragten die Entwicklung des Heftes beurteilen. Niemand wollte der »Phase 2« »schon immer« etwas sagen. Und kein Schwein wollte auch nur einen Satz über die »Notwendigkeit« des Blattes verlieren: Zumindest erschien die Jubiläumsausgabe, anders als angekündigt, ohne Glückwünsche, Kritik und Kommentare anderer Zeitschriften und Gruppen.

Wir hatten darum Mitleid und entschieden uns, der »Phase 2« ein Geschenk zu machen. Angeregt durch hanebüchene Artikel über den »kritischen Gehalt von South Park« (Phase 2/39) oder den emanzipatorischen Charakter des Filmschaffens der Coen-Brüder (Phase 2/35) beschlossen wir, einer der beklopptesten Sitcoms aller Zeiten einen »emanzipatorischen und subversiven Charakter« anzudichten und darüber hinaus auch noch »Bezüge zur Genderperspektive« herzustellen: Paul Fuscos »Alf«. Der so entstandene Artikel sollte der »Phase 2« angeboten werden, um auf dieser empirischen Basis die von der Redaktion gestellte Frage nach dem Zustand linker Medien beantworten zu können. Wir besorgten uns einen Kasten Bier, assoziierten wild drauflos und schrieben einen Text, der zu mehr als 70 Prozent aus Fragwürdigkeiten, Lügen und Mumpitz besteht. Der Großteil der zitierten Literatur existiert nicht. Die Aussagen der Gewährsmänner, auf die wir uns beriefen – immer gut: Martin Scorsese, die Coen-Brüder, »Simpsons«-Macher Matt Groening usw. –, waren komplett erfunden. Und auch das Gros der historischen Fakten war erstunken und erlogen. Aufgepeppt wurde der Artikel mit Angebersprache (»hegemoniale symbolische Formen«, »Extraterritorialität«, »diffundieren« usw.), etlichen Fußnoten und ein wenig Name-Dropping: Den Theorien Siegfried Kracauers und Georg Simmels, auf die wir uns bezogen, musste zwar Gewalt angetan werden, um sie mit »Alf« zusammenzuklatschen. Da in »Phase 2« jedoch schon vorher z.B. der Versuch unternommen worden war, die Fernsehserie »South Park« im Sinn von Karl Marx zu deuten, waren wir überzeugt: Die Redaktion lässt sich weniger durch Vernunft, Logik und gute Argumente als durch große Namen beeindrucken. Am Ende präsentierten wir die Grundschulkinderserie »Alf« als subversives Emanzipationsstück, als kritischen Stachel im Fleisch des amerikanischen Kultur- und Politbetriebs sowie als herrschaftskritisches Meisterwerk, das selbst Geschlechteridentitäten dekonstruiert: Alf als Role-Model der Gender-Bewegung. Unter den Text setzten wir ein weibliches Pseudonym (»Julia Reiter«) und die Behauptung, dass die Autorin an der Universität Stanford eine Doktorarbeit schreibe. Durch solche Autoritätsnachweise – Karl Kacke promoviert an der FH Köthen über die medialen Geschlechtsbilder von Waldameisen – war in der Vergangenheit auch bei anderen »Phase-2«-Artikeln der größte Blödsinn ausgeglichen worden.

Anstatt in großes Gelächter auszubrechen und den Text zurückzuschicken, war die »Phase-2«-Redaktion erfreut über das Artikelangebot. Obwohl die Zeitschrift erst in der aktuellen Ausgabe eine Gegendarstellung drucken musste, weil eine ihrer Autorinnen ein Zitat erfunden hatte, wurde keine einzige Fußnote, kein einziges Zitat des »Alf«-Textes überprüft. Niemand störte sich daran, dass das Buch, auf das sich der Artikel zu 80 Prozent beruft (Paula Leverage: Theory of Mind and Literature. Vol. 2), überhaupt nicht existiert. Darüber hinaus fragte keiner der Politologen, Historiker oder Amerikanisten der Redaktion nach, was denn etwa – ein Beispiel von etwa 50 – der »Warden Act« sein soll, von dem »Julia Reiter« sprach: »Einige Bundesstaaten des Mittleren Westens führten den […] Warden Act ein, der die auch in den USA seit den 70er Jahren unerlässliche öffentliche Förderung von Theaterstücken und Ausstellungen an die diffuse Bedingung knüpfte, dass sie dem ›allgemeinen Geschmacksempfinden‹ der Moral Majority nicht zuwider laufen dürfen.« Auch wenn sie inzwischen gelernt hat, dass Antiamerikanismus pfui ist, traut die »Phase-2«-Redaktion den Amerikanern offensichtlich jeden Quatsch zu: insbesondere wenn sie aus dem Mittleren Westen kommen. Aber auch in anderer Hinsicht nahm die Redaktion den Untertitel ihre Blattes, »Zeitschrift gegen die Realität«, etwas zu ernst. Soll heißen: Selbst der offenkundigste Argumentationsquark – Alf stellt Geschlechterrollen und -bilder in Frage – wurde durchgewunken. (Nur eine Redakteurin fragte nach, ob ihre eigene Lieblingsserie »Roseanne« nicht noch emanzipatorischer-kritischer-feministischer als »Alf« sei.)

Vor diesem Hintergrund kann die Frage nach dem Zustand linker Medien am Beispiel der »Phase 2« wie folgt beantwortet werden: Linke Medien stehen mit Wahrheit und Vernunft auf Kriegsfuß. Sie werden von autoritären Haufen gestaltet, denen große Namen und der Verweis auf einen künftigen

Doktortitel wichtiger als die Logik sind. Linke Medien sind zudem nicht nur der Ort, an dem private Vorlieben weltanschaulich aufgenordet werden können. Sie sind zugleich bereit, jeden Unsinn zu drucken, wenn er nur im richtigen Jargon verfasst ist.

Um zu diesem Urteil zu gelangen, wäre es zwar nicht unbedingt notwendig gewesen, sich in die Niederungen der Empirie zu begeben. Unsere Feldstudie dürfte aber zumindest dazu beitragen, auch die letzten Zweifel auszuräumen. Wir bedanken uns darum bei der »Phase 2« für die Beschleunigung unseres Erkenntnisprozesses und erwarten gespannt den Murks der nächsten Ausgaben. (Wie wäre es z.B. mit »Hulk und Foucault«, »Unsere Kleine Farm und die Aufhebung des Individuums in der Gesellschaft« oder »Soko Leipzig – Über die gescheiterte Demokratisierung«?) Alles Gute zum Geburtstag wünscht nachträglich die:

AG »No Tears for Krauts« Halle

SUBURBAN ALIEN

WIR DOKUMENTIEREN DEN ALF-TEXT, DER IN DER AKTUELLEN »PHASE 2« VERÖFFENTLICHT WURDE. DAMIT AUCH DIE »PHASE-2«-REDAKTION ERKENNT, WIE VIEL UNSINN IHR IN DIESEM ARTIKEL HÄTTE AUFFALLEN KÖNNEN, WURDEN ALLE PASSAGEN, DIE ERSTUNKEN, ERLOGEN ODER ZUMINDEST HOCHGRADIG FRAGWÜRDIG SIND, VON DER AG »NO TEARS FOR KRAUTS« FÜR DEN VORLIEGENDEN ABDRUCK KURSIV GESETZT.

»Sag mir Deine Meinung, und ich sage Dir, wer für Dich denkt.« Alf

Wer seine Mediensozialisation in den achtziger Jahren vollzog, kam an einer Vorabendserie nicht vorbei. *Während die bisherigen Formate ihren Zenit überschritten, ihre Stilmittel ausgeschöpft und die immergleichen Storys – harte Kerle helfen weichen Frauen bei der Bewältigung ihrer Schwierigkeiten – um die gleichen Korsette gebaut hatten, revolutionierte* ALF, die vom Fernsehsender NBC produzierte Serie über jenen Außerirdischen, der der All American Family Tanner ins Garagendach fiel, *die Vorabendsoaps. An diesem Urteil besteht in jenen Sparten der Medien- und Kulturwissenschaften, die sich mit den kritischen Potentialen der zeitgenössischen Massen- und Populärkultur beschäftigen – insbesondere mit der Sitcom-Flut, die spätestens seit den siebziger Jahren beobachtet werden kann – kein Zweifel.*[1] Das zottelige Wesen brachte *nicht nur* das Leben der Tanners durcheinander, *sondern für einen kurzen Zeitraum auch die Medienlandschaft der ausgehenden Reagan-Ära.*

Nachdem bereits seit den neunziger Jahren einige kleinere Aufsätze über den subversiven – oder wahlweise auch rhizomatischen – Charakter der Serie veröffentlicht wurden, wurde am Sonderforschungsbereich »Literature, Science and Popcultural Diversification« an der Purdue University vor kurzem ein Sammelband herausgegeben, der die verschiedenen Stränge der Auseinandersetzung um eine der zentralen Kultserien der achtziger Jahre zusammenführt.[2] *Die Herausgabe des Sammelbandes lässt nicht nur die Vorfreude auf die neue, digital remasterte und mit zahlreichen Extras versehene Komplett-Edition der Serie wachsen, die Anfang 2012 auf dem amerikanischen Markt erscheinen soll. (Die DVD-Box soll aufgrund verschiedener Verwertungsrechte für den europäischen und amerikanischen Markt aller Voraussicht nach ohne deutsche Untertitel und Sprachauswahl erscheinen – was aufgrund der katastrophalen Synchronisation durch das ZDF allerdings durchweg zu verschmerzen ist.) Der Sammelband erscheint auch zu einem* Zeitpunkt, zu dem die Kulturwissenschaften und die akademische – *das heißt in den USA immer auch undogmatische* – Linke Fragen von Populärkultur eine nie gekannte Aufmerksamkeit entgegenbringen. Deutschland, wo selbst Serien wie »Buffy« oder »Desperate Housewives« von pop- oder kulturlinker Seite erst wahrgenommen wurden[3], nachdem sie in den USA schon seit Jahren Gegenstand umfangreicher Auseinandersetzungen von Tagungen und Konferenzen waren[4], *hängt dieser Entwicklung wie so oft um nahezu ein Jahrzehnt hinterher. Im Unterschied zur Bundesrepublik* fragt man jenseits des Atlantik bereits seit geraumer Zeit danach, in welcher Form die viel geschmähte Massenkultur unseren Alltag nicht nur konditionieren und strukturieren, sondern gewohnte Rollen-, Verhaltens- und Blickmuster – gewollt oder ungewollt – aufbrechen, verändern und *diffundieren* kann.

»Alf versus Ronny«[5]

Sowohl in der akademischen als auch in der poplinken Auseinandersetzung mit ALF werden letzthin Bemerkungen aufgegriffen, die insbesondere Matt Groening, Trey Parker und Matt Stone (die Macher von »The Simpsons« und »South Park« – jener beiden Serien, die lange Zeit im Zentrum der Debatten um die Indifferenz und Mehrdimensionalität der Massenmedien standen[6]), *aber auch Filmgrößen wie die Coen-Brüder oder Martin Scorsese, der sich in einem Interview mit dem »New Yorker« 1998 als ALF-Fan outete*[7]*, in jeweils unterschiedlichen Zusammenhängen tätigten. ALF habe, wie Groening vor einigen Jahren erklärte, überhaupt erst* den *Boden für die »Simpsons« bereitet, weshalb* der Außerirdische gleich in mehreren »Simpsons«-Folgen mit Anspielungen und Serienzitaten gewürdigt wird.[8] *Auch die »South Park«-Macher Parker und Stone erklärten, dass sie mit »South Park« auf wesentlich mehr Widerstand gestoßen wären, wenn es ALF nicht gegeben hätte. »Wir verdanken Paul Fusco, [dem ALF-Ideengeber, d.A.] fast alles.«*[9]

Auch wenn Formate wie die »Simpsons«, »*Buffy*« und vor allem »South Park« auf den ersten Blick *um ein vielfaches* tabuloser *und kritischer* erscheinen, *war ALF im Kontext seiner Entstehungszeit weitaus radikaler als es die genannten Serien in der Zeit ihres erstmaligen Erscheinens sein konnten.*[10] Als der zottelige Außerirdische im September 1986 das erste Mal auf den Bildschirmen erschien, befand sich die Reagan-Administration gerade auf dem Höhepunkt ihrer Macht. Tipper Gore und andere Anhänger so genannter Family Values setzten durch, dass Schallplatten mit vermeintlich obszönen und »explicit lyrics« mit einem Warnhinweis für Jugendliche, dem sogenannten Tipper-Sticker, erscheinen mussten. *Einige Bundesstaaten des Mittleren Westens führten den – vom Obersten Gerichtshof allerdings bald wieder gekippten – Warden-Act ein, der die auch in den USA seit den siebziger Jahren unerlässliche öffentliche Förderung von Theaterstücken und Ausstellungen an die diffuse Bedingung knüpfte, dass sie dem »allgemeinen Geschmacksempfinden« der Moral Majority nicht zuwider laufen dürfen. Ähnlich wie im Amerika der McCarthy-Ära* sollte der WASP, der »White Anglo-Saxonian Protestant«, jeneR von den so genannten Gründervätern abstammende angelsächsische StandardamerikanerIn, wieder zum Dreh- und Angelpunkt öffentlicher Moralvorstellungen und Verhaltensmuster gemacht werden. Die wenigen Gays, Blacks und Latinos, die es in den siebziger Jahren auf Nebenrollen in großen Kinofilmen wie auch Vorabend-Soaps gebracht hatten, verschwanden still und heimlich wieder von den Bildschirmen oder durften, wie Whoopi Goldberg oder die Cosby-Familie, nur die Rolle der netten und schrägen, aber letzthin angepassten Freaks spielen. Zur gleichen Zeit wurde über die Verschärfung der Zuwanderungsgesetzgebung diskutiert; in Kalifornien ging ein demokratischer Gouverneurskandidat namens Jerry Brown erneut mit Hetze gegen Zuwanderer aus Mexiko und Puerto Rico auf Stimmenfang. *Vor diesem Hintergrund war für die ZeitgenossInnen mehr als deutlich, worauf ALF-Macher Paul Fusco anspielte, wenn er finster dreinblickende VertreterInnen der »Alien Task Force« an der Tür der Tanners klingeln ließ, die mit Suchfahrzeugen durch die Straßen fuhren, um nach illegalen Außerirdischen zu suchen. Die Abkürzung ATF ist hier nicht umsonst identisch mit dem Kürzel der berüchtigten »Alcohol, Tobacco and Firearms«-Einheiten. Fuscos Fingerzeig gewinnt an sinnbildlichem Gehalt insbesondere dann, wenn die entsprechende Folge, wie im Herbst 1987, nur wenige Tage nach einer Kongressdebatte über die Verschärfung der Greencard-Regelungen und den Kompetenzgewinn der Einwanderungsbehörden ausgestrahlt wurde.*[11] *Der* Doppelsinn des Begriffs Alien – sowohl »AußerirdischeR« als auch »FremdeR« bzw. »AusländerIn« –, den die BeamtInnen bei ihrer Jagd nach Alf immer wieder im Munde führten, *kam in diesem Kontext vollends zur Geltung. Diese Anspielungen wurden, ebenso wie weitere Uneindeutigkeiten des amerikanischen Originals, in der bereits erwähnten ZDF-Synchronisation allerdings wieder weitgehend vereindeutigt.*

Alf versus Al

ALF fungierte dabei – wenn von den Machern wohl auch nicht intendiert – in nahezu jeder Hinsicht als Gegenentwurf zur etwa zeitgleich beim NBC-Konkurrenzsender FOX erschienenen Serie »Married … with Children«, die in der BRD unter dem Titel »Eine schrecklich nette Familie« ausgestrahlt wurde – *und vice versa. Beide Sitcoms waren im Amerika der ausgehenden achtziger Jahre die mit Abstand beliebtesten Vorabendserien und konkurrierten jeweils um den ersten Platz der Zuschauergunst. Während* die Verbalinjurien des »Married«-Hauptprotagonisten Al Bundy vor Sexismen und offener Frauenverachtung nur so strotzen, *werden durch die bekannten anarchoiden Sprüche Alfs, die nicht umsonst Anleihen an den Formeln der Situationisten, der Subversiven Aktion und vor allem der amerikanischen Yippies nehmen*[12]*, alle möglichen und unmöglichen Autoritäten infrage gestellt: vom Staat über die Familie* bis hin zu den Tischmanieren. *Neben den sexistischen und antifeministischen Attacken Al Bundys soll bei »Married … with Children« vor allem dasjenige Gelächter hervorrufen, was von den Normen, Wertvorstellungen und Imperativen der Moral Majority abweicht: die geringe Entlohnung Al Bundys, die Ablehnung der klassischen Heim-und-Herd-Rolle durch seine Ehefrau Peggy, das gemeinsame Desinteresse an Arbeit und Fleiß, die Promiskuität und der rebellische Dresscode der Tochter Kelly sowie die Erfolglosigkeit des Sohnes Bud beim Dating. Es soll also all das lächerlich erscheinen, was von der Standardmatrix des Vorstadtlebens abweicht. Gerade hierdurch wird diese Matrix,* auch wenn die Bundys so gar nicht dem Bild der All American Family entsprechen, *freilich bestätigt und erneut in Kraft gesetzt.*

Im Gegensatz dazu bricht Alf in das Vorstadtleben einer solchen All American Family, bestehend aus Vater, Mutter, Tochter, Sohn und Haustier, ein und bringt sie *nachhaltig* in Bewegung. *Er stellt bisherige Selbstverständlichkeiten infrage, bricht innerfamiliäre Konstellationen auf und dekonstruiert insofern gleichsam bisherige Rollen, Funktions- und Sichtweisen. So ist etwa Alfs Verweis auf sein Jugendtrauma* – er wurde als eheliches Kind geboren, was auf seinem Heimatplaneten Melmac als unmoralisch galt[13] – *nur unschwer als Auseinandersetzung mit jenem moralischen Rollback der Reagan-Ära zu erkennen, als Ehe, Enthaltsamkeit und sonntägliche Kirchgänge nach der relativen Liberalisierung der siebziger Jahre wieder an Bedeutung gewannen. Die christlich-konservativen Imperative, die von den Vorgängern der Teaparty-Bewegung in den achtziger Jahren als ewig und gottgegeben dargestellt wurden, werden als soziale Konventionen und Konstruktionen präsentiert und zugleich der Lächerlichkeit preisgegeben. Diese Stoßrichtung dürfte nicht zuletzt einer der Gründe für die bemerkenswerte Rezeption der Serien gewesen sein: Der in unregelmäßigen Abständen erhobene »ABM Report«, die große Studie über die Konsumgewohnheiten, politischen Präferenzen, bevorzugten Kleidungsmarken, Fast-Food-Ketten, medialen Vorlieben, Ängste und Wünsche der Amerikaner, ergab 1988, dass Anhänger der Demokraten und traditionell linker und liberaler Werte, die auch während des Kulturkampfes der Reagan-Ära keine verschwindende Minderheit waren, deutlich größere Sympathiewerte für Alf als für Al Bundy aufbrachten.*[14] *Eine konservative Weltanschauung korrelierte hingegen stärker mit Präferenzen für »Married … with Children«.*[15]

Zur Umschreibung der Position Alfs innerhalb der Serie wie auch der damit einhergehenden Vorgänge lässt sich auf Georg Simmels Begriff des »Fremden« sowie Siegfried Kracauers Formel der »Extraterritorialität« zurückgreifen.[16] *Andrew Rice bemüht in dem eingangs erwähnten Sammelband, wenn auch eher am Rande, den ähnlich gelagerten Ausspruch Jaques Derridas von der »Gestalt der Nicht-Gestalt«.*[17] *Der »Fremde« – so kann Alfs Verortung innerhalb der Serienkonstellation der Familie Tanner wie auch der imaginären Vorstadtsiedlung von Los Angeles, in der die Tanners zuhause sind, in Anlehnung an Simmel beschrieben werden – steht in einem Verhältnis von Nähe und Distanz zu dem ihn umgebenden Milieu:* »Die Einheit von Nähe und Entferntheit, die jegliches Verhältnis zwischen Menschen enthält, ist hier zu einer, am kürzesten so zu formulierenden Konstellation gelangt: die Distanz innerhalb des Verhältnisses bedeutet, dass der Nahe fern ist, das Fremdsein aber, dass der Ferne nah ist.«[18] *Dieser Status des »Fremden« beziehungsweise der »Extraterritorialität« kann als spezifische »Position of Knowledge« begriffen werden, aus der scheinbar normale und vernünftige Dinge plötzlich als weniger normal oder vernünftig erscheinen.*[19] *Die Nachvollziehbarkeit und das Verständnis werden durch den gelegentlich aufgebläht wirkenden Theorie- und Begriffsapparat der »ALF-Studies« weniger befördert als erschwert. Dennoch wird durch den Begriff des »Fremden« und die Formel von der »Extraterritorialität« ein Sachverhalt angedeutet, der nur schwer von der Hand zu weisen ist: So kann nicht bezweifelt werden, dass die ZuschauerInnen in Vermittlung über den »Fremden« Alf, aus der Perspektive seiner durch die Herkunft vom Planeten Melmac, vor allem jedoch durch seine erzwungene Unsichtbarkeit*[20] *verursachte »Extraterritorialität« in die Lage versetzt werden können, eine Perspektive einzunehmen, die sich deutlich von ihrer bisherigen Wahrnehmung unterscheidet.*[21] *Aus diesem versetzten Blickwinkel schieben sich jene Anomalien, Widersprüche, Widersinnig- und Gewalttätigkeiten, die den Alltag aus inhärenter Perspektive kaum merklich begleiten, in den Vordergrund. Die hegemonialen symbolischen Formen weichen einem multipleren Bild. So erscheinen etwa die Klingel- und Besuchsattacken des benachbarten Ehepaares, der Ochmoneks, nicht mehr, wie z.B. im australischen Dauerbrenner »Neighbours«, als freundliche Nachbarschaftshilfe, sondern als anmaßender Übergriff auf die Privatsphäre, wie er von den »Desperate Housewives«-MacherInnen später in voller Perfektion dargestellt wurde.*[22] *Auch die Polizei erscheint aus der Perspektive Alfs und der ihn umsorgenden Tanners nicht mehr, wie in den traditionellen Vorabend-Familienserien, als FreundIn und HelferIn. Besonders brutale, skrupellose oder dümmliche PolizistInnen können ebenfalls nicht mehr, wie in der Mehrzahl der Korruptions-, Polizei- und Gangsterfilme, als Ausdruck der Deformation einer grundsätzlich vernünftigen und begrüßenswerten Instanz dargestellt werden. Aufgrund der Unerbittlichkeit, mit der die BeamtInnen den Außerirdischen qua Amt und Beruf suchen müssen, wird zugleich der Blick auf die Gewaltförmigkeit und den Homogenisierungszwang jener Gesellschaft freigegeben, die von der Polizei nicht nur beschützt und gestützt, sondern immer wieder neu konstituiert wird.*[23]

Gendertrouble

Es ist insofern nicht verwunderlich, dass ALF in den nur vier Jahren, in denen die Serie produziert wurde, für zahlreiche Debatten und Kontroversen in den USA sorgte. Aus der Mehrzahl dieser Kontroversen sprach zum einen die tiefe Verunsicherung der amerikanischen Gesellschaft dieser Umbruchsjahre.[24] *Zum anderen signalisierten sie jedoch auch, dass es den ALF-MacherInnen gelang, diese Verunsicherungen aufzugreifen, sie via Bildschirm in die Gesellschaft zurückzuspiegeln und diese insofern zu Reaktion – und gelegentlich auch Reflexion – herauszufordern.*

Für die größte Irritation des amerikanischen Publikums dieser Zeit sorgte dabei paradoxerweise etwas, was aus heutiger Perspektive vor dem Hintergrund der Queer-Bewegung, der Debatten um Transgender oder von Serien wie »United States of Tara« (dt.: »Taras Welten«), deren Hauptprotagonistin über mehrere Identitäten, darunter die eines klassischen Redneck-Machos, verfügt, *kaum noch auffällt: Die SerienmacherInnen um Paul Fusco verzichteten, wie Dash Lewis ausführt*[25]*, eher unbewusst darauf, Alf eine eindeutige Geschlechteridentität zuzuschreiben. Durch die* charakteristische Stimme des deutschen Synchronsprechers Tommy Piper *fand in der ZDF-Variante freilich auch in dieser Hinsicht eine Vereindeutigung statt. Das neue Familienmitglied der Tanners wird in der Regel ganz neutral als A.L.F., als »Alien Life Form«, bezeichnet. Ganz im Sinn dieser Uneindeutigkeit fühlt sich Alf gleichermaßen zu Willy und Kate, den beiden Familienoberhäuptern der Tanners, zu ihrer pubertierenden Tochter Lynn sowie dem androgynen – und sich in einer Kompensationsleistung wohl deshalb besonders maskulin gebenden*[26] *– Nachbarsjungen Jake hingezogen.* Die Anziehung, die nahezu alle Familienmitglieder auf ihn ausüben, will Alf immer wieder auch körperlich ausleben – *was nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass er trotz des weitgehenden Verzichts auf eine eindeutige Geschlechtszuschreibung doch tendenziell mehr maskulin als feminin konnotiert ist, von Jake und Willy immer wieder empört zurückgewiesen wird. Insbesondere als* sich Alf und Brian, der kleine Sohn der Tanners, in einer Folge als Frauen verkleiden, *reagieren Willy und Kate mit einer Übertriebenheit, die ihr Verlangen nach identitärer Separation der Geschlechter – sei es bewusst, sei es unbewusst – erneut der Lächerlichkeit preisgibt und es insofern symbolisch bricht.*[27] *Wird in »Married … with Chil-*

dren« all das als lächerlich dargestellt, was von den bisherigen Normen abweicht, sollen in dieser ALF-Szene jene Verhaltensmuster Lachen hervorrufen, die sich in übertriebener Weise um die Aufrechterhaltung eben jener Matrix bemühen. Gerade diese subkutane Infragestellung und Brechung von Eindeutigkeiten sorgte, wie Lewis,[28] *in dem oben erwähnten Sammelband ausführt, dafür, dass der Sender NBC nach Ausstrahlung der Folge so viele empörte Leserbriefe und Anrufe bekam wie nie zuvor in der Seriengeschichte.*[29] *Der Gendertrouble*[30]*, der aus diesen Beschwerden sprach, dürfte letzthin einer der Gründe für die in jeder Hinsicht einschneidenden* Veränderungen der vierten und letzten Staffel der Serie *gewesen sein.*[31] Mit dem Produzentenwechsel zu Beginn der vierten Staffel traten *nicht nur* die anarchischen Momente der Serie *deutlich* hinter einem moralisierenden Gestus zurück. *Alf wurde zugleich zwangsheterosexualisiert und wieder in die heteronormative Matrix eingepresst. In der vierten Staffel wurde zum ersten Mal von Alfs Geliebter Ronda auf dem Planeten Melmac gesprochen, nach der er sich sehnt, über die er nach den scheinbaren Jahren des Vergessens immer wieder spricht – und die ihn als weitaus eindeutiger heterosexuell und maskulin erscheinen lässt.*[32] *Sein »bürgerlicher« Name, der in den ersten vier Staffeln ganze drei Mal (und auch hier zweimal als »Gordon« und ein Mal weitaus weniger eindeutig, als »Gordo Shumway«) benutzt wurde, fand nun in nahezu jeder Folge Erwähnung.*[33]

Beobachtung und Veränderung

Durch solche Hinweise auf die Reaktionen der ZuschauerInnen und mehr noch all derer, die in der Serie in Kontakt mit dem neuen Familienmitglied der Tanners kommen, wird deutlich, dass die Figur Alf dem Publikum weit mehr als einen Beobachtungsposten bietet. Durch die Bezugnahme auf Alf erscheinen bisher als selbstverständlich angenommene Dinge nicht nur den ZuschauerInnen als hinterfragbar. Auch die Tanners selbst, die hier als mediale Blaupause begriffen werden können, verändern ihren Blick auf die Welt durch ihre Bezugnahme auf Alf und die Empathie, die sie ihm entgegenbringen.[34] *Insbesondere die Nachbarsfamilie Ochmonek, zu der die Tanners, wie in der Serie gelegentlich angedeutet wird, vor der Landung Alfs ein weitaus innigeres Verhältnis pflegten als nach dem Erscheinen des neuen Familienmitglieds, stellen eine Art Negativfolie dar: ein Spiegelbild der Tanners ex post.*[35] *Die Ochmoneks bleiben mit sich selbst identisch, vollziehen keinen Wandlungsprozess und ermöglichen insofern den permanenten Abgleich mit der Entwicklung der Tanners. Diese Entwicklung vollzieht sich dabei selbstverständlich nicht geradlinig: Trotz aller Veränderungen* bleiben die Tanners *in letzter Konsequenz doch* eine All American Family; die Serie macht darüber hinaus keinerlei Angebote für positiv zu bewertende Geschlechts- und Rollenveränderungen. Auch Alf muss letztlich die Erfordernisse des Medienmarktes bedienen, ALF ist keine Serie, die den Ansprüchen des revolutionär-subversiven oder rhizomatischen Experimentalkinos genügt, genügen kann und will. *Dennoch steht gerade der Verzicht auf Eindeutigkeit und Monochromie, die stetige Betonung der Uneindeutigkeit und der Gleichzeitigkeit gegensätzlicher Momente für einen Bruch mit der Identitätslogik, die sich in anderen Vorabendsoaps der achtziger Jahre findet. ALF bereitete insofern den Boden für einige der Sitcoms, die in dieser Hinsicht weitaus weiter gehen konnten als es ALF-Macher Paul Fusco in seiner Zeit möglich war. Die Figur des »Fremden« oder der Ort der »Extraterritorialität« sind insofern weniger Rückzugsort als ein vorgeschobener Posten, der durch seine erratische Struktur in unseren Alltag hineinragt – und ihn insofern gleichsam verändern kann.*

Julia Reiter
Die Autorin ist zurzeit Fellow in Stanford und promoviert zum Thema »Umdeutung durch Synchronisation – die westdeutschen Übersetzungen amerikanischer Fernsehserien der achtziger Jahre«.

Anmerkungen:

1 *N.N., Introduction, in: Sitcoms, New Haven 2007, 12; N.N., Alf, in: ebd. 56.*
2 *Das Buch ist der zweite in diesem Jahr erschienene Band der von Paula Leverage neu herausgegebenen Reihe Theory of Mind and Literature: Paula Leverage (Hrsg.), Theory of Mind and Literature. 2. Aufl., West Lafayette 2011.*
3 Annika Beckmann u.a. (Hrsg.), Horror als Alltag. Texte zu »Buffy the Vampire Slayer«, Berlin 2010, Julia Langner, Verzweifelte Hausfrauen? Erscheinungsformen der Macht in Desperate Housewives, Marburg 2009; Katja Dechant, Soap Operas als Alltagsratgeber. Kulturanalytische Beobachtungen zu konstruierten Weiblichkeiten in »Desperate Housewives«, Saarbrücken 2009.
4 Richard Hanley, South Park and Philosophy, Chicago 2007, Brian C. Anderson, South Park Conservatives. The Revolt against Liberal Media Bias, Washington 2005, Peter Thompson, Desperate Housewives? Communication Difficulties and the Dynamics of Marital (Un)Happiness, in: The Economic Journal 118 (2008), Janet McCabe, Reading Desperate Housewives: Beyond the white Picket Fence, London u.a. 2008, William Irvin (Hrsg.), The Simpsons and Philosophy: The d'oh! of Homer, Chicago 2008, John Alberti (Hrsg.), Leaving Springfield. The Simpsons and the Possibilities of oppositional Culture, Detroit 2004.
5 *So war einer der ersten wissenschaftlichen Beiträge über Alf überschrieben: Adrian Murray, Alf versus Ronny. Aliens in the Reagan Era, in: Media Science 3 (2001).*
6 Christian Wadephul/Magnus Kluke, What did we learn today? Die Serie South Park gegen ihre Liebhaber verteidigt, in: Phase 2 39/2011.
7 *The Saint (Interview mit Martin Scorsese), in: New Yorker 21. Juli 1998.*
8 *Nicholas Hunter, The Politics of Provocation, in: Leverage (Hrsg.), Theory of Mind and Literature, 31. Zu den Reminiszenzen Parkers, Stones und der Coen-Brüder Vgl. ebd.*
9 *Ebd. 127.*
10 *Murray, Alf versus Ronny, 54.*
11 *Staffel (S) 2, Folge (F) 6. Die Nummerierung der Folgen folgt der Produktionsreihenfolge, die auch der Zählung der neuen DVD-Edition zugrunde liegen soll, nicht der Reihenfolge der Ausstrahlung. Diese weicht sowohl von der deutschen als auch der bisherigen amerikanischen Zählung ab, da einige Folgen nicht in die frühere amerikanische und deutsche Edition aufgenommen wurden. Siehe auch Murray, Alf versus Ronny, 50.*
12 *Anne Dove, No Problem. The Yuppies of the 80s, in: Leverage (Hrsg.), Theory of Mind and Literature, 171.*
13 *S 1, F 4; S 1 F 7.*
14 *Murray, Alf versus Ronny, 56.*
15 *Ebd.*
16 *Joan Latrin: Stranger in a strange Land. Extraterritoriality in modern media culture, in: Media & Theory 32 (2007). Jetzt auch wieder in: Joan Latrin: The Alien. From Simmel to Reagan, in: Leverage (Hrsg.), Theory of Mind and Literature, 20.*
17 *Andrew Rice, Summary, in: Leverage (Hrsg.), Theory of Mind and Literature, 198.*
18 Georg Simmel, Exkurs über den Fremden, in: ders., Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Gesamtausgabe, Bd. 11, Frankfurt a. M. 1992, 764.
19 *Ebd. 21.*
20 Alf muss sich, um nicht gefasst und für medizinische Experimente missbraucht zu werden, vor den Nachbarn, dem Briefträger, dem Pizzaboten etc. verstecken und steht allenfalls über die Tanners, das Fernsehen und das Telefon in Kontakt mit der Außenwelt.
21 *Hierzu und zum Folgenden: ebd. 20 ff.*
22 *McCabe, Reading Desperate Housewives.*
23 *Ebd.*
24 *Eine Vielzahl der Kontroversen wird aufgelistet in: Hunter, The Politics of Provocation, 34 ff.*
25 *Dash Lewis, Male or Female or …? Gendertrouble on the Screen, in: Leverage (Hrsg.), Theory of Mind and Literature.*
26 *Ebd., 69.*
27 *S 3, F 4., auch in: Lewis, Male or Female, 71.*
28 *Lewis scheint bei der Interpretation einiger Szenen allerdings gelegentlich selbst dem Drang nach Vereindeutigung zu erliegen und projektiv zu verfahren.*
29 *Ebd.*
30 Judith Butler, Das Unbehagen der Geschlechter, Frankfurt am Main 1991.
31 *Lewis, Male or Female, 74.*
32 *S 4, F 2., ebd. Wenn in den vorherigen Staffeln an einigen Stellen die Rede von Ronda ist, erscheint sie im amerikanischen Original als »friend« Alfs – nicht als sein »girlfriend«.*
33 *Ebd., 75.*
34 *Latrin, The Alien, 23.*
35 *Ebd.; Rice, Summary, 189.*

Fortsetzung: „Wessis schämt euch!“ von Seite 10

In der „Jungle World“ flankierten zwei Vertreter des linken Antifaschismus die abermalige Konstitution einer Bewegung gegen Rechts mit altbekannten Formeln. Zunächst das Bewerbungsschreiben als alternativer Verfassungsschützer: „Wenn ich beispielsweise sehe, dass in Thüringen Neonazis Wirtschaftsfördergelder bekommen, weil der Verfassungsschutz nicht kapiert oder entsprechende Stellen nicht darüber informiert, um wen es sich da handelt, oder dass die Landesregierung ein Schloss an einen rechten Verein verkauft, in dem dann das nächste Neonazi-Zentrum in Thüringen entstehen kann – da kann man der Landesregierung nur sagen, die soll mal ihre Augen aufmachen! Und wenn sie keine Ahnung hat, soll sie die Antifa fragen“, so Katharina König, seit 2009 Abgeordnete der Linkspartei im Thüringer Landtag und antifapolitische Sprecherin der Partei. Weil das Pendant zum Staatsfetisch der Volksfetisch ist, darf Rapper Kutlu Yurtseven am selben Ort sekundieren und allen, die es noch nicht wissen, verkünden: „Jetzt sind viele Bürgerinnen und Bürger wütend und damit auch offen für eine Mobilisierung.“

In Thüringen und insbesondere in Jena, wo sich die Terrorgruppe in den 1990er Jahren aus dem Umkreis des damals sehr aktiven „Thüringer Heimatschutzes“ formell herauslöste, ist die Wut besonders groß und demnach auch das von Yurtseven erhoffte Mobilisierungspotenzial sehr hoch. Dabei entspricht das heutige Jena auf den ersten Blick so gar nicht der typischen ostdeutschen Braunzone. Nicht nur ist man hier „eingeübt [...] in zivilgesellschaftlichem Engagement“, sondern kann mit „1400 Studenten aus 81 Ländern“ auf „eine schöne bunte Zahl“ verweisen, womit nebenbei bemerkt das Zahlensystem um eine bislang unbekannte Dimension bereichert wurde. Bunte Zahlen sind andernorts rar und dementsprechend groß sind die Verwirrung, die Empörung und das Gefühl, beleidigt zu werden, sobald man mit Fakten konfrontiert wird – eine ganz besondere Spezialität Jenaer Befindlichkeiten.

„Seit dem 4. November ist die Welt anders für uns. Wir sind betroffen durch die Morde, die geschehen sind in unserem Land.“ Dazu gesellt sich eine mächtige Portion Unsicherheit, denn „Angst geht um in unserem Lande, Angst vor dem Neofaschismus“. Gepaart ist diese Angst mit einem unbändigen Forscherdrang: „Woher kommt deren unbändiger, erbarmungsloser Hass? Wurden diese jungen Leute dazu getrieben und wenn ja, von wem?“ Die Antworten bieten sich jedoch gerade zu an: „Anfang der 90er waren zu viele von uns einfach nur mit Überleben beschäftigt, mit dem Schock, plötzlich ohne Arbeit und in einem völlig fremden Staat dazustehen, von dem man noch nicht einmal das Sozialversicherungssystem wirklich begriff. Wir hatten andere Sorgen als die Nazis. Wir mussten den größten Umbruch seit dem 2. Weltkrieg verdauen. Ja, da ist uns einiges durchgerutscht. Dafür kann man jetzt noch mal 20 Jahre auf uns einprügeln, ohne je über die Gründe zu reden.“ Oder auch: „Den Nährboden für die braune Entwicklung hat unsere Regierung zu verantworten. Die Kommunen sind verarmt. Viele Stadtteile und Dörfer verkommen, soziale Einrichtungen verfallen oder sind schon Ruinen, kein Geld für Jugendarbeit, hohe Arbeitslosigkeit unter den jungen Menschen. Dort ist der Wundherd, den unsere Regierung nicht beseitigt, dort sammelt sich auch besonders das rechte Gedankengut. Großzügig helfen wir mit viel Geld allen Ländern um uns herum, ihre Wunden zu heilen. Das ist ja auch gut so. In Deutschland aber werden die unheilbaren Löcher im Körper der Nation immer größer.“

Der Wundherd werde zu allem Überfluss von arroganten Wessis über die Maßen strapaziert. So strahlte das ZDF in seiner Sendung „Aspekte“ einen Beitrag mit dem Schriftsteller Steven Uhly aus, dessen aktueller Roman die eine oder andere Parallele zu den Ermittlungspannen nicht nur in Thüringen enthält. Mit besagtem Uhly wurde in Jena gedreht, um vor Ort der Frage nachzugehen, inwieweit seine Skepsis, Ostdeutschland zu bereisen, berechtigt ist. Verwiesen wurde seitens der „Aspekte“-Redaktion auf den Umstand, dass von den 156 Menschen, die seit 1990 bei rechtsextremistischen Übergriffen zu Tode kamen, die Hälfte im Osten ermordet worden ist. Wenn man diese Zahl ins Verhältnis zu den Einwohnerzahlen der alten und neuen Bundesländer setzt, dann lässt sich feststellen, dass die Zahl der Übergriffe in den neuen Bundesländern signifikant, nämlich fünfmal höher ist.

Die Reaktionen auf diesen Beitrag folgten auf dem Fuße: „Sehr geehrte ZDF Redaktion, wir erwarten eine öffentliche Entschuldigung bei den Bürgern Jenas, nicht nur bei denen mit Migrationshintergund.“ Mit dieser Forderung wurde eine Petition auf jenapolis.de gestartet, in deren Verlauf sich die User in einen unbändigen Empörungsrausch tippten: „Es tut mir weh, wenn meine Geburts- und Heimatstadt durch so einen sich selbst darstellenden Journalisten in den Dreck gezogen wird.“ Hinter dem Beitrag wird gar ein höheres Interesse vermutet: „Ich möchte vielmehr fragen, um was geht es hier eigentlich. Jena einen Imageschaden zu verpassen? Wird Jena zu mächtig, ist es zu bunt, zu vorbildlich? Und dann muss man sich mal vorstellen, da kommt einer einfach so daher um sein Buch auf Kosten der GEZ-Zahler vorzustellen, redet schlecht über eine ganze Region und verschwindet dann einfach so.“ Noch viel schlimmer: „Den Beitrag des ZDF finde ich auch schon fast rassistisch. So gegen die neuen Bundesländer zu hetzen ist unglaublich.“ Eine richtige Frage wurde dann doch gestellt: „Wie kommt es, dass zur letzten Bundestagswahl zur NPD-Wahlveranstaltung 20 Rechte kommen, aber 2000 Gegendemonstranten?“ Diese war jedoch lediglich rhetorischen Charakters, denn „ich kann gar nicht soviel Galle haben, wie ich kotzen möchte. [...] Der Beitrag ist eine einzige Frechheit. Und ein Fausthieb in die Gesichter aller Bewohner der neuen Bundesländer, die der Westen immer noch würdelos ‚Ossis‘ nennt. Wessis, schämt Euch!“

Steven Uhly bekam daraufhin Angst vor der eigenen Courage und beeilte sich, eine ganzseitige Bittschrift an die Jenaer zu formulieren, die vor Anbiederung nur so strotzt: „Ich bin als Deutscher unter Deutschen in Köln geboren und aufgewachsen, und war dort während meiner gesamten Kindheit immer wieder rassistischen Anfeindungen ausgesetzt, weil ich anders aussah. Als ich größer wurde, zu groß, um gefahrlos diskriminiert zu werden, wurden die Reaktionen subtiler und es kam ein positiver Rassismus hinzu, der genau so unangenehm war. Dann fiel die Mauer, und im Januar 1990 fuhr ich mit einer Freundin in einem großen Audi 100 bei Helmstedt über die Grenze, um endlich die DDR kennen zu lernen. Unser Auto erregte Aufmerksamkeit, vermutlich auch unser Verhalten. Was uns aber besonders auffiel, war die Freundlichkeit der Menschen. Ich war damals ganz beseelt von dieser Freundlichkeit, denn es kam mir so vor, als hätten wir im Westen über all unserem Wohlstand etwas Wesentliches verloren“.

Etwas Wesentliches scheint Uhly in der Tat abhanden gekommen zu sein, nämlich die Empathie und Freundlichkeit eines Jenaer Antifaschisten neuen Typs: „Ich bin kein Nazi, ich möchte auch nicht in diese Ecke gesteckt werden. Man liest Berichte über die miese Praxis der NPD in irgendwelchen Oststädten, in denen nix los ist, Bürgerfeste zu veranstalten. Was ist so schlimm daran dass die das machen? [...] Warum diskutiert keiner auf der Straße mit einem Nazi, wenn er ihn sieht? Warum versucht er ihm nicht mal zuzuhören?“ Da „Jenaer und Jenenser besseres verdient [haben] als sich in Schubladen stecken zu lassen“, wurde faktisch über Nacht ein Konzert u.a. mit Udo Lindenberg und Peter Maffay auf die Beine gestellt, das mit 50.000 Besuchern als der größte Aufmarsch bundesdeutscher Wutbürger gelten kann. Lindenberg: „Die Nazimörder haben eine Blutspur durch unser Land gezogen. [...] Schade, dass euer wunderschönes Land derart diskreditiert wird“.

Selbst jene Stimmen, die bei aller Kritik am hausgemachten Naziproblem, ihr konstruktives Mitwirken als alternativer Verfassungsschutz bei der Herstellung einer nazifreien Volksgemeinschaft, wie eingangs gezeigt, angeboten haben, ziehen den Volkszorn der Jenaer Dorfgemeinschaft auf sich: „Katharina König von der JG Stadtmitte hat bestimmt Grund, den Oberbürgermeister und seinen Beigeordneten eins ‚auszuwischen‘, doch hier hat sie den Bogen überspannt und ‚die gesamte Stadt Jena‘ mit all ihren Bürgern in einem nicht verdienten Maß nicht nur an die großen Medien ‚verkauft‘, sondern Jena mit ihrem unreifen Auftreten unabdingbar auf Dauer geschädigt. Damit hat sie sich nicht nur zum Richter, sondern auch zum Henker Jenas gemacht!“

Mario Möller

Anmerkung:
Nicht extra ausgewiesene Zitate wurden der Zonengazette „Ostthüringer Zeitung“ und dem Ossiportal jenapolis.de entnommen und stammen von folgenden Personen: Arne Petrich (Redaktion Jenapolis), Andreas Mehlich (Quartiermanager Jena Winzerla und OB-Kandidat für die Stadt Jena 2012), Anja Siegesmund (Fraktionschefin der Grünen im Thüringer Landtag), Benjamin Schumann, Christine Lieberknecht (Ministerpräsidentin Thüringen), Christoph, Heike Seise, Karlheinz Gründel (Gera), Karsten, Marita Winkel, pirx, Reno, Simon Sachse.

Die Braunhemden vom Millerntor. Der Hamburger Heimatschutz gegen moderne Unzumutbarkeiten

Unser Autor Andreas Reschke begibt sich in die Untiefen des linken Fußballdeutschlands und zeigt, warum das Bekenntnis zum „FC St. Pauli" nichts anderes ist, als der Aufnahmeantrag in die Gemeinschaft der guten Deutschen.

Als die Fußballmannschaft des „FC St. Pauli" in der Saison 2010/11 in die erste Bundesliga aufgestiegen war, bescherte dies dem Verein allerlei wohlwollende mediale Beachtung. Vom „sympathischen Kiezverein", vom „Freudenhaus der Liga" und vom „etwas anderen Klub" war ebenso die Rede wie von seinen „besonderen" Fans, die aufgrund ihres politischen, sozialen und vor allem antifaschistischen Engagements das Gesicht des Vereins geprägt hätten. Tatsächlich gibt es im „Millerntorstadion", der „kultigen" Heimstätte des Hamburger Klubs, immer wieder Aktionen, die das eigene politische Profil betonen. Wenn linke Hausprojekte von einer Räumung bedroht sind, wenn heruntergekommene Bauwagenplätze von den Behörden für illegal erklärt werden oder ein Naziauflauf in einem Hamburger Vorort ansteht, darf beim nächsten Heimspiel mit einem Solidaritätsspruchband von „Ultrà St. Pauli" („USP") gerechnet werden.[1] Die Liebe zum linken Lifestyle ist bei „St. Pauli" allgegenwärtig. Im Fanblock werden regelmäßig Fahnen mit der Abbildung des antiimperialistischen Superstars Che Guevara geschwenkt, dessen bekanntes Konterfei sich auch im Vereinsemblem von „USP" wiederfindet.[2] Sexismus, Rassismus und Homophobie werden geradezu mantrahaft kritisiert. Vegane Tierrechtler tummeln sich ebenso wie Umweltaktivisten und Antideutsche unter den Fans. Dazu kommen Tibet-Flaggen, Anti-Atom-Bekenntnisse und vollbärtige Träger des „Palästinenser-Tuches", die zum „Millerntor" gehören wie lila Strähnchen zur Frisur in Plattenbauvierteln. Es scheint nur eine Frage der Zeit, bis sich eine Ultrà-Sektion „AG Queerfeminismus" gründet. Kurz: Auf St. Pauli ist alles erlaubt, was als „irgendwie links" gilt.

Insbesondere in den 1990er Jahren war es daher für Fußballfreunde durchaus eine angenehme Abwechslung, dass es in Hamburg ein Stadion gab, in dem Nazis nicht offen auftreten konnten und frauen- und schwulenfeindliche Choreographien oder Gesänge undenkbar waren oder zumindest unterbunden wurden. Nicht nur deshalb war der Verein gerade in ostdeutschen Fußballstadien verhasst. Seine Fans verliehen ihrem Antifaschismus insbesondere bei Auswärtsspielen gegen Ostklubs wie z.B. „Hansa Rostock" immer wieder auch handfest Ausdruck. Die Nazibanden, die es in Massen zu den einschlägigen Zonen-Vereinen zog, wussten „St.-Pauli"-Accessoires durchaus als politisches Statement einzuordnen. Wer sich in den 1990er Jahren in Ostdeutschland mit Devotionalien des Hamburger Vereins auf den Straßen bewegte, brauchte daher durchaus etwas Mut.

Die 1990er Jahre sind allerdings inzwischen seit mehr als zehn Jahren vorbei. Zwar fühlt man sich angesichts der dumpfen Ressentiments vieler Zuschauer[3] gerade in ostdeutschen Stadien – vor allem in den unteren Ligen – auch heute oftmals noch wie in einer Rostocker Gartenkneipe des Jahres 1992. Und noch immer ziehen Spiele gegen den „FC St. Pauli" gerade im Osten viele Nazis an, die darauf aus sind, „Zecken" zu „klatschen". Aber zum einen ist die Zone nicht die Bundesrepublik: Gerade in den oberen Ligen in Westdeutschland sind Nazis unter den Zuschauern und Fans deutlich marginalisiert. Zum anderen hat selbst in einigen Stadien Ostdeutschlands ein gewisses Umdenken eingesetzt. Als z.B. die Rivalität mit den Fans des „FC Hansa Rostock" in den 1990er Jahren entstand, hatte man es tatsächlich mit vielen Nazis zu tun. Später, als die Rostocker Ultras auftauchten, die eher normal unangenehm waren, pflegte man auch weiterhin das Feindbild „Nazi-Rostock", um den erlebnisorientierten Anhängern des „FC St. Pauli" eine politische Legitimation für ihr Bedürfnis nach Randalen zu geben. Der Antifaschismus der „St.-Pauli"-Fanszene ist, mit anderen Worten, inzwischen eher zu Selbstzweck, Folklore und Mobilisierungsinstrument für die Fanszene geworden. In dem Maß, in dem den „St.-Pauli"-Fans zumindest auf Bundesebene das Feindbild des Nazis abhanden kommt, wird deutlich, was der sympathisierende Blick auf das antifaschistische Auftreten der „St.-Pauli"-Fans insbesondere in den Jahren der Bedrohung durch Nazis und eines rassistischen Konsenses in den deutschen Stadien verdeckte: Die „St.-Pauli"-Fans gleichen in vielerlei Hinsicht ihrem politischen Gegner. Vor allem der Drang nach einer konformistischen Rebellion, der sich hinter dem Gang ins Millerntorstadion verbirgt, die Heimatschutz-Rhetorik und das Bedürfnis nach bodenständigen Verhältnissen machen die linken Fußballfans auf „St. Pauli" den rechten Fußballfreunden aus der Oberlausitz oder dem Erzgebirge nicht ganz unähnlich.

Konformistische Rebellion

Anhänger des „Kiezvereins" zu sein, ist auch heute nicht nur das bloße Unterstützen irgendeines Fußballklubs, sondern die Eintrittskarte in die Gemeinschaft der Rebellischen und Wilden. Das Image des „Rebellen", das etwa in der Allgegenwärtigkeit des Piraten – versinnbildlicht durch den Totenkopf, das inoffizielle Vereinslogo – zur Geltung kommt, erfüllt offenbar ein großes Bedürfnis: auch jenseits der klassischen linken Klientel des „FC St. Pauli". Man wähnt sich ganz widerspenstig und abenteuerlustig wie ein Seeräuber, wenngleich eigentlich kein Zweifel daran besteht, dass es am Piratendasein nichts zu neiden gibt. Weder die Piraten der vergangenen Jahrhunderte, die sich oft untereinander ermordeten, sofern es einen Vorteil versprach, noch die brutalen Banden der Gegenwart, die den Arbeitsknechten der Reedereien schlaflose Nächte bereiten, haben etwas mit dem lustig-wilden Leben Jack Sparrows oder den Protagonisten der klassischen Piratenliteratur zu tun. Vielmehr drückt sich in der Identifikation mit den Piraten ein Bedürfnis nach dem Abstreifen des als Zumutung empfunden zivilisatorischen Korsetts aus. Da dies am Arbeitsplatz, in der Universität oder an der Supermarktkasse nicht unbedingt karriereförderlich sein dürfte – auch der „St.-Pauli"-Fan weiß, dass z.B. Raub eine Gefängnisstrafe nach sich ziehen könnte –, muss sich der Zivilisations-Überdruss anderswo ausagieren. Als besonders einfaches, folgenloses und unverfängliches psychisches Ventil bietet sich der Hamburger „Kultklub" geradezu an: Ohne nennenswerten Aufwand kann man hier den „Rebellen" geben.

Dass die Gemeinschaft dann allerdings so groß ist, dass kaum noch „andere" übrig bleiben, ist für das eigene Wohlempfinden unerheblich. Denn auch wenn die angebliche Außenseiterposition – sowohl des Vereins als auch der Anhänger und des ganzen Kiezes – immer wieder als Alleinstellungsmerkmal des „FC St. Pauli" hervorgehoben wird, entspricht dieses Image selbstverständlich nicht der Wahrheit. Allein in Deutschland gibt es, einer Studie des Sportrechtevermarkters „Sportfive" zufolge, neben zahlreichen Prominenten wie Bela B. von den „Ärzten" oder dem „Tatort"-Kommissar Thiel circa 19 Millionen Sympathisanten des Fußballvereins. Der „FC St. Pauli" zählt damit trotz seiner eher bescheidenen Erfolge zu den beliebtesten Fußballklubs der Bundesrepublik. Zudem existieren nicht nur in weiten Teilen Europas Fanklubs – insgesamt sind es etwa 500 –; auch in New York, Phnom Penh und Buenos Aires haben sich „St.-Pauli"-Anhänger zu Fangruppen zusammengeschlossen. Ebenso wie der Drang, das Korsett der Zivilisation abzustreifen, ist, mit anderen Worten, also auch das Bekenntnis zur Rebellion in den Farben des „FC St. Pauli" eine konformistische Rebellion.

Heimatschutz „St. Pauli"

So wie die Nazifans des „Lauchaer BSC 99" oder des „1. FC Lok Leipzig" kein Wort gegen ihr Dorf, ihr Viertel, ihre Scholle bzw. ihre Heimat dulden, lässt auch der „St. Paulianer" nichts auf die Homebase seines Vereins kommen. Der „Kiez",[4] den übrigens nur die wenigsten „St.-Pauli"-Fans tatsächlich bewohnen, wird als gallisches Dorf beschrieben, das vor dem Zugriff der Polizei, vor Nazis und Yuppies beschützt werden muss. In den Stadtteilen „St. Pauli" und „Schanzenviertel" ist das linke Gefühl, „anders" und „alternativ" zu sein, zuhause. Hier weiß man, dass das Trikot braun-weiß und die Gesinnung rot zu sein hat. Hier befindet sich das linke Kulturzentrum „B5", dessen Aktivisten gewaltsam die Aufführung des Films „Warum Israel" von Claude Lanzmann verhinderten, nur wenige Meter neben dem „Fanladen" des „FC St. Pauli". Die friedliche Koexistenz der Kiezbewohner (ob sie nun tatsächlich

in der „Schanze“ wohnen, in der Kurpfalz oder in New York, ist dabei unerheblich) wird nur von außen gestört. Von dort, so ist auf der Homepage des Klubs zu lesen, wünsche man keine Einmischung: „Auf St. Pauli regeln wir das unter uns“, heißt es im Mafia-Jargon. Vor allem die Aufwertung der Gegend durch Sanierungen, Verbesserung der Infrastruktur usw. wird, wie erst jüngst in Tarek Ehlails grottenschlechtem „St.-Pauli“-Film „Gegengerade“ vorexerziert, als Bedrohung empfunden. Nirgendwo sonst wird so unnachgiebig die „Gentrifizierung“ beklagt wie zwischen Reeperbahn und „Roter Flora“. Dieses Beklagen geht mit einer wüsten Hetze gegen „Spekulanten“ und „Immobilienhaie“ einher, die für die Aufwertungen des Viertels verantwortlich gemacht werden. Selbstverständlich setzen mit solchen Umwälzungsprozessen für Menschen mit geringem Einkommen tatsächlich unangenehme Folgen ein; der Kampf gegen „schicke“ Cafés oder sanierte Häuser mutet aber eher wie ein gemeinschaftlicher Abwehrreflex gegen Luxus und die Möglichkeit eines besseren Lebens an, als eine empathische Parteinahme für jene, die bei diesen Umstrukturierungen auf der Strecke bleiben. Es geht – auch wenn immer wieder Studenten und Arbeitslose als Begründung für den Kampf gegen „Gentrifizierung“ herangezogen werden – um den Erhalt des angeblich gemütlichen Charmes im Viertel, wo der Junkie, die Prostituierte, der Punk und der Migrant ein vorgeblich harmonisches Miteinander pflegen. Reeperbahn und die zum Ausgehviertel avancierte „Schanze“ ziehen neben Touristenhorden aus ganz Europa tatsächlich zahlungskräftigere, schickere Menschen an, die als Bedrohung der vermeintlich widerspenstigen Gegend gesehen werden. Und je mehr sich das Viertel verändert, desto stärker wird die Verwurzelung des Vereins im „Arbeiterquartier“ betont. Neue Spieler, die einen Vertrag beim „FC St. Pauli“ unterschreiben, nehmen üblicherweise an einer Führung durch den Kiez teil, um ihnen, wie es Holger Stanislawski, der ehemalige langjährige Trainer der Fußballmannschaft in einem Interview verriet, „zu vermitteln, wie wichtig die Verbindung zwischen Verein und Kiez ist“. Diese Blut- und Boden-Rhetorik von Anhängern und Offiziellen des „FC St. Pauli“ ähnelt dem Nazigeschrei vieler ostdeutscher Fußballfans dabei nicht nur zufällig. Hier wie dort werden „Authentizität“, „Verwurzelung“ und „Tradition“ hochgehalten; hier wie dort werden sich äußere Bedrohungen („Spekulanten“, „Konzerne“, „Banken“) imaginiert; und hier wie dort wird Gesinnung als gemeinschaftsstiftendes Moment gepriesen. Es gehe, so Holger Stanislawski, hier ja „nicht immer nur um Fußball, sondern auch um höhere Ziele“.

Antikapitalismus

Zu den „höheren Zielen“, von denen Stanislawski spricht, gehört nicht zuletzt ein dumpfer Antikapitalismus. Denn so unterschiedlich die Fans des „FC St. Pauli“ auch sein mögen: Die Ablehnung des „Kommerzes“ ist der breite Konsens, unter dem sich alle von ihnen versammeln. Während die antikapitalistische Agitation gegen den „modernen Fußball“ bei anderen Vereinen eher zum Repertoire der Ultrà-Gruppen gehört, die oft nur einen geringen Teil der jeweiligen Fanszenen ausmachen, zählt dies bei nahezu jedem „St. Paulianer“ selbstredend zum guten Ton. Hier macht gelegentlich auch die Vereinsführung mit: Sie arrangierte für den Stadionumbau eine Anleihe bei den Fans, da man lieber diesen das Geld für die Zinsen zahle als der Bank. Das Problem ist, dass selbstverständlich auch beim „FC St. Pauli“ ein Management das Unternehmen führen, Gewinne einfahren, Sponsorenverträge an Land ziehen und die Einnahmen und Ausgaben kalkulieren muss. Diese notwendige Orientierung sorgt dafür, dass sich sowohl die Vereinsspitze als auch die „St.-Pauli“-Fans immer wieder in Widersprüchen verzetteln – und die Fans regelmäßig auch in Konflikt mit dem Management geraten. Denn gerade der Klub, der mit seinem erfolgreichen Merchandising[5] viele Traditionsvereine aus der 1. Bundesliga in den Schatten stellt, lebt von seinem vermeintlich unkommerziellen Auftreten. Das linke Image des Vereins entwickelte eine Ausstrahlungskraft, von der andere Vereine nur träumen können. 15.000 Vereinsmitglieder, fast genauso viele Dauerkartenbesitzer, Totenkopf-Sabberlätzchen für Kleinkinder, „St.-Pauli“-Ohrenschützer und -Gummistiefel sind eindrückliche Belege dafür, dass die Nische, ein „anderer Verein“ zu sein, durchaus lohnenswert ist. Da aber TV-Gelder und der Verkauf von Fan-T-Shirts (den Totenkopf als Marke musste der „FC St. Pauli“ in Zeiten finanzieller Not an ein externes Unternehmen veräußern) nicht ausreichen, um dauerhaft in den Profiligen zu bestehen, sah sich die Geschäftsführung dazu gezwungen, die Strukturen im Verein gewinnbringend zu professionalisieren. Bei Sponsoren wurde nicht mehr so genau hingesehen, so dass in der Saison 2010/11 das Rotwein-Cola-Mischgetränk „Kalte Muschi“ (bei dem wohl einzig der zu Altherren-Witzen taugende Name der Grund für den Erfolg ist) auf den Werbebanden zu sehen war. Der Ausbau einer der Logen im Rotlichtmilieu-Stil mit Stripperinnen war ebenfalls eine der Erneuerungen, die die Fans zum Kochen brachte. Neben berechtigten Zweifeln an frauenfeindlichen Praktiken richteten sich die Aktivitäten jedoch vor allem gegen das Schreckgespenst der „Kommerzialisierung“, das immer mehr zu einem geflügelten Wort wurde. Als der Name des „Millerntor“-Stadions an einen Sponsor verkauft werden und mit dem „Millerntaler“ ein stadioninternes Bezahlsystem etabliert werden sollte – beides ist im Profifußball die Regel –, formierte sich ein Protest gegen die Werbemaßnahmen, wie er sich nur auf „St. Pauli“ entwickeln konnte. Es gründete sich eine Faninitiative mit dem treffenden Namen „Sozialromantiker“, die sich zum Ziel gesetzt hat, „den Verein hinsichtlich der fortschreitenden Kommerzialisierung des Profifußballs und deren Auswirkungen auf Mitglieder und Fanszene konstruktiv und kritisch zu begleiten“. Mit der zentralen Forderung „Bring back St. Pauli“ ist gemeint, dass man die notwendige Modernisierung des Vereines ablehnt und sich etwas „Ursprüngliches“ wünscht. Dass dieses Ursprüngliche wenig mit Ursprüngen zu tun hat, zeigt nicht zuletzt die Geschichte des „FC St. Pauli“ selbst: Denn bevor die Hausbesetzer der Hafenstraße in den 1980er Jahren begannen, ins Millerntorstadion zu gehen, unterschied sich der Verein kaum von anderen Klubs. Die Punks und Autonomen mussten sich zunächst handfest gegen die bestehende Fanszene durchsetzen, die zu einem nicht unerheblichen Teil aus Nazis und Prolls bestand. Wenn es um die Wiederherstellung vermeintlicher Ursprünglichkeit geht, werden in der Regel Ansprüche für die Zukunft angemeldet. So ist es kein Zufall, dass die vielbeschworenen Werte – deren Einhaltung schließlich von jemandem überprüft werden muss – nicht weit sind, wenn es irgendwo in Deutschland „ursprünglich“ zugehen soll. Die „Sozialromantiker“ braucht man gar nicht zu kritisieren; sie sagen selbst am besten, was diese so moralinsauer und heimatverbunden macht: Zentral für sie seien nämlich die „Werte, unser Verständnis von Fußball und wie wir ihn erleben wollen. Unsere Insel Sankt Pauli in einer Welt, die nur noch auf die monetäre Verwertbarkeit von allem und jedem schaut. Unsere Andersartigkeit auf dem Marktplatz Profifußball.“ Platter „Occupy-Wall-Street“-Jargon verschwimmt hier mit der Angst um die eigene Scholle und dem Stolz, dass es bislang am „Millerntor“ keine Verträge mit Sponsoren gegeben habe, „die im Verdacht stehen, faschistisch, rassistisch, homophob, sexistisch oder kriegstreiberisch zu agieren“. (Während man vor bürgerlichen Gerichten zumindest noch so lange als unschuldig gilt, bis die Schuld bewiesen ist, reicht am „Millerntor“ offenbar der Verdacht aus.) Die Aktionen der „Sozialromantiker“ – Unterschriftensammlungen, diverse Banner mit schwarzen Buchstaben auf rotem Untergrund – wurden schließlich von der übergroßen Mehrzahl der Fangruppen mitgetragen und sind unter den aktiven Fans weitgehender Konsens.

Eine weitere Faninitiative mit dem Titel „Warum bist du bei St. Pauli?“ ist ebenfalls bemüht, etwas Tieferes als die einfache Zuneigung zu einem Fußballverein als Grund für die Zugehörigkeit zum braunweißen Kollektiv zu finden. Auch dort sorgt man sich „nicht nur um den Klassenerhalt, um Tore und Punkte [des Vereins], sondern auch um seine Seele“. Auch hier wird die „überbordende Kommerzialisierung“ beklagt. Und wie immer, wenn die Ahnung aufkommt, dass man den Entwicklungen ohnmächtig gegenüber steht, wird appelliert, sich einfach noch mehr Mühe bei der Abwehr der Erscheinungen eines modernen Unternehmens wie einem Profifußballverein zu geben: „Eine Fanszene, die Werte jenseits des Mainstreams verteidigen will, muss sich auch selber fragen, wie sehr sie diese Werte eigentlich noch lebt und verteidigt.“

Die Berliner Republik unter den Fußballvereinen

Die gern bemühte Floskel, dass es sich beim „FC St. Pauli“ um „mehr als nur einen Fuß-

ballverein“ handelt, ist also unfreiwillig richtig. Die Fanszene vereinigt in sich all das, was das neue – das heißt: linke – Deutschland ausmacht. Es handelt sich dabei um eine Mischung aus klassischem Linksaktivismus und einem längst im Mainstream angekommenen linken Gefühl. Der Antifaschismus des „FC St. Pauli“ ist angesichts der faktischen Absenz von Nazis am „Millerntor“ lediglich Ausdruck eines reinen Gewissens; der Verein eine Wehrgemeinschaft gegen einen Feind, dessen Hässlichkeit umso massiver beschworen wird, je ähnlicher er einem selbst ist. Der „FC St. Pauli“ ist damit die „Berliner Republik“ unter den deutschen Fußballvereinen. Er ist die vereingewordene Zivilgesellschaft; die gemeinschaftliche Abwehrfront gegen Rechts, in der eigene, den Nazis nicht unähnliche Ressentiments (gegen die Moderne, gegen das Kapital, gegen Nestbeschmutzer usw.) einerseits gepflegt werden können; und in der diese andererseits auf im eigenen Stadion nicht existente Nazigruppen extrapolarisiert werden. In dieser Eintracht lässt man sich nicht dazwischen reden; man fühlt sich wohl – und so soll es am liebsten auch für immer bleiben.

Andreas Reschke

Anmerkungen:

1 Das von „Ultrà St. Pauli“ (USP) gegründete Netzwerk „Alerta Network“ vereinigt zahlreiche antifaschistische Ultrà-Gruppen in Europa und Israel. Für diese Aktivitäten bekam „USP“ in diesem Jahr den „Hans-Frankenthal-Preis“ der Stiftung „Auschwitz-Komitee“ verliehen. Diese durchaus ehrenwerte Arbeit bekommt allerdings einen faden Beigeschmack, wenn man bedenkt, dass die Bremer Fangruppe „Infamous Youth“ aus dem Netzwerk austrat. Diese hielt es nämlich für unerträglich, dass u.a. die Ultras vom „FC Bayern München“ („Schickeria München“), die übrigens mit den „St. Pauli“-Ultras eine intensive Freundschaft pflegen, darauf bestanden, dass man sich auch unter Genossen bei Spielen gegeneinander zu prügeln habe – schließlich sei man ja „Ultras“. Anders regelt man dagegen den Umgang mit den „Chosen Few Hamburg“, einer der Ultrà-Gruppen des Lokalrivalen „Hamburger Sportverein“. Diese werden in einem Interview auf ein „Gentlement’s Agreement“ mit „Ultrà St. Pauli“ angesprochen, in dem man sich auf diverse Tabus im gegenseitigen Umgang einigte. Man greife nun nicht mehr die gegnerischen Fans in großer Überzahl an und zerstöre keine Räumlichkeiten der Gruppen und Fanprojekte.

2 Dass Che Guevara ungezählte standrechtliche Erschießungen anordnete, dass Homosexuelle und Aids-Kranke dank seiner Revolution in Lagern zusammengepfercht wurden und dass er der Untreue verdächtigte „Genossen“ eigenhändig ermordete, sei hier nur nebenbei erwähnt.

3 Fast überall sind Menschen, die ihre ganze emotionale Zuwendung einem Sportverein statt den Mitmenschen opfern, unangenehme, bemitleidenswerte Gestalten. Die eingefleischten Fans betonen, dass sie ihrem Verein die ewige Treue schwören und diesen auch in die untersten Ligen – oder, wie gerne gesungen wird: „bis in den Tod“ – folgen. Von solch ärmlichem Leben heben sich die von den aktiven Fans gehassten „Eventfans“ ab, die zwar auch mit Vereinsschal zum Spiel gehen; letztlich aber nur kommen, um ein schönes Spiel zu sehen. Taucht die Mannschaft in die unteren Ligen ab, gibt es für sie kaum noch einen Grund, unter Umständen bei Minusgraden einem mittelmäßigen Kick zu folgen.

4 Die Verwendung des Begriffes „St. Pauli” lässt offen, ob der Verein oder das Viertel gemeint ist, wobei allerdings die Grenzen fließend sind bzw. sein sollen.

5 Erst kürzlich berichtete die „Bild“-Zeitung, dass sich an den schweren Ausschreitungen der letzten Monate in Athen immer wieder Personen beteiligten, die an ihrer Kleidung als Anhänger des „FC St. Pauli“ erkennbar waren.

Sozialdemokratie & Staatsfetisch

Vor einiger Zeit sorgte der Parteiwechsel des sachsen-anhaltischen Kommunalpolitikers Hans Püschel von der SPD zur NPD bundesweit für Aufsehen. Wilfried Bielski erinnert daran, dass dieser Übertritt in einer langen Tradition steht.

Im Zuge der Gemeindegebietsreform wurde das Dorf Krauschwitz im Januar 2011 in die Ortschaft Teuchern eingemeindet. Seit über 20 Jahren war Hans Püschel in Krauschwitz in der Kommunalpolitik als Bürgermeister, im Gemeinderat oder als Kreisvorsitzender für die SPD tätig. Als er sich zwei Monate vor der Eingemeindung nach Hohenmölsen zum Bundesparteitag der NPD aufmachte, auf dem die NPD die DVU schluckte, war sicherlich eine gehörige Portion Ärger und Frustration dabei. Schließlich birgt so eine Gebietsreform jede Menge Gefahren für Lokalpatrioten: Erstens droht der Identitätsverlust, zweitens wächst die Angst vor Fremdbestimmung, und drittens gedeiht ein Gefühl der Entwurzelung.

Erst im Nachhinein stellte sich heraus, dass Hans Püschel schon während des Bundesparteitages Teil einer NPD-Propaganda-Show gewesen war. Als nämlich im Februar 2011 über 60.000 Mails aus dem NPD-Postfach veröffentlicht wurden, zeigte sich, dass Püschel bereits vor dem NPD-Bundesparteitag mit dem damaligen sachsen-anhaltischen NPD-Spitzenkandidaten Matthias Heyder in E-Mail-Kontakt stand und sich beide über das NPD-Landtagswahlprogramm berieten. Indem er seine Eindrücke vom NPD-Bundesparteitag aus der Perspektive eines Sozialdemokraten in einem Leserbrief schilderte, wies er – zugegebenermaßen mehr schlecht als recht – darauf hin, dass die Nationaldemokraten alles in allem auch nur nach Wegen suchen würden, „um Deutschland aus seiner kranken Situation heraus zu führen“. Eine Welle der Empörung brach sich Bahn. Die Strategie der NPD schien aufzugehen. Bundesweit sorgte der Fall Püschel und Püschels sich abzeichnende Konversion von der SPD zur NPD für Schlagzeilen. Zu diesem Zeitpunkt war der Öffentlichkeit noch nichts von der Absprache zwischen Püschel und Heyder bekannt. Aus medienstrategischen Gründen, so Püschel an Heyder, sei „die Abgrenzung vorläufig gegenseitig das Beste, weil ich dann die Sache immer mal noch ein paar Tage befeuern und nachlegen kann. Als NPD-Mann wäre ich sofort raus aus den Medien – dann wär’s nichts Besonderes.“ Dies gelang Püschel: Immerhin berichteten „Focus“, „Spiegel“, „Süddeutsche Zeitung“ und andere Blätter.

Bizarr bleibt, dass dieser Vorfall bundesweit skandalisiert wurde. Es war nicht das erste Mal, dass ein Sozialdemokrat ins rechte Lager wechselte. Diese Praxis hat eine lange Tradition, die angesichts ideologischer Schnittmengen zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten das Ausmaß solcher Medienaufmerksamkeit kaum zu rechtfertigen vermag.

Sozialdemokratischer Idealismus

Das Ziel der Sozialdemokratie ist die Bändigung des Kapitalverhältnisses auf seiner eigenen Grundlage. Zwischen sozialer Gesinnung und kapitalem Sachzwang soll harmonisch vermittelt werden: ein in sich widersinniges Ziel. Die SPD ist die Partei derjenigen, die sich nach einem starken Staat sehnen und die korrupten Kapitalisten zähmen wollen, damit sie es sich selbst in der staatlichen Wohlfahrts- und Fürsorgeanstalt kuschelig einrichten können. Das sozialdemokratische Verständnis von Kapital und Lohnarbeit beruht notwendig auf einem falschen Idealismus. Dieser Idealismus erfordert es, die vielfache Vermittlung von Produktions-, Zirkulations- und Distributionsverhältnissen konsequent zu ignorieren. Die Sozialdemokratie kann laut Karl Marx „den notwendigen Unterschied zwischen der realen und der idealen Gestalt der bürgerlichen Gesellschaft nicht begreifen und übernimmt daher das überflüssige Geschäft, den idealen Ausdruck, das verklärte und von der Wirklichkeit selbst als solches aus sich geworfene Lichtbild, selbst wieder verwirklichen zu wollen“.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker

Vor diesem Hintergrund kann die Geschichte der Sozialdemokratie als Wiederkehr des Immergleichen begriffen werden. Das antikapitalistische Programm der Sozialdemokraten besteht darin, die Kapitalisten für den falschen Gebrauch des Geldes zu kritisieren, eine gerechtere Verteilung der Waren durch den Staat und die Sanktionierung der „Parasiten“ zu fordern. Mit anderen Worten: Im sozialdemokratischen Weltbild, das durchaus von der Linkspartei geteilt wird, werden die negativen Seiten des Kapitalismus vor allem auf charakterliche Defizite (Raffgier, Eigennutz, asoziales Verhalten etc.) derjenigen zurückgeführt, die an den kleinen und großen Schalthebeln der Wirtschaft sitzen.

Durch die Geschichte der SPD zieht sich ein roter Faden: Signifikant an ihrer Programmatik ist ihr deutschnationaler, gemeinschaftsideologischer und etatistischer Impetus. Auffallend ist die ideologische Übereinstimmung mit dem Nationalsozialismus in ihrer uneingeschränkten Glorifizie-

rung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, dem nicht umsonst der erste Punkt des 25-Punkte-Programms der NSDAP gewidmet war. Erich Ollenhauer, Willy Brandt und Herbert Wehner bekräftigten in ihrer Grußbotschaft an den Bund der Vertriebenen 1963 dieses Recht als kennzeichnend für die Sozialdemokratie: „100 Jahre SPD heißt vor allem 100 Jahre Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Völker."

Nicht weniger bedeutsam war der sozialdemokratische Semi-Märtyrer Kurt Schumacher. Er hob auf dem ersten Parteitag der SPD 1946 ausdrücklich hervor, dass die Deutschen aufgrund ihrer jüngsten Vergangenheit außerordentliche moralische Qualitäten bewiesen hätten: „Wenn jemand von draußen nach Deutschland kommt, dann erlebt er sicher, wenn er fühlen kann und wenn er Fingerspitzengefühl hat, wenn er seelisch in den anderen eindringen kann, das eine große Wunder, dass nach zwölf Jahren Diktatur noch so viele Menschen anständig geblieben sind. Und er erlebt das andere Wunder, dass beim Kampf, anständig zu sein, auch Tapferkeit gezeigt wird. Im Letzten hat auch der kleinste Mann in seiner Lebenshaltung, in seiner persönlichen Moral, in seiner Lebensführung, in der Art, wie er für seine Familie sorgt, eine Leistung gezeigt, die so groß ist, dass wir für diesen Vorteil die Konkurrenz keines Landes zu fürchten brauchen." Mit der Idee des anderen, das heißt: besseren Deutschland, die in dieser Rede zum Ausdruck kam, werden Denkmuster reproduziert, die allgemein verbreitet sein müssen, damit Nazis Erfolg haben können: der Glaube an die Nation, Gemeinschaftsgefühl, kollektiver Geltungsdrang.

In Stahlgewittern

Am 2. August 1914 stimmten 78 SPD-Abgeordnete im Reichstag für die Bewilligung der Kriegskredite. Nur 14 Sozialdemokraten votierten dagegen. In den folgenden vier Jahren erreichten die staatliche Lenkung und Intervention in die Wirtschaft ein bis dahin unbekanntes Ausmaß. Die Ökonomie sollte vollständig für den modernen Materialkrieg nutzbar gemacht werden. Der Staat ge- und verbrauchte nahezu alle Industrieprodukte selbst. Er besaß das Getreidemonopol und teilte der Bevölkerung Lebensmittel zu. Der Arbeiter produzierte die Waffen und Kriegsmittel, die der Soldat verbrauchte. „Das ganze Transportwesen", so analysierte der Rätekommunist Willy Huhn, „wird vom Staate unter Hintansetzung volkswirtschaftlicher Interessen in den Dienst des Krieges gestellt. Der Staat bestimmt Verbrauch und Verzehr des einzelnen Staatsbürgers. Er greift in die Lohnverhältnisse ein [...], der Staat bestimmt weitgehend die Geldverhältnisse." Der staatliche Zugriff auf alles und jeden war kennzeichnend für eine noch nie da gewesene Totalität des Staates.

Für diesen Vorschein einer Volksgemeinschaft zeigten weite Teile der Sozialdemokratie große Begeisterung. Sie wollten die staatliche Lenkung von Ökonomie und Gesellschaft zu Zwecken der Kriegsführung als „Kriegssozialismus" begriffen wissen, an dessen Horizont der tatsächliche Sozialismus dämmerte. Der damals sehr bekannte Sozialdemokrat August Winning erklärte im Frühjahr 1915: „Das Schicksal Deutschlands ist auch das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse." Im selben Jahr gründete sich im linken Flügel der SPD die Lensch-Cunow-Haenisch-Gruppe. Im Unterschied zu weiten Teilen der Partei interpretierten ihre Mitglieder den Weltkrieg nicht nur als Vorschein, sondern als Verwirklichung der sozialistischen Revolution. An einen deutschen Sieg knüpften sie die Hoffnung, eine sozialistische Gesellschaftsordnung in ganz Europa errichten zu können. Sowohl die Lensch-Cunow-Haenisch-Gruppe als auch die Mehrheit ihrer Parteigenossen reihten sich aus Überzeugung in die imperialistische Kriegsmaschinerie Deutschlands ein. Die sozialdemokratischen Massenorganisationen waren von nicht zu unterschätzender Bedeutung, um große Menschenmassen zu organisieren und politisch zu führen. Spätestens hier hatten die Arbeiter gelernt, zu marschieren und in Reihe und Glied zu denken. Zugleich entstand in dieser historischen Konstellation erstmalig die Vorstellung einer Wehr- und Produktionsgemeinschaft, welche den gedanklichen Bezugsrahmen für die Einheit der „Deutschen Arbeitsfront" in Nazi-Deutschland bildete. Vom ursprünglich internationalistischen Geist der Sozialdemokratie blieb bis zur Gründung der „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands" (USPD) im Jahr 1917 nicht viel übrig. Die Opposition der USPD zu den Mehrheitssozialdemokraten begründete sich vor allem in der Gegnerschaft zur Burgfriedenspolitik. Die USPD war von 1917 bis 1922 politisch bedeutsam, vermochte es aber nicht, die Vorrangstellung innerhalb der Sozialdemokratie zu erlangen.

Nationaler Sozialismus versus Nationalsozialismus

Besonders stark ausgeprägt waren der Staatsfetischismus und die Vorstellung von einem originär deutschen Sozialismus im „Hofgeismarer Kreis". Darin formierte sich von 1923 bis 1926 ein radikal deutschnationaler Flügel innerhalb der Sozialdemokratie. Auch die Monatszeitschrift „Neue Blätter für den Sozialismus", die ab 1930 erschien, war ein breites Sammelbecken für jung-rechte intellektuelle Sozialdemokraten. Mit Vehemenz propagierten sie einen nationalen Sozialismus, der mit einigen Vorstellungen des Nationalsozialismus übereinstimmte: der Idee einer gegen das Individuum gerichteten Volksgemeinschaft, einer antikapitalistischen Sehnsucht und einem ethisch-religiösen Fatalismus. Damit leisteten sie – ohne es explizit zu wollen – ihren Beitrag dazu, das ohnehin wackelige Fundament der Weimarer Republik und letztlich auch der SPD zu unterhöhlen.

Den Höhepunkt der Groteske markierte die Reichstagssitzung am 17. Mai 1933. Es war die letztmalige Teilnahme der SPD an einer Reichstagssitzung. Einige Monate zuvor hatten die Nazis die politische Macht übernommen. Der Boykott jüdischer Geschäfte und die Bücherverbrennungen waren längst Realität in Deutschland. Beim letzten Auftritt im Reichstag verabschiedeten sich die Sozialdemokraten schmachvoll: Sie unterstützten die Forderung der Nationalsozialisten, den Versailler Vertrag für Deutschland außer Kraft zu setzen. Am Ende der Sitzung sangen die Abgeordneten gemeinsam das Deutschlandlied. Die meisten SPD-Mitglieder stimmten voller Rührung in die Hymne ein, ja „manchen liefen die Tränen über die Wangen", wie das damalige Reichstagsmitglied Wilhelm Hoegner resümierte. Es war, so Hoegner weiter, „als hätte uns Sozialdemokraten, die man immer als die verlorenen Söhne des Vaterlandes beschimpfte, einen unsterblichen Augenblick lang die gemeinsame Mutter Deutschland ans Herz gedrückt".

Die konsequente Sozialdemokratie

Die Geschehnisse, die diesem gemeinsamen nationalen Chorgesang folgten, stießen nicht bei allen Sozialdemokraten auf durchgängige Kritik. Der SPD-Altkanzler Helmut Schmidt, auf den sich auch Hans Püschel gern bezieht, bezeichnete die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik der Jahre 1933 bis 1936 in seinem Buch „Unser Jahrhundert" als „ökonomisches Kunststück", das „sonst niemandem in der ganzen Welt gelungen" sei. Die deutsche Wirtschaftspolitik dieser Zeit sei „der erste Fall von gelungenem Keynesianismus" gewesen.

Angesichts solcher Äußerungen, der Heuschreckenmetaphorik Franz Münteferings und der antisemitischen Stechmückenkarikaturen der SPD-nahen IG Metall war der Übertritt Hans Püschels zur NPD zwar einerseits konsequent, andererseits aber auch unnötig: Er hätte mit seinem Weltbild genauso gut bei der SPD bleiben können.

Wilfried Bielski

BAHAMAS Nr. 63 Winter 2011/12

Occupy The Present

Der peinlichste Berliner ● Londonistan Is Burning ● Vorsprung durch Technik: die Piratenpartei ● Kiezmilizen gegen Leipziger Conne Island ● Die ägyptische Revolution ● Die Eindeutschung eines Islamkritikers ● Frankreichs Revolutionäre: Schmutzig, arm und ungebildet ● Souveränität bei Benjamin Netanjahu und Helmut Schmidt ● das kollektive Abreagieren anlässlich des Papstbesuches ● 50 Jahre Mauerideologien ● Übergänge vom Revolutionär zum Kulturfunktionär ● Der Holzweg engagierter Kunst ● Kapital fatal: Krise als Naturereignis ● Warum Marx so gern den Satz „Time is Money" zitierte u.a.m.

5 EUR (Briefmarken): Bahamas, Postfach 620628, 10796 Berlin
Tel.: 030 / 6236944 und redaktion@redaktion-bahamas.org
www.redaktion-bahamas.org

Wasser marsch!

„Wir scheuen keine Konflikte.“ Mit dieser furchtlosen Selbstbeschreibung eröffnete der bürgerbewegte „Friedenskreis Halle e.V.“ im November vergangenen Jahres eine Ausstellung zum Jubiläum seines 20-jährigen Bestehens. Die Ausstellung war gleichzeitig Auftakt einer Veranstaltungsreihe, mit der sich die Friedensfreunde in Kooperation mit der grünen Ideologiefabrik „Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt“ dem Thema „Konflikte um Ressourcen“ widmeten. Die Reihe hielt, was man erwarten konnte, wenn sich NGO-ler gegenseitig die Welt erklären. Der Ölkonzern „Esso“ und die Weltbank wurden im ersten Vortrag (Titel: „Schwarzes Gold ohne Nutzen. Falsche Versprechungen im Tschad“) für das Elend in Zentralafrika verantwortlich gemacht. In der zweiten Veranstaltung mit dem im Nazijargon formulierten Titel „Der Krebs der grünen Lunge“ wurde dem Geschwür der „Profitmaximierung in Amazonien“ der Kampf angesagt. Es ist wohl kaum ein Zufall, dass sich der dritte Vortrag der Reihe gegen den Staat derjenigen richtete, die in der Phantasie von Nazis per se für „falsche Versprechungen“ und „Profitmaximierung“ stehen. Und so luden Friedenskreis und Böll-Stiftung am 15. Dezember Fetlework Seifu, sogenannte „Friedensfachkraft“ und Aktivistin des notorisch antiisraelischen Vereins „Kurve Wustrow. Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion e.V.“, ins Gasthaus „Goldene Rose“ nach Halle ein. Titel der Veranstaltung: „Durst auf Heimat. Konfliktlinien in Israel und Palästina“.

Neben den obligatorischen Israelfeinden und Nahostexperten der hallischen Bürgerbewegungsmafia rief der Vortrag auch eine Handvoll Kritiker auf den Plan, die sich vor der „Goldenen Rose“ einfanden und Flugblätter an die Gäste verteilten. Als sie sich nach Beginn der Veranstaltung unter die anwesenden Teilnehmer mischten und während des Referates kritische Nachfragen stellten, zeigte sich nicht nur die „Friedensfachkraft“ unwillig und unfähig, diese zu beantworten. Vielmehr hatten die Kritiker binnen weniger Minuten den lautstarken Unmut der anwesenden Veranstaltungsbesucher auf sich gezogen: Sie wurden von den anwesenden Hippies, Rentnern und Ethiklehrern niedergebrüllt. Die Zornesäußerungen der Wutbürger reichten dabei von Spekulationen über die Identität der Kritiker („Sind das Fanatiker? Sind das Studenten oder was?“) über Beschimpfungen der Störer als „unmännlich“ bis hin zum Wunsch, sie sollen verschwinden („Wir können uns allein kritisch auseinandersetzen!“). Dazu gesellte sich auch der Vorwurf, man würde mit der vorgebrachten Kritik Israel schaden, den der anwesende Detlev Haupt, der Vorsitzende der hallischen Ortsgruppe der „Deutsch-Israelischen Gesellschaft“ (DIG), wutschnaubend äußerte. Dem Friedenskreis, dessen erklärtes Ziel in der Schaffung einer „Gesellschaft ohne Gewalt“ besteht, fiel als Antwort nichts Besseres ein, als die Kritiker durch jene entfernen zu lassen, deren gesellschaftliche Aufgabe es ist, das Gewaltmonopol des Staates durchzusetzen. Mit anderen Worten: Die Veranstalter riefen die Polizei. Die kam dann auch mit fünf Einsatzwagen und zahlreichen Beamten, geleitete die Störer des antizionistischen Friedens aus dem Saal und erteilte Platzverweise.

Der hallische Friedenskreis bewies mit seinem Vorgehen gegen die Kritiker der Pro-Palästina-Veranstaltung vor allem eines: Hinter seiner Friedenssehnsucht steht das autoritäre Bedürfnis nach Abstrafung all derer, die sich dem „partnerschaftlichen, gerechten und gewaltfreien Zusammenleben in Vielfalt“ (O-Ton Friedenskreis) verweigern. Wer schon auf kleinere Unmutsbekundungen und etwas vehementere Nachfragen mit Hausverbot und Polizeieinsatz reagiert – im konkreten Fall also auf die Weigerung, partnerschaftlich mit Antisemiten ins Gespräch zu treten und ihnen zuhören zu wollen –, der zeigt eindrücklich, dass hinter den penetrant vorgetragenen Mantras „Toleranz“, „Dialog“ und „Gewaltfreiheit“ vor allem der Wunsch steht, von Kritik endlich in Frieden gelassen zu werden. Der Wunsch der Friedenskreisler nach einer infantil vor sich hin brabbelnden Gemeinschaft, in der nur noch subjektive Meinungen ohne Realitätsbezug konsequenzlos aufeinandertreffen, ist offenbar groß. So groß, dass schon beim kleinsten, von außen hineingetragenen Widerspruch die hehren Grundsätze fallengelassen werden wie heiße Kartoffeln. Es ist kaum auszumalen, wie die hallischen Friedensfreunde wohl reagieren würden, wenn sie in Israel lebten und mit schlimmerem als mit Veranstaltungskritik konfrontiert wären. Würden ihre Häuser regelmäßig mit Kassam-Raketen beschossen, und hätten sie dort gesellschaftlichen Einfluss, es gäbe ihn wohl tatsächlich, den „Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser“, von dem ihresgleichen so gern sprechen.

Im Folgenden dokumentieren wir das Flugblatt der AG „No Tears for Krauts“, das am 15. Dezember vor dem Gasthof „Goldene Rose“ verteilt wurde.

„Kaum jemand kennt sie nicht: Erschütternde Nachrichten über die immer wieder eskalierenden Konflikte im Nahen Osten.“ Mit diesem Satz hebt die Einladung zu einem Vortrag an, die auch Sie, verehrter Besucher, verehrte Besucherin, zur heutigen Veranstaltung gelockt hat. Welche eskalierenden Konflikte im Nahen Osten mögen gemeint sein, die kaum jemandem nicht bekannt sind und deren Kunde erschüttern lässt? Die mörderische Gewalt zwischen sunnitischen und schiitischen Gruppen im Irak? Die brutale Niederschlagung der iranischen Oppositionsbewegung? Die jüngsten Massaker der türkischen Armee in Irakisch-Kurdistan? Der Krieg des Assad-Regimes gegen die syrischen Sunniten? Die monatelangen blutigen Kämpfe des Diktators Saleh gegen die Opposition im Jemen? Der gar nicht mehr so kalte Krieg zwischen Teheran und Riad?

Sie wissen es natürlich längst: Drehte sich die Veranstaltung um einen dieser Konflikte, Sie säßen heute zu Hause und ließen sich von Ihrem Fernseher statt von der „Friedensfachkraft“ Fetlework Seifu unterhalten. Denn diese verspricht, was „Alarm für Cobra 11“ nicht bieten kann: „Konfliktlinien in Israel und Palästina“, mithin Empörung und Gemeinschaftserlebnis.

„Durst auf Heimat“ lautet der völkische Titel dieser Veranstaltung, der durchaus nicht nur den Heimatdurst der Palästinenser meint. Auch deutsche Friedensfreunde kennen das Schicksal, von der eigenen Scholle getrennt zu sein, weshalb sie gerne über Dschenin, Ramallah und Chan Junis reden und Pilsen, Danzig und Breslau meinen. Als Hintergrund dieses Blut-und-Boden-Geraunes – die Veranstaltungsankündigung spricht vom „Kampf um Wasser und Land“ – soll nun die Wasserverteilung in Israel respektive den palästinensischen Autonomiegebieten herhalten.

Dabei kennen Sie, verehrter Besucher, verehrte Besucherin, als passionierte Israelkritiker selbstredend bereits die Fakten, die sich ungefähr zu diesem Sinnbild verdichten lassen: Der Israeli genießt in vergoldetem Swimmingpool das kühle Nass, während nebenan die Palästinenser verdursten. Diese Mär verbreitete vor ziemlich genau einem Jahr immerhin auch die NGO „Amnesty International“ in ihrem Bericht „Troubled Waters“. Zwar lag der jährliche Wasserverbrauch Israels 2007 mit 153 Kubikmetern pro Einwohner in der Tat etwas über dem der Palästinenser mit durchschnittlich 105 Kubikmetern, doch relativieren sich diese Zahlen mit einem Blick auf die tatsächlichen Wasserverschwender der Region – jene, die kaum Süßwasser wiederaufbereiten – deutlich: Im selben Zeitraum verbrauchte ein Libanese 949, ein Syrer 861, ein Ägypter 732 und ein Jordanier immerhin noch 172 Kubikmeter. Die amerikanische Studie mit dem Titel „Water in the Middle East“ aus dem Jahr 2006 kommt gar zu dem Ergebnis, dass die Wasserversorgung in der Westbank besser ist als in arabischen Hauptstädten wie Amman, Tunis oder Algier. Dass die Abwasserbehandlung in den palästinensischen Autonomiegebieten trotz massiver finanzieller Zuschüsse durch ausländische Geldgeber äußerst mangelhaft ist – und damit einen Verstoß gegen die Beschlüsse der Osloverträge darstellt – und Wasserengpässe deshalb durch Israel ausgeglichen werden müssen, wird Sie sicher ebensowenig interessieren wie die Tatsache, dass der 2010 im Gazastreifen neu eröffnete „Crazy Water Park“ nicht etwa wegen Wassermangels schließen musste, sondern aufgrund seiner Zerstörung durch die frommen Aktivisten der Hamas, die im Badespaß einen Verstoß gegen islamische Moral erblickten.

Friedensfachkraft Fetlework Seifu, die über „komplexe Ursachen der gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Israelis und PalästinenserInnen“ (wenn schon nicht palästinensischer, so bleibt den Israelis immerhin der Genderterror erspart) reden will, wird selbstverständlich drei Dinge ausklammern: den massiven Antisemitismus der palästinensischen Gemeinschaft, ihren islamischen Tugendterror sowie die Weigerung aller palästinensischen Politiker, den jüdischen Staat anzuerkennen. Diese antizionistische Friedenstümelei samt des völkischen Gemeinschaftsgefühls der Besucher und Veranstalter öffentlich zu denunzieren, ist Anliegen des heutigen Protestes.

AG „No Tears for Krauts“

Die Unmöglichkeit einer Insel

In Insel, einem sehr kleinen Dorf in der Nähe des altmärkischen Stendal, regt sich seit Monaten Widerstand gegen neue Nachbarn. Zwei aus der Haft entlassene Sexualstraftäter sollen sich dem Willen der Ureinwohner des Dorfes beugen und wieder verschwinden. Frank Roßlau und Mandy S. Dzondi über den Verfolgungseifer der Insulaner und dessen Folgen.

Wenn sich im Herbst in Insel, einem gottverlassen Dorf im nördlichen Sachsen-Anhalt, zweihundert Leute versammeln, kann das eigentlich nur bedeuten, dass die Erntekönigin gewählt wird. Die Stimmung war durchaus ausgelassen, die Menschen scherzten, lachten und tauschten sich über den neuesten Dorfklatsch aus. Allein eines wollte nicht ins Bild passen: Es gab weder ein Festzelt noch einen Bierausschank. Statt eines Rahmenprogramms mit Dankesgaben, einer Erntekrone und dem Frönen von Goldkronegenuss standen die Insulaner mit umgehängten Plakaten herum und lärmten mit Kochgeschirr. Inselbewohner sowie ihre Anverwandten und Bekannten, einschließlich der regionalen Nazi-Kameradschaft, fanden sich regelmäßig zu den Kundgebungen ein, die im Spätsommer und Herbst 2011 stattfanden. Der Anlass für die Versammlungen war der gemeinsame Kampf gegen zwei Sexualstraftäter, die angeblich den Frieden des Ortes störten. Und so sammelte man sich gemeinsam hinter Transparenten mit der Aufschrift „Todesstrafe für Kinderschänder“.

Der Hintergrund

Ende Juli 2011 zogen zwei entlassene Straftäter ins Dorf, und einige Wochen später war „durchgesickert“, dass beide Männer wegen Vergewaltigungen von Frauen in den 1980er Jahren verurteilt wurden, wie die Lokalzeitung „Volksstimme“ schrieb. Nach der jeweils fünfjährigen Haft kamen beide in Sicherungsverwahrung in Baden-Württemberg, bis diese im vergangenen Jahr vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte für rechtswidrig erklärt wurde. Zunächst überwachte die Polizei die 54- und 64-jährigen Männer, die im Oktober 2010 freikamen. Nach sieben Monaten urteilte laut dem „Schwäbischen Tagblatt“ das Landeskriminalamt Baden-Württemberg in Abstimmung mit Behörden, Justiz und Polizei, dass „kein herausragendes Gefahrenpotenzial mehr“ besteht, da die Ex-Häftlinge eine Therapie gemacht und sich „vorbildlich“ verhalten hätten. Während der Sicherungsverwahrung lernten sie den Tierarzt ihrer Wellensittiche, Edgar von Cramm, kennen. Er überließ ihnen sein ererbtes Haus in der Gemeinde Insel. Doch die Dörfler vergönnten den Männern ihren Neuanfang im Osten. Einige Wochen nach dem Umzug begannen die Proteste. Rund um die Uhr ist seitdem ein Streifenwagen für den Schutz der beiden Männer vor ihrem Haus postiert. Nur wenige Tage nachdem die Dorfgemeinschaft von der Vergangenheit der Zugezogenen erfahren hatte versuchten einige Engagierte, die sich entsprechend Mut angetrunken hatten, das Haus anzuzünden.

Die Mehrheit der altmärkischen Wutbürger beließ es bei weniger handfesten Aktionen. Von Unterschriftensammlungen bis zu eilig einberufenen Einwohnerversammlungen wurde all das aufgeboten, was an Bürgerbeteiligung von Sozialkundelehrern immer gefordert wird. Die wütenden Appelle mit Schildern wie „Die Politik hat versagt“ richteten sich dabei nur vermeintlich gegen die Landesregierung. Die Insulaner fühlten sich „im Stich gelassen“, wie der Ortsbürgermeister Alexander von Bismarck immer wieder betonte, und wollten aus Magdeburg Unterstützung für ihren Unmut erhalten. Die Staatsgewalt sollte das Treiben in Insel legitimieren, in welcher Form auch immer. Nur in diesem Fall hätten sich mehr als ein paar Säufer zusammengefunden, um den Volkswillen zu vollstrecken.

Seitens der sachsen-anhaltischen Landesregierung ging man zunächst erfreulich wenig auf die Forderungen der frischgebackenen Volksbegehrer ein. Justizministerin Angela Kolb erinnerte daran, dass es gesetzlich vorgeschrieben ist, den Entlassenen „eine Chance auf Resozialisierung“ zu geben. Außerdem kritisierte sie laut der „Mitteldeutschen Zeitung“, dass die „Menschen nicht bereit sind, die Menschenwürde der Betroffenen zu achten“. Der deutliche Hinweis, dass Grundrechte wie die freie Wahl des Wohnorts selbst in der Altmark nicht ohne weiteres außer Kraft gesetzt werden können, konnte die Insulaner keineswegs besänftigen. Angeführt von Bürgermeister von Bismarck verstärkten sie ihre Proteste und kündigten an, solange zu demonstrieren, bis „Insel von dieser Belastung“ befreit sei.

Sieg der Dorfstraße

Seinen vorläufigen Höhepunkt erreichte das Trauerspiel, als eine Vielzahl von Medien – angefangen von der „Altmark-Zeitung“ bis hin zu den „Tagesthemen“ der ARD – über die Proteste berichtete und mehrere Journalisten zu jeder Kundgebung anreisten. Auch die „Kameradschaft Salzwedel“ rückte Ende Oktober mit siebzig Deppen an. Nachdem die Dorfbevölkerung einträchtig mit den Kameraden gegen die Sexualstraftäter demonstriert und Bürgermeister von Bismarck vor laufender Kamera des MDR-Fernsehens die Kameraden herzlich im Kreise der Protestierer begrüßt hatte, nahm sich Landesinnenminister Holger Stahlknecht der Sache persönlich an. Hatte die Landesregierung bis dahin noch zaghaft darauf bestanden, dass die beiden Freigelassenen ihren Wohnort selbst wählen können, wenn sie die verhängten Bewährungsauflagen befolgen, rief Stahlknecht nun zum Krisengipfel. Nur vier Tage nach der genannten Demonstration mussten die beiden Männer eine Einverständniserklärung unterschreiben, das Dorf zu verlassen. Als Gegenleistung sollte von weiteren Demonstrationen abgesehen werden. Selbst die bis dahin nur zurückhaltend berichtende „Mitteldeutsche Zeitung“ titelte am nächsten Tag, halb beeindruckt, halb dämonisierend: „Sieg der Straße“. Auf die Nachfrage der Zeitung an den Innenminister, ob mit diesem Vorstoß nicht die Straße – respektive der Mob – über die Resozialisierung gesiegt habe, wollte Stahlknecht nur „die menschliche Vernunft“ am Werke sehen. Kaum hatte sich der einfache Dorfmob gemeinsam mit den offen bekennenden Nazis in ausreichend großer Zahl versammelt, fanden seine Forderungen Gehör. Zwar erhielten die Insulaner kein Signal, dass beim Losschlagen auf das begehrte Objekt die Polizei ruhig zusehen würde. Aber ganz ähnlich den Zuständen Anfang der 1990er Jahre, als das Asylrecht de facto abgeschafft wurde, reagierte Stahlknecht auf die Masse und lenkte ihren Willen in administrative Bahnen.

Anders als zu Beginn der 1990er Jahre sorgte das Vorgehen des Innenministers sorgte weder in der Regierung noch bei der Opposition für einhellige Zustimmung. Parallel zu den Erfolgen der Insulaner zeigte sich die Landespolitik bestürzt. Die Oppositionsparteien warfen der großen Regierungskoalition im Landtag vor, das Prinzip der Resozialisierung dem Willen der Straße geopfert zu haben. Alle im Landtag vertretenen Fraktionen verabschiedeten einen Beschluss, mit dem ausgedrückt werden sollte, dass die Resozialisierung grundsätzlich eine feine Sache sei und die Grundrechte in Sachsen-Anhalt weiter erwünscht seien. Wann diese Grundrechte außer Kraft gesetzt werden, legen bis auf weiteres Dorf-Mob, im Wechselspiel mit Innenminister und Neonazis, fest.

„Insel der Verlierer“

Bei allem Erfolg in der Sache, recht glücklich werden die Insulaner wohl nicht mit ihrem Sieg werden. Die große Einigkeit, die die Bevölkerung allwöchentlich auf die Straße und in das Versammlungshaus getrieben hat, wird schon bald, nachdem die gefährlichen Eindringlinge vertrieben sind, dem üblichen Hass auf den Nachbarn und der unendlichen Langeweile des Dorfalltags weichen. Selbst ein Kommentator des Nachrichtenradios „MDR-Info“ kam unter dem Titel „Insel der Verlierer“ zu dem Schluss, dass die verfolgungswütigen Demonstranten ihre niedrigsten Instinkte zur Schau gestellt hätten. Schließlich würden nun die beiden Männer, die Medien und auch das (öffentliche) Interesse das Dorf verlassen, und die Insulaner blieben wieder mit sich allein.

Die Anwesenheit der beiden verurteilten Sexualstraftäter war die große Zeit eines völlig bedeutungslosen Ortes und seiner Bewohner. Für einige Monate konnten sämtliche Kriegsbeile begraben bleiben. Niemand sah sich genötigt, den nicht gefegten Fußweg des Nachbarn mit dem Vergiften von dessen Katze zu beantworten. Die freizügige Kleidung der Dorf-Schönheiten konnte einstweilen ignoriert werden, und der regelmäßig neu bestimmte Posten des schlimmsten Dorfschädlings blieb für diese Zeit besser besetzt. Es herrschte für einige Monate jene große Einigkeit, die sich sonst nur bei großen Naturkatastrophen oder anderen Schützengraben-Erlebnissen einstellt.

Verschiebung und Identifikation

Die Dorfbewohner interessierte nicht, dass die beiden Männer keine Kinder missbraucht, sondern Frauen vergewaltigt hatten. Diese verschobene Angst, die keinen Bezug zu den konkreten Taten der Entlassenen hatte, hatte vielmehr Gründe, die im Innenleben des Dorfes zu verorten sind. So hatte eine Insulanerin der „Stuttgarter Zeitung“ berichtet, dass ihre damals elfjährige Tochter vor einigen Jahren von einem Dorfbewohner sexuell missbraucht worden war. Andere Dorfbewohner rieten ihr damals von einer Anzeige gegen den Jungen ab. Begründung: Seine Zukunft sollte nicht zerstört werden. Diejenigen, so die Frau, die ihr damals abgeraten hätten, befänden sich nun unter den aktuellen Protestlern. Das identitätsstiftende Moment der Dorfgemeinschaft verbot es damals, den Täter zu verfolgen, ohne sich damit selbst zur Zielscheibe zu machen. Mit diesem von außen kommenden „Fremdkörper“ fand sich ein Objekt, an dem der in der Vergangenheit unterdrückte Wille zur Verfolgung ohne Hemmungen ausgelebt werden konnte, ohne das eigene Weltbild einer Revision unterziehen zu müssen. Mittels dieser kollektiven Verschiebung versuchten die Insulaner die unausgetragenen Konflikte in ihrem Kaff zu beseitigen und den Dorffrieden wiederherzustellen.

Trotz der Aufmunitionierung mit wohlig schaudernden Phantasien über die abscheulichsten, aber nicht stattgefundenen Verbrechen, konnte sich der Mob nicht bis zum Äußersten durchringen. Die Erfüllung durch das kollektive Lynchen blieb ihm verwehrt. Mag das Einknicken der Landespolitik vor den Dorfbewohnern ein kleiner Sieg über „die da oben“ gewesen sein, die Vollstreckung eines Lynchmords kann es jedoch kaum ersetzen. Glücklicherweise warteten die Insulaner vergeblich auf den entscheidenden Fingerzeig der Autoritäten, ohne den der Wunsch loszuschlagen unerfüllt bleiben musste. Ohne zumindest zeitweilig die Sicherheit einer Billigung durch die staatliche Autorität zu haben, fehlte dem Mob die entscheidende Kraft. Als Ausdruck der Hoffnung, dass Andere das vollenden, was in Insel begonnen wurde, kündigten die Dorfbewohner an, jeden neuen Wohnort der beiden Männer umgehend zu denunzieren.

Bereits beim Erreichen der ersten Protesterfolge, wurde jedoch auch deutlich, dass die herbeigesehnte Einheit nicht vollständig erreicht werden konnte. So wurde in einigen Zeitungsberichten angedeutet, dass manche Einwohner bereit sind, sich der Verfolgungsgemeinschaft zu entziehen. Von einer geplanten Gegendemonstration und vorsichtigen Kontaktaufnahmen zu den Ex-Häftlingen wurde berichtet. Die Verräter der bekennenden Dorfgemeinschaft sind also schon bekannt, der künftige Feind ist identifiziert.

Frank Rosslau und Mandy S. Dzondi

The same procedure ... as every day.

Wahnsinn, Kuriositäten und Erfreuliches aus der Provinz.

» Aufstand auf der Wut-Burg

Während der vergangenen Monate mutierten zahlreiche Menschen, bei denen man im Nachhinein froh sein muss, dass ihr Engagement bisher nur irgendeinem langweiligen Hobby galt, zu sogenannten Wutbürgern. Aus Fotografieinteressierten wurden Ganztagsempörte, aus Hobbyköchen ehrenamtliche Anwälte ungeborener Generationen und aus Autoschraubern „99%“. Menschen also, die einem schon aufgrund ihrer moralischen Appelle und ihrer dummschwätzenden Selbstgerechtigkeit furchtbar auf den Kranz gehen – von ihrem Wunsch nach direkter Volksherrschaft einmal ganz abgesehen. Als wäre diese Entwicklung nicht schon längst gesellschaftlicher Mainstream, appellierte nun auch eine Professorin der Burg Giebichenstein – der hiesigen „Kunsthochschule für Kunst und Design“ – an die gesellschaftliche Verantwortung ihrer Studenten.

Innerhalb eines Kurses sollten die Teilnehmer ein eigenes Demoplakat oder Protesttransparent gestalten. Wer die Videos der „Stuttgart21“- und „Occupy“-Proteste kennt, der weiß, dass diese Veranstaltungen bisher bestimmt nicht unter einem Mangel an kreativen Ideen litten. Im Gegenteil: Kabarette, Freiluft theater und spontane Musikeinlagen leisteten ihren Beitrag, dass aus den Protesten riesige Volksfeste wurden. Der Professorin ging es jedoch auch nach eigener Aussage nicht um die Verschönerung der Demonstrationen, sondern um die Politisierung ihrer Studenten. Denn, so ihr Appell: „Aufgabe einer aufmerksamen Studentenschaft sollte es sein, sich immer wieder kritisch mit Politik und Gesellschaft auseinanderzusetzen und gleichermaßen der Kritik eine öffentliche Stimme zu verleihen.“ Ahnend, dass es um die Aufmerksamkeit ihrer Studenten schlecht bestellt ist, wollte die Professorin deren Fähigkeit zum eigenständigen Denken jedoch nicht auf die Probe stellen. Sie gab daher alle Themen für den „typographischen Protest“ vor. Noch die platteste Protestphrase erschien der Professorin – möglicherweise mit einigem Recht – nicht zu dumm für ein Publikum, das es nicht anders verdient hat. So reichte das Spektrum der Forderungen von „Bunt statt Braun!“ über „Atomkraft? Nein Danke!“ bis zu „Steigende Mieten stoppen! Für eine soziale Stadt“. Das entscheidende Auswahlkriterium für die Themen war offensichtlich ihr dezidierter Konformismus. Eine größere Sprengkraft als diese Forderungen hätte nur noch ein Coming-Out in einer Schwulendisko. Für besonders Waghalsige stand noch eine Auswahl politischer Nischenthemen zur Verfügung: „No means no!“ und „Reclaim the Streets!“.

Zumindest im akademischen Dunstkreis mit künstlerischer Note ist nur noch offen, ob diese Forderungen auf eindringliches oder gelangweiltes Kopfnicken stoßen. Zustimmung erfahren sie auf jeden Fall. Die Aufgabe entsprang jedoch auch nicht aus der Überzeugung von der Dringlichkeit und Richtigkeit der einzelnen Forderungen. Vielmehr diente der Appell an die Verantwortung der Studenten und die Beschäftigung mit solchen Themen der Selbstvergewisserung und dem eigenen Distinktionsbedürfnis. Insbesondere unter Grafikdesignern einer Kunsthochschule gibt es ein ausgeprägtes Bedürfnis, die eigene Tätigkeit von der Werbung abzugrenzen. Schon die bloße Erwähnung des Wortes „Werbung“ während des gefürchteten Bewerbungsgespräches für einen der begehrten Studienplätze zieht mit großer Wahrscheinlichkeit eine Absage nach sich. Nach dem eigenen Selbstverständnis bildet die örtliche Kunsthochschule schließlich nicht für die freie Wirtschaft, sondern den hochsubventionierten Kulturbetrieb aus. Werbung steht gemeinhin in dem Ruf, niederen Verkaufsinteressen zu dienen, während zu Kunst und Protest angeblich „höhere“ Motive drängen würden. Bei einer späteren Bewerbung im Kulturbetrieb, der von Wutbürgern nur so durchsetzt ist, beweist eine gewisse Anzahl politischer Arbeiten somit die eigene Mitgliedschaft im Verein. Gleichzeitig dienen sie auch der Abgrenzung gegenüber der Masse konkurrierender Mediengestalter.

Im Editorial der ersten Ausgabe einer von Studenten der hallischen Kunsthochschule herausgegebenen „Zeitschrift für Designwissenschaften“ stand: „Design als Allerweltsbegriff hat es in die Nähe von Couturiers, Karossenschneidern und Friseuren gebracht, kurz, den modischen Stylisten der Oberflächen. Natürlich weisen Designer, die sich selbst ernst nehmen, den Vorwurf, in Sachen Oberflächlichkeit tätig zu sein, weit von sich.“ Der verbreitete Ruf von Designern, oberflächliche Personen zu sein, die von nichts richtig eine Ahnung haben, sich und alles andere aber gut verkaufen können, wird zum Selbstvorwurf. Diesen Vorwurf versucht man durch die Beschäftigung mit einem politischen, gesellschaftlichen oder kulturellen Thema innerhalb seiner Arbeit zu entkräften. Man beweist sich sozusagen selbst die Zugehörigkeit zur „Critical Mass“.

Die Bewerbung an der örtlichen Kunsthochschule hat indes nicht nur überhaupt erst eine Chance, wenn man sie nicht mit dem eigenem Interesse für Werbung begründet, sondern beste Aussichten auf Erfolg, wenn die Zuneigung zu Kunst und Gesellschaft beteuert wird. Dieses Interesse sollte man jedoch nicht einfach so allgemein bekunden – dies macht die Kommission misstrauisch –, sondern mit konkreten Beispielen anreichern. Die „Bonjour Tristesse“ schlägt aus diesem Grund den angehenden „Burg-Studenten“ vor, die folgenden Sätze anzuwenden und individuell zu ergänzen: „Seit meiner Jugend engagiere ich mich für/in ... Das Engagement wird von der Auseinandersetzung mit ... begleitet.“ Damit dürfte die „Bonjour Tristesse“ in ihrer letzten Ausgabe doch noch ihre Eignung als praktische Lebenshilfe bewiesen haben. ***(haj)***

» Ein Freund, ein guter Freund ...

Das Mansfelder Land zu verstehen, ist schwierig. Man spricht, wie man denkt – dumpf und langsam. Wer im Landkreis Mansfeld-Südharz, ein paar Kilometer westlich von Halle geboren wird, dessen Chancen auf ein Leben jenseits staatlicher Transferleistungen sind gering. Wer es dennoch schafft, seine Arbeitskraft entgegen allen Prognosen doch irgendjemandem aufzuschwatzen, darf sich glücklich schätzen. Doch nicht etwa deshalb, weil seine Einkünfte die eines Hartz-IV-Empfängers signifikant übersteigen. (An lukrativen Jobs mangelt es in mindestens gleichem Maße wie an geeigneten Bewerbern.) Sondern weil der tägliche Gang ins Nagelstudio, zur Supermarktkasse oder zum örtlichen Landwirtschaftsbetrieb es diesen „Bessergestellten“ wenigstens erlaubt, dem Anblick der eigenen Sippe ohne irgendwelche Ausflüchte für ein paar Stunden zu entfliehen. Wovon die Avantgarde des Berliner Prenzlauer Bergs nur träumt, ist hier – allerdings aus anderen Gründen als im Nordosten der Hauptstadt – längst Realität: Selbstversorgung, Naturnähe und Originalklamotten aus den Fünfzigern. Dazu scheint sich die Lage im Regenschatten des Harzes auch auf das gesellschaftliche Klima auszuwirken; zumindest verhält sich der mangelnde Niederschlag direkt proportional zur Zahl der dort blühenden Landschaften.

In Hettstedt, das wie dutzende andere Städte der Gegend für sich reklamiert, ein „Tor zum Harz“ zu sein (aus welchen Gründen auch immer das ein Qualitätsmerkmal sein soll), gerieten vor einiger Zeit zwei Freunde, die beide mit einem Job gesegnet und also zu den Privilegierten im Land gehören, in einen heftigen Streit. Daran ist durchaus nichts Ungewöhnliches, vielmehr würde die Abwesenheit dieser Form der Auseinandersetzung auf schwere gesellschaftliche Verwerfungen in der Gegend hindeuten. Bei diesem Streit ging es jedoch nicht wie sonst üblich um „Frauen“, das Fernsehprogramm oder die Besorgung von Alkoholika. Die Freunde gerieten, selbstverständlich nicht ohne ei-

nen erheblichen Konsum von Bier und Schnaps, in einer ortsüblichen Schänke stattdessen darüber in Konflikt, wer den besseren Beruf habe. Einer der beiden, ein Bäckerlehrling, vertrat die Ansicht, dass sein Beruf gegenüber dem des Saufkumpanen, ein Einzelhandelskaufmann, der „wichtigere" wäre. Das sah der Einzelhandelskaufmann naturgemäß anders, was den Bäckerlehrling zunehmend erzürnte. Das Streitgespräch verlagerte sich auf die Straße, auf die sich der Einzelhandelskaufmann geflüchtet hatte. Dort trat und schlug der Bäckerlehrling auf den Freund ein und stieß, als der Erfolg dieser Handlungen auf sich warten ließ, mit einem Messer auf den Kopf des Opfers ein. Das Tatwerkzeug blieb aufgrund der Härte des Vorgehens in der Schädeldecke stecken und brach ab, wie die behandelnden Ärzte angesichts der Tiefe des Stichs jedoch erst nach einer Röntgenuntersuchung bemerkten. Der Bäcker ließ den Freund nach der Tat an Ort und Stelle liegen und ging seiner Wege. Das zuständige Landgericht Halle backte in der Ahndung der Straftat jedoch kleine Brötchen und verhängte Ende dieses Sommers gegen den nun 21-jährigen Täter eine Jugendstrafe von zwei Jahren Haft auf Bewährung. Diese wurde an die Absolvierung einer Suchttherapie gebunden, welche er – wie es der Zufall will – kurz vor Prozessbeginn begonnen hatte. Das Gericht blieb damit weit unter der Forderung der Staatsanwaltschaft, die wegen der Schwere der Tat drei Jahre Haft gefordert hatte. Der Ausbildungsbetrieb des Bäckerlehrlings sah die Handlungen seines Schützlings indes weniger problematisch: Die gewaltförmige Verteidigung des eigenen Berufsstandes wurde mit der Übernahme in ein festes Arbeitsverhältnis belohnt. ***(mab)***

» Die Dummschwätzer

Dass eine gehörige Portion Israelkritik in der deutschen Orientwissenschaft zum guten Ton gehört, ist nichts Neues. So ist es nicht verwunderlich, dass diese Praktik auch vor dem Orientalischen Institut der Universität Halle keinen Halt macht: Seit einigen Jahren veranstaltet das Institut eine in unregelmäßigen Abständen stattfindende Vortragsreihe mit dem Namen „Nahostdebatten – Politische Positionen und wissenschaftliche Analysen", bei der so ziemlich jeder zu Wort kommt, der seinen Senf zum Nahen Osten und auch darüber hinaus dazu geben möchte.

Um nicht in den Verdacht der „einseitigen Betrachtungsweise" zu geraten – eine frevelhafte Praxis in der akademischen Wissenschaft –, sind auch Positionen willkommen, die das angestaubte Weltbild des gemeinen Orientalisten einer mehr als überfälligen Kritik unterziehen. Bereits in der Anmoderation als ‚extrem' und polemisch dargestellt verlassen diese Vorträge jedoch für den studentischen Wissenschaftsnachwuchs schnell den Rahmen des Vertretbaren. Der Zuhörer ist der Aufforderung ausgeliefert, auf Teufel komm raus die „goldene Mitte" zu finden. Fakten scheinen dabei weniger eine Rolle zu spielen. Es geht allein um den „kritischen Diskurs", also in bester postmoderner Tradition darum, die Wahrheit auszudiskutieren. Selbst wenn der eine oder andere Redner in einem unkontrollierten Moment seine wahren Intentionen allzu klar formuliert, scheint die Freiheit des Wortes immer noch höher zu stehen als der Wahrheitsgehalt des selbigen: Ein deutscher Pastor, der seit Jahrzehnten in einem Vorort von Jerusalem haust und Anzeichen von Senilität erkennen lässt, schwadronierte ganz ungeniert vom „jüdischen Finanzverschwörer Madoff", ohne dass seitens der verantwortlichen Dozenten eingegriffen wurde. Erst die Kritik eines Studenten ließ den Mann Gottes panisch zurückrudern. Des Weiteren forderte ein israelischer Aktivist vom „Israeli Committee Against House Demolitions", einer selbst in der israelischen Linken zurecht kritisierten NGO, die versammelte deutsche Jugend dazu auf, sich dem „Apartheidstaat" entgegenzustellen. Abgesehen davon, dass diesen Referenten der wissenschaftliche Background, auf den sonst immer mit Beharrlichkeit gepocht wird, beim besten Willen nicht anzuerkennen war, entpuppten sich selbst die hoch gelobten „politischen Positionen" als reines Ressentiment. Unter dem Deckmantel des Pluralismus scheint jeder willkommen zu sein, seinen rationalisierten Vernichtungswillen unter die Studentenschaft bringen, solange er diesen auch lautstark vertreten und – mit möglichst tragischen subjektiven Leidensgeschichten versehen – dem nach antisemitischen Input lechzenden Publikum zu präsentieren vermag.

Die linksdeutsche Studentenschaft in Form der „Institutsgruppe Orient" will ihren universitären Vorbildern und -denkern natürlich in Nichts nachstehen. Im Gegensatz zur Alma Mater vertritt sie ganz unvermittelt eine wahnhafte Ideologie. So wird ständig zu allerlei zweifelhaften Veranstaltungen geladen: Etwa zur unkommentierten Vorführung des Filmes „Checkpoint" des israelischen Regisseurs Yoav Shamir, welcher ohne Einordnung alltägliche Szenen an israelischen Checkpoints in der Westbank zeigt. Außerhalb Israels wird er hauptsächlich genutzt, die vermeintliche Diskriminierung der Palästinenser durch die Israelis zu zeigen und mit emotionalen Bilder eine antijüdische Stimmung zu erzeugen, der sich auch der versammelte Studentenmob nicht entziehen wollte und sich so gegenseitig in Sachen Judenhass hochschaukelte, wobei jede zur Vernunft gemahnende Stimme niedergebrüllt wurde. Da mit dem eigenen Aktivismus wohl noch nicht genug der Ideologie verbreitet und Schaden verursacht wurde, bewirbt die „IG-Orient" in ihrem Newsletter jeden noch so debilen Scheiß, der irgendwie zum Gegenstand und in ihr durch und durch ideologisiertes Weltbild passt. Als aktuelles Exempel sei nur die völkisch-antisemitische Veranstaltung der Primitivpazifisten des hallischen Friedenskreises mit dem passenden Titel „Durst auf Heimat" genannt. Eine Auseinandersetzung mit den zu dieser Veranstaltung aufgelaufenen Wutbürgern findet sich an prominenterer Stelle dieser Ausgabe.

Mantrahaft wird immer wieder betont, dass das Orientalische Institut innerhalb seiner Debatte überhaupt keine politische Position bezieht, was nur noch den Schluss zulässt, dass das Treiben an selbigem reiner Selbstzweck ist bzw. den Orientalisten ihren Arbeitsplatz sichert. Im Rahmen der Rationalisierung universitärer Strukturen empfiehlt die Bonjour Tristesse, das Orientalische Institut zu schließen und seinen Mitarbeitern, sich einer beruflichen Zukunft außerhalb des Wissenschaftsbetriebes in der Gastronomie als Falafelverkäufer zuzuwenden. Gleiches gilt für die Studenten. Der Schaden, den sie dort anrichten können, beschränkt sich auf eine Lebensmittelvergiftung. ***(tlv)***

» Die Katze lässt das Mausen nicht

Fast schon hatte es den Anschein, dass die Vertreter des politischen Veganismus ihren Einfluss gegenüber den Freunden der Ökobewegung, die im Gegensatz zu den Fleischverachtern zuvörderst eine „nachhaltige" und vor allem „biologische" Ernährung predigen, endgültig verloren haben. Während noch vor zehn Jahren der vegane Firlefanz vor allem in der linken „Freiraumszene" weitgehend konsensual war, ist der Einfluss der Bewegung selbst in den Überbleibseln der Hausbesetzerszene gesunken. Der Konsum der grau-grünen Nahrungspampe, die in Kombination mit halbgaren Pellkartoffeln oder angebranntem Reis der einschlägigen „Volksküchen" als Ausdruck eines gehobenen politischen Bewusstseins galt, wird den depravierten Aktivisten in den einschlägigen „Projekten" häufig nur noch aus Traditionalismus und Ideenlosigkeit angeboten. Die Funktion der penetranten Ernährungsnervensäge haben mittlerweile auch in Halle längst die Anhänger von Biolandwirtschaft und „organic food" eingenommen, deren gestiegenes Kampfgewicht beim Ringen um die Rettung der Welt sich nicht nur in der Doppelbelegung in Supermarktgemüseregalen, sondern auch im Mensaspeiseplan niederschlägt. Das Pendel im Kampf um die Köpfe schien damit eindeutig in Richtung der Bioschweinelende auszuschlagen: Der Anteil der Vegetarier und Veganer blieb zwar über die Jahre hinweg halbwegs konstant, die großen Zuwachsraten verzeichnete jedoch der moderne Ökofaschismus samt seiner Fußtruppen im „Jack-Wolfskin"-Outfit und ihren Vorfahren im Jutepulli. Ende des Jahres 2010 nun wollte die Tierrechtsorganisation Peta („People for the Ethnical Treatment of Animals") diesen Spieß umdrehen. Anders als in Metropolregionen, in denen eher die Indoktrinierung junger Menschen als die erfolgversprechende Strategie erscheint, ging Peta in Sachsen-Anhalt einen anderen Weg: Angesichts der hiesigen demografischen Faktenlage verwies die Organisation in einer Presseerklärung darauf, dass das Bundesland den deutschlandweit höchsten Altersdurchschnitt aufweise. Mit nahezu verblüffender strategischer Intelligenz gab sie Butter bei die Fische und eröffnete ihren Propagandafeldzug zwischen Elbe und Saale an einer bisher unbekannten Front: den Altenheimen. Sie erklärte, dass „besonders im Alter eine Ernährung mit viel Gemüse und Obst, Vollkornprodukten und Hülsenfrüchten der beste Weg [sei], um die Abwehr zu stärken", und forderte die Betreiber regionaler Pflegeheime auf, einen „vegetarischen Wochentag" einzulegen. Die Kampagnenleiterin Sabine Weick, die sich selbst als „Ökotrophologin" bezeichnet, lobte angesichts der wenig überzeugenden geschmacklichen Vorteile vor allem die angeblichen gesundheitlichen Aspekte. Der „fleischfreie Wochentag" hätte, da die „sogenannten Zivilisationskrankheiten ernährungsabhängig" seien, insbesondere eine „kurative Funktion", ganz so, als würden bettlägerige 90-Jährige mit der Einführung eines „fleischfreien Wochentages" auch nur einen Tag länger leben. Doch das Vergreifen an Wehrlosen, das Benutzen von Menschen zur Befriedigung des eigenen Dachschadens scheint zur Spezialität von Frau Weick und ihren Gesinnungsgenossen zu gehören. Bereits im Mai dieses Jahres hatte Weick im Namen Petas Justizvollzugsanstalten angeschrieben und ebenfalls die Einführung eines „vegetarischen Wochentags" gefordert. Die Sorge galt hier jedoch nicht dem gesundheitlichen Zustand der Inhaftierten oder gar die Verlängerung von deren Leben. Vielmehr sollte, so Weick, die Ernährungsumstellung den „Gefängnisinsassen Mitgefühl und Respekt vor anderen Lebewesen vermitteln". Peta wolle damit „besonders Gewaltverbrecher an die Gewalt erinnern, die den 500 Millionen ‚Nutztieren' angetan wird, die jedes Jahr allein in Deutschland für die Herstellung von Fleischprodukten leiden und sterben müssen". Wem angesichts eingesperrter Menschen, ob nun aufgrund hässlicher Gewalttaten oder gesammelter Lappalien, nichts besseres einfällt, als diesen kollektiv „Mitgefühl" und den „Respekt" vor „anderen (!) Lebewesen" überhelfen zu wollen, hat nicht nur jeden Bezug zur realen Welt verloren. Er lässt vielmehr jene Empathiefähigkeit vermissen, die Mensch u.a. von Laborratten, Schmetterlingen und Totenkopfäffchen unterscheidet und von der Weick und ihre Freunde bei Strafe der Erkenntnis nichts wissen wollen. Wer stattdessen Empathie gleichermaßen für Mastvieh und totgeschlagene Menschen einfordert, landet automatisch bei der Gleichsetzung von menschlichem und tierischem Leben. Genau aus diesem Grund klingt die vorgeschlagene Erziehungsmaßnahme der Knackis so, als ginge es um die Domestizierung eines Wolfsrudels. Es ist daher zu hoffen, dass keine der angesprochenen Justizvollzugsanstalten dem dreisten Gebaren Sabine Weicks und ihrer Vegansekte nachgibt. Weick hat neben der Entmenschlichung des Menschen allerdings noch ganz andere Eisen im Feuer: Als Unterzeichnerin einer „Petition gegen Schächten" greift sie in geradezu dankenswerter Offenheit die Idee ihrer historischen Vorläufer von Richard Wagner über Heinrich Himmler wieder auf und benennt damit ohne Umschweife die Urheber allen fleischlichen Übels: die Juden. ***(meh)***

» Hitlers letztes Opfer

Wir haben einen Fehler gemacht. In der vergangenen Ausgabe ließen wir uns dazu hinreißen, einen „Leserbrief" zu veröffentlichen (vgl.: „Das Imperium schlägt zurück"; Bonjour Tristesse Nr. 12/2011). Zwar halten wir den Brief nach wie vor für ein Dokument

von allgemeinem Interesse. Hätten wir jedoch geahnt, dass wir mit der Veröffentlichung die Büchse der Pandora öffnen, er wäre vorerst in unserem Archiv verschwunden. Dort hätte er für bessere Zeiten über Jahrhunderte aufbewahrt werden können, um dann – in einer Vitrine eines Museums für „Vor- und Frühgeschichte“ – neben ausgestopften Mammuts die Menschen an die Abgründe des menschlichen Geistes zur jener trüben „Vorzeit“ zu erinnern. Diese von uns vorgenommene verfrühte Veröffentlichung verstand eine Mutter aus einem nichtssagenden Kaff in der Nähe der ebenso unbedeutenden Ansiedlung Sangerhausen nun leider nicht als Mahnung, sondern als Aufforderung, uns mit weiteren Dokumenten dieser Art zu behelligen.

Manche Leser mögen sich noch erinnern, dass wir vor vier Ausgaben eine Kurzmitteilung zu einem Kind veröffentlichten, dessen Leben mit der Namensgebung schon nachhaltig versaut wurde (vgl. „Heil Fiedler!“; Bonjour Tristesse Nr. 9; 1/2010). Der Verfasser beschrieb damals die restliche Lebenszeit von Adolf Thor Fiedler – vom Kindergarten über die Hauptschule bis zum professionellen „Führerimitator“ – als kontinuierliche Mimesis an seinen berühmten Namensvetter. Durch die „voyeuristische Faszination und das Schamgefühl“ seiner deutschen Mitbürger für ihren toten Führer erschien sein Leben als Einbahnstraße. Als einzige Hoffnung eine baldige Namensänderung. Die Mutter des armen Kindes schrieb uns nun den besagten Leserbrief. „Wir die Eltern von Adolf Thor Fiedler sind gebildete Bürger dieses Landes. Den Namen unseres Sohnes haben wir wohl gewählt.“ Im guten Willen hätte man den Eltern bisher noch unterstellen können, eine verlorene Wette beim akademischen Stammtisch in Sangerhausen habe zu dem Namen geführt. Auch wurden die Eltern bis hierhin weder als ungebildet, noch als „rechts“ bezeichnet, die sich diesen Vorwurf offensichtlich selber machen, ihn daher umso vehementer abstreiten. Für beide Vorwürfe gab es höchstens ein vages Verdachtsmoment. Sicher ließ sich aufgrund der Namensgebung nur auf eine eklatante Kurzsichtigkeit der Erzeuger schließen. Nach dem folgenden Satz muss jedoch auch davon ausgegangen werden, dass die Eltern entgegen ihrer Selbstbezichtigung zum intellektuellen Bodensatz dieses Landes gehören: „Der Name Adolf Thor ist in den skandinawischen (!) Ländern sehr beliebt, was Ihnen sicher entgangen ist, da Ihnen nichts besseres einfällt, als den Namen alleinig mit Adolf Hitler in Verbindung zu bringen.“ Zur Unterstreichung ihrer Dummheit empfahl die Mutter dem Verfasser noch „etwas mehr Bildung und den Kauf von Büchern über die Geschichte“.

Nun ist die lautmalerische Analogie der Namen Adolf Hitler mit Adolf Fiedler nicht unser, auch kein kreativer, eigentlich überhaupt gar kein Einfall. Für die Allgemeingültigkeit unserer Assoziation gibt es sogar zahlreiche statistische Beweise. Die Mutter schrieb in ihrem Brief: „In Deutschland leben über 79.000 Jungen und Männner (!) mit dem Namen Adolf.“ Damit bezieht sie sich auf eine bekannte Website. Die Seite verzeichnet die geographische Verteilung von Vornamen in Deutschland, die Häufigkeit ihrer Vergabe über die letzten hundert Jahre, und die bestehenden Assoziationen mittels eines sogenannten „Onogramms“. Für die belehrungsrenitenten Bildungsphilister aus dem Südharz und zur Betonierung der Allgemeingültigkeit „unserer“ Assoziation nun etwas Handfestes zum Nachschlagen.

Erstens: Seit dem die Mutter die Häufigkeit des Namens recherchiert hat, gibt es bereits mehr als viertausend Adolfs weniger in Deutschland, was vor allem etwas über das Alter der Namensträger aussagt. Und: 2006 zählte eine Babynamensstatistik von 27.700 benannten Babys nur ein Kleinkind, das den Namen jedoch auch nur als zweiten Vornamen erhielt. Zweitens: Schon im Jahr des Überfalls auf die Sowjetunion und des Kriegseintritts der USA kam es zu einem unerklärlichen Einbruch bei der Vergabe des beliebten „skandinawischen“ Vornamens. Zehn Jahre später bricht die Statistik bereits aus Ermangelung an Namensneugebungen ab. Drittens: Nach einem sogenannten „Onogramm“ assoziiert die überragende Mehrheit mit dem Namen einen „hohen Bekanntheitsgrad“, hält ihn für überhaupt nicht „wohlklingend“, verbindet zudem mit ihm eine äußerst „unsportliche“, „unattraktive“ und „ernste“ Person. Selbst die militärische Niederschlagung der deutschen Mordgemeinschaft durch die Alliierten wird dem toten Führer und seinen heutigen Namensvettern gemeinerweise angerechnet: Adolfs gelten seither als eher „unzuverlässig“ und wenig „intelligent“. Viertens sei noch eine Person zitiert, die auf der Internetseite über die Auswirkung ihres ebenfalls nur zweiten Vornamens aussagt: „Ihr könnt Euch vorstellen, wie die Menschen reagieren, wo immer ich damit auftauche? Entweder belustigt oder peinlich berührt, aber jeder, ja jeder bemerkt es sofort und fragt, was sich meine Eltern dabei gedacht haben, mich so zu benennen. Adolf, dieser Name ist irgendwie immer schlimm für mich gewesen ...“ Trotz dieser harten Fakten und dem angeführten qualitativen Material behaupten die Eltern: „können Sie auch beruhigen, wass (!) die Integration in der Kindertagesstätte angeht. Die Kinder, Eltern und Mitarbeiter haben keinerlei Probleme mit dem Namen unseres Kindes.“ Möchte man diese Erfahrung der Mutter in unser Bild einfügen, muss man davon ausgehen, dass die Integration in die Dorfgemeinschaft vermutlich nicht trotz, sondern wegen des Namens gelungen ist. Vielleicht profitiert der Kleine im Kindesalter noch ein paar Jahre von der heimlichen Liebe der örtlichen Bevölkerung für den ehemaligen Führer. Die Namenszuschreibungen „Unzuverlässigkeit“ und „Unattraktivität“ werden wohl vermutlich erst dem Adoleszenten-Adolf zum Verhängnis werden. Adolf Thor Fiedler ist damit womöglich das letzte Opfer Hitlers.

Unseren eingangs benannten Fehler wollten wir indes nicht noch einmal wiederholen. Daher haben wir beschlossen, diesen Brief nicht im Ganzen zu veröffentlichen. Er soll eines Tages neben gerafften Ausschnitten aus „Beckmann“ und „Exclusiv“ ein Zeugnis für die Bildung des Menschen zur Zeit der „Vor- und Frühgeschichte“ sein. ***(haj)***

» Plunder vor die Säue

Anlässlich des 110. Geburtstags des hallischen Bergzoos initiierte das hallische Bürgerradio „Radio Corax“ im Oktober eine einwöchige Ausstellung mit dem Titel „Kunst für Tiere“. Dahinter steckte jedoch nicht die Kritik am Kunst- und Kulturbetrieb, sondern vielmehr der Versuch, Mensch und Tier auf eine gemeinsame Stufe zu stellen. So wurde in der Ausstellungsankündigung gefragt, „ob Tiere Kunst als solche wahrnehmen können“. Eine Ahnung davon, was genau es für die Wahrnehmung von Kunst eigentlich bedarf, scheinen die Radiomacher nicht zu haben. Daher hielten sie es zumindest für „spekulativ“ – sogar „hochgradig“ – „ob etwas wie ästhetisches Empfinden bei Tieren vorkommt“. Diese zur Redlichkeit eines jeden Künstlers gehörenden Zweifel wurden jedoch spätestens beseitigt, als von „denselben Gesetzmäßigkeiten“ angesichts „unserer eigenen Wahrnehmung von Kunst“ und der des Tieres fabuliert wurde. In einer älteren Fassung dieser Ankündigung wurde noch besonders scharfsinnig gefachsimpelt: „Ein Außerirdischer würde vermutlich das menschliche Wahrnehmen [von Kunst] ähnlich betrachten, wie wir die Formulierung Kunst für Tiere.“ Und natürlich wäre das Projekt kein linkes, wenn es nicht die bisherige diskriminierende „einseitige menschliche Wahrnehmung der Tierwelt“ anprangern würde, um daraufhin endlich dem Tier sein verwehrtes Recht zurückzugeben, ein „Subjekt der Kunstwahrnehmung“ zu sein.

Beauftragt mit der Umsetzung dieser haarsträubenden Vorgaben wurden acht Personen aus den Weiten des Kunstbetriebs. Unter den Exponaten befand sich ein unter dem Antisemiten und sogenannten „Turnvater“ Friedrich Ludwig Jahn populär gewordenes „Turnpferd“, das, neben anderen Sportgeräten, die der Malträtierung ganzer Schülergenerationen dienen, in ein leerstehendes Gehege gestellt wurde. Neben derlei vor sich hin dümpelnden Arbeiten, die irgendwie irgendwas mit dem Thema Tier zu tun hatten, gab es auch die angedrohten engagierten Versuche antispeziesistischer Provenienz. Hagen Bäcker stellte „von beiden Seiten betrachtbare Glasbilder an die Gehege“. Von jeder Erfahrung verlassen, hoffte er unter anderem, dass beide Seiten beobachten „wie der andere auf Kunst reagiert“. Entgegen seiner Erwartungen entwickelten die angesprochenen Tiere jedoch weder Interesse für die uninspirierten Werke, noch für die wahnsinnig aufgeregten Kunststudenten, die erfolglos auf eine tierische Würdigung ihrer Unkonventionalität hofften. Etwa die gleiche Aufmerksamkeit erweckten aufgestellte Sofas, die den „artspezifisch menschlichen Lebensraum“ einer gelangweilten Künstlerin zeigen sollten.

Im Rahmen des Korrespondenzprojektes „Jungtierbeute“ widmete sich eine Studentin mit dem besonders kreativen Pseudonym Caro Sell einer besonders kreativen Idee mit Ziegen. Wissenschaftler hätten nämlich herausgefunden, dass die gehörnten Vierbeiner Caro in nichts nachstehen und „sehr intelligent“ seien und „sogar zählen“ könnten. Also – so denkt es im deutschen Kunstnachwuchs – sollen sie nicht nur irgendeinen Schund vorgesetzt bekommen. Den Ziegen sollte etwas vorgelesen werden. Und es musste Adorno sein. Caro hatte gehört, dass dieser sehr schlau war. Da sie aber nicht den ganzen Tag im Streichelgehege mit dem Vorlesen der „Negativen Dialektik“ verbringen wollte, wählte sie den kurzen Aufsatz „Reflexionen zur Klassentheorie“. Um diesem interspeziesistischen Lesekreis einen Sinn anzudichten, schüttelte die Dame aus der örtlichen Kaderschmiede für Kartoffeldrucke eine knappe Erläuterung aus dem Ärmel, an deren Ende sie die beiden Elemente ihrer bedeutenden Arbeit – „Adorno und die Ziegen“ – gewaltsam zusammenzubiegen suchte: „vielleicht sind wir ja genauso, wie auch die Ziegen, von Natur aus auf Hierarchien angewiesen“. Angesichts solch intellektueller Höhenflüge war die gemeinsame Lektüre offensichtlich weder für die desinteressierten Ziegen, noch für die interessierte Caro von Nutzen.

Vor dem Hintergrund solcher Beiträge begannen zufällig in die Ausstellung geratene Zoobesucher schon bald Neid zu empfinden. Neid für die Unfähigkeit des Getiers, die Machwerke hiesiger Kulturschaffender wahrzunehmen. Wie allerdings die Aussteller auf das Desinteresse ihres Zielpublikums reagierten, konnte nicht ermittelt werden. Es bleibt die Hoffnung, dass die Erkenntnisse des Projektes „Kunst für Tiere“ die Macher von „Radio Corax“ zu der Maßnahme anspornt, ihr Programm zukünftig nur noch in den Gehegen des Zoos abzuspielen oder, besser noch, den einen oder anderen Moderator durch deren Bewohner zu ersetzen. ***(uci)***

V · die Kneipe

Öffnungszeiten:
Di - So ab 20:00 Uhr

Montag ist Ruhetag;
ab sofort, für immer
und jeden!

Ludwigstrasse 37
06110 Halle/Saale